



Progressive Politik in pragmatischen Zeiten: Politische Narrative gesellschaftlichen Wandels

Werkbericht Nr. 6

Forschungsgruppe „Politische Narrative“

Frank Gadinger, Sebastian Jarzebski, Taylan Yildiz

Juli 2015

Vorbemerkung

Der vorliegende Werkbericht ist im Rahmen eines Projektes des Denkwerk Demokratie entstanden. Das Projekt befasst sich mit dem Management politischer Veränderungsprozesse und ihrer sprachlichen Verfasstheit. Es knüpft an die in den Werkberichten Nr. 1 und Nr. 3 entwickelte strategieorientierte Diskursanalyse an. Der vorliegende Werkbericht ist ein Beitrag zur Diskussion im Rahmen dieses Projektes und ein Zwischenschritt.

Wir danken der Heinrich-Böll-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung für die Kooperation bei der Erstellung dieser Studie.

Inhalt

Vorwort	4
Kurzzusammenfassung	6
1. Gesellschaftspolitischer Befund und Ausgangspunkt der Studie	8
2. Systematik – Was ist Veränderung?	9
3. Methodisches Vorgehen	13
4. Konzeptioneller Hintergrund	14
5. Narrative der Veränderung	16
5.1 Wie wir leben (und arbeiten) wollen.....	17
5.2 Die Stadt der Zukunft.....	26
5.3 Die Vielfalt selbstbestimmter Lebensformen.....	30
5.4 Das Netz.....	38
5.5 Neue Überschaubarkeit.....	43
6. Ergebnis der Studie	47
7. Literatur	50
8. Datenkorpus	57

Vorwort

Es bewegt sich was. Wer in der deutschen Gegenwart nur selbstzufriedenes „Neo-Biedermeier“ sieht, unterschätzt progressive, öko-soziale Veränderungsbereitschaft. Der Wille zum Wandel ist da: er ist lokal, pragmatisch und er findet zu neuer Sprache.

In der vorliegenden Studie hat die Duisburger Forschungsgruppe "Politische Narrative" im Auftrag des Denkwerks das gesellschaftliche Gespräch jenseits der politisch-medialen Elitenarena untersucht. Im „anarchischen“ Diskursraum Internet, in einer Reihe von Regionalzeitungen, in diversen Magazinen und Zeitschriften und im kulturellen Diskursraum der Kunst-, Theater- und Musikszene fanden die Autoren eine Reihe von breit geführten Veränderungserzählungen mit progressiver Stoßrichtung. Sie drehen sich um Bilder wie den "Ausstieg aus dem Hamsterrad" als Metapher für die Frage wie wir leben und arbeiten wollen, um gesellschaftliche Vielfalt oder um das "Dorf" als Metapher für neue Gemeinschaften und eine neue Überschaubarkeit der eigenen Lebensverhältnisse. In den untersuchten Erzählsträngen geht es darum, selbstbestimmte Lebensformen zu erstreiten, jenseits der Sachzwänge einer Welt, die vielen als durch und durch ökonomisiert und kommerzialisiert erscheint. Es entsteht das Bild einer Gesellschaft, in der lebhaft um alternative Lebensmöglichkeiten gerungen wird und eine Art praktischer Systemkritik ganz und gar nicht ruhig gestellt ist.

Entgegen der jüngst oft vorgebrachten Zeitgeist-Diagnose eines „Stillstandes“, einer Generation von „Egotaktikern“, oder des „Neo-Biedermeier“ in der deutschen Gesellschaft, zeigt die Untersuchung, dass der Wille zur Veränderung stark ist. In vielerlei Hinsicht ist es in den letzten Jahren aber nicht gelungen, ihn auch politisch - im engeren Sinne institutioneller parlamentarischer Politik - abzubilden und wirksam zu machen. Die Sprache und Deutungsmuster, die ihn artikulieren könnten, werden immer wieder von anderen Deutungsmustern überlagert und neutralisiert: von Erzählungen der Sicherheit, der nationalen Stärke, des Wettkampfs um Märkte und Standorte. Das liegt sicher auch an der wirtschaftlichen Situation Deutschlands inmitten von kriselnden europäischen Nachbarn und an außenpolitischen Krisen, die verunsichern und schwer einzuordnen sind. Dennoch stellt sich die Frage: Machen Parteien, Gewerkschaften, Publizisten und NGO's mit sozialer und ökologischer Ausrichtung etwas falsch? Treffen sie nicht den Ton, in dem Menschen sich über solche Anliegen verständigen, finden sie nicht die richtigen thematischen Zugänge? Es ist ihnen in den letzten Jahren nicht gelungen, eine weltanschaulich nahestehende kulturelle Mehrheit in eine politische Mehrheit zu überführen. Eine sozial-ökologische „Veränderungserzählung“, die Ausstrahlung entwickelt und den Wandel mit Zuversicht und Verheißung verbindet, fehlt. Haben politische Akteure die progressiven Ansatzpunkte in der deutschen Gesellschaft nicht ausreichend verstanden?

Mit dem Werkbericht Nr. 6 knüpfen wir an die im Denkwerk entwickelte „strategieorientierte Diskursanalyse“ (vgl. Werkbericht Nr. 3, „Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse“, September 2013, sowie Denkwerk Demokratie (Hg.), „Sprache. Macht. Denken“, Frankfurt am Main 2014) an. Der Ansatz der Duisburger Wissenschaftler ergänzt diese um eine weitere methodische und inhaltliche Ausrichtung. War die „Diskursanalyse“ noch stark an diskursiven Zusammenhängen unter den „Deutungsprofis“ in Universität, Parteien, Instituten und Leitmedien orientiert, will die vorliegende Studie näher an das politische Alltagsgespräch herankommen. Sie versucht sich an einer neu entwickelten Methode - jenseits der klassischen Umfrage oder Fokusgruppe -, um wiederkehrende, gebräuchliche Deutungsmuster aufzuspüren und ihre Intensität einzuschätzen. Ihr Anspruch ist es

also, über eine andere Auswahl der Analysequellen eine größere Nähe zum politischen Alltagsgespräch „der Menschen“ zu erreichen.

Was wir als politische Organisationen mit dem Befund anfangen, das bleibt uns überlassen. Sicher gehört es zu unseren Aufgaben, über die Kategorien von progressiv und konservativ, links und rechts immer wieder nachzudenken, sie in unseren Programmen und Politikvorschlägen überzeugend zu "erzählen". Wir spüren, dass die in der Studie vorgefundenen Narrative anschlussfähig an unsere Werte und Ziele sind, was aber macht sie zu "progressiven" Erzählungen? Nicht jeder Ruf nach Wandel und Veränderung ist gleich „progressiv“ im sozial-ökologischen Sinne. Der neoliberale Diskurs der letzten Jahrzehnte wollte drastische Veränderung, noch heute wirkt er in den „Reform“-Vorstellungen vieler Meinungsmacher und "Experten" nach. Auch der Diskurs der nationalistischen Euro-Gegner oder der Islamophoben bohrt den neu entstandenen Mehrheitsgeist der Weltoffenheit und des Respekts wieder auf, er will den Konsens der Mitte verändern. Um solchen Wandel kann es uns kaum gehen.

In der Denkschrift Nr.1 des Denkwerks haben wir formuliert: „Uns eint die Einsicht, dass wir mehr politische und wirtschaftliche Veränderung brauchen, als nur kleinere Korrekturen am Bestehenden oder kurzfristige Krisenprogramme. Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell: Eines, das sich am Ziel eines ‚guten Lebens‘ für alle orientiert. Eines, das in der Lage ist, ein produktives Zusammenleben von Innovationen und Dynamik, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu ermöglichen.“ (vgl. Denkschrift Nr. 1, „Neues Denken. Strategien und Denkaufgaben für einen sozialen und ökologischen Entwicklungspfad, April 2012). „Progressive“ Politik links der Mitte strebt nach eher gleicher Verteilung der wichtigen Lebensressourcen und -güter, sie pocht auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und unterschiedlicher Lebensmodelle, sie orientiert sich an der - auch internationalen - Solidarität mit anderen Menschen, sieht wirtschaftliche Macht kritisch und versteht ökologische Zerstörungen als zutiefst ungerecht. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hält man hierarchische Verhältnisse eher für wohlverdient und wohlgeordnet, sieht den Wettbewerb als das zentrale gesellschaftliche Ordnungsprinzip, hinterfragt klassische Geschlechterrollen nicht und betont Konflikte zwischen Nationen und Kulturen sehr viel stärker als solche zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen.

Auch in einer immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Wirklichkeit verlieren diese Ordnungsbegriffe nicht ihre Gültigkeit, oft funktionieren sie gut genug. Die von manchen Kommentatoren geforderte Verabschiedung politischer Wertkategorien zugunsten eines angeblich neutralen "Nach Vorne" hingegen ist verschwistert mit einer Politik der „Sachzwänge“, die uns letzten Endes ins postdemokratische Nirgendwo führt.

Die in dieser Studie dargestellten Veränderungsnarrative des politischen Alltagsgesprächs sind meist konkret, pragmatisch, regional oder milieuorientiert. Das heißt nicht, dass sie keine Beziehung zu Grundwertdebatten und politischen Wertkategorien haben. Es gehört zu unseren Aufgaben als politische Organisationen "Erzählungen" und Diskurse unterschiedlicher Abstraktionsebene mit ähnlicher Orientierung zusammenzuführen und zu synchronisieren, damit sie wirksamer und politisch relevanter werden. Eine Veränderungserzählung mit Ausstrahlungskraft entwickelt sich nicht am Reißbrett. Die vorliegende Studie, so glauben wir, kann helfen, Anknüpfungspunkte und Verzahnungen zu schaffen, um sozial-ökologischen Veränderungsanliegen zu einer mehrheitsfähigen Sprache zu verhelfen.

Kurzzusammenfassung¹

Ausgangspunkt und zentrale These der Studie

Die Klage darüber, Deutschland sei zu einer reformunwilligen Konsensrepublik geworden, ist zwar bequem, aber wenig zutreffend. Denn sie übersieht, dass der Wille nach politischer Veränderung nach wie vor besteht, wenngleich er in den massenmedialen Diskursen bisweilen untergeht. Dies zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Studie. Mit den Mitteln der Narrativanalyse gehen die Autoren der Frage nach, wie derzeit bestehende Verhältnisse kritisch hinterfragt werden und wie sich darin progressive Veränderungsanliegen formieren.

Das **Ergebnis der Studie** ist, dass sich vor allem der erzählerische Modus verändert hat, in dem progressive Veränderungsanliegen artikuliert werden. Dies geschieht nicht mehr in ideologischen Begriffen und politischen Kampfstellungen. Vielmehr sind Veränderungsanliegen von dem konkreten Wunsch nach einer pragmatischen Verbesserung der Lebensverhältnisse geprägt. In gewisser Weise drückt sich darin eine neue Form der politischen Bescheidenheit aus, insofern es nicht mehr um die Veränderung oder Überwindung ökonomischer Systemzwänge geht, sondern um die Schaffung von Rückzugsräumen und einer pragmatischen Ausbalancierung von Zwang und Selbstbestimmung.

Das Ergebnis beruht auf einer explorativen Studie von fünf Veränderungsnarrativen: „Wie wir leben und arbeiten wollen“ (1), „Die Stadt der Zukunft“ (2), „Die Vielfalt selbstbestimmter Lebensformen“ (3), „Das Netz“ (4), „Neue Überschaubarkeit“ (5). In diesen unterschiedlichen Bereichen entfaltet sich verstärkt der Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit, nach Begrenzung eines als uferlos empfundenen Kapitalismus und dem Willen zum Erproben von problemorientierten Handlungsstrategien. Dieser **progressive Pragmatismus** ist keineswegs apathisch oder politikfern, wie es in vielen pauschalen Gesellschaftsdiagnosen („Generation Merkel“) meist unterstellt wird. Vielmehr werden in den lokalen Kontexten durchaus starke Veränderungsanliegen formuliert und in praktische Perspektiven überführt, wenngleich der zentrale Bezugspunkt dieser Anliegen eben nicht mehr die hohe Politik und Ökonomie ist. Selbst der berechtigte Drang der gesellschaftlichen Mitte, ihren als fragil empfundenen sozialen Status nicht zu verlieren, entspringt weniger einem individuellen Egoismus, sondern einem pragmatischen Verständnis von Sicherheit, das sich an einem überschaubaren und zumindest halbwegs selbstbestimmten Lebensmodell orientiert.

Progressive Narrative und ihre Erzählweisen

Dass das Progressive zunehmend in pragmatischen Kategorien gedacht wird, lässt sich aus einer narrativen Analyse des politischen Sprachgebrauchs schließen. In den hier identifizierten Narrativen sticht dabei insbesondere **das erzählerische Spiel mit strukturbildenden Metaphern** hervor. Der Gebrauch von Metaphern wie *Dorf* oder *Hamsterrad* geht insofern über bloße Beschreibungen hinaus,

¹ Unser Dank gilt der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung für die Kooperation. Zudem möchten wir uns bei dem Team der NRW School of Governance (Universität Duisburg-Essen), namentlich Karl-Rudolf Korte und Christoph Bieber für die hilfreichen Anmerkungen zum Text bedanken. Auch das Team des Käte Hamburger Kollegs/Centre for Global Cooperation Research (Universität Duisburg-Essen) hat die Arbeit der Forschungsgruppe von Anfang an unterstützt. Des Weiteren danken wir Ralph Obermaier und dem Denkwerk Demokratie für die konstruktive Zusammenarbeit. Schließlich gilt unser besonderer Dank Christopher Smith für die inhaltliche Unterstützung und redaktionelle Hilfe bei der Textarbeit.

als dass sie soziale Zustände und Zukunftsentwürfe bildlich einkleiden und die Vorstellungen darüber prägen, wie man sich gegenwärtig zu verhalten hat. Der Vorteil der narrativen Sinnggebung liegt in ihrer Fähigkeit, komplexe Gesellschaftsprobleme zu plausibilisieren, emotionale Bindungen zu mobilisieren, kollektive Identitäten anzusprechen und eine mitreißende Sprache zu entwickeln. Folgende verbindende Muster lassen sich in den Erzählweisen erkennen:

- a) Der Wunsch nach politischer Veränderung ist kleinteilig und meist auf konkrete Probleme des alltäglichen Lebens bezogen. **Progressiv ist, was lokal erfahrbar ist und zur pragmatischen Verbesserung der Situation führt.** Man fordert nicht das Unmögliche, orientiert sich vielmehr an realistischen Zielen, beispielsweise einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder einer freundlichen Infrastruktur in Städten für Radfahrer und Fußgänger. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Problematisierungen ebenso kleinteilig ausfallen. Es weist nur darauf hin, dass Lösungsstrategien für makrostrukturelle Probleme zunehmend „von unten“ gedacht werden.
- b) Ideologische und pädagogische Töne werden vermieden. Nur selten werden andere Gruppen stereotypisiert oder zur Konstruktion mobilisierender Feindbilder gebraucht. **Es geht weniger um Gerechtigkeit als moralischen Appell, sondern um Fairness und Rücksicht in gemeinwohlorientierter Perspektive.** Wurden die alten Sozialkämpfe etwa gegen ökonomisch privilegierte Gesellschaftsschichten geführt, geht es heute eher darum jenseits von Lagerbildungen generell eigene Freiräume zu schaffen. Allerdings artikuliert sich der Wille nach Selbstbestimmung und Sichtbarkeit im Kontext der Bemühungen um Anerkennung und Akzeptanz neuer Lebensformen noch kämpferisch. Das hängt vor allem damit zusammen, dass diese Konfrontation vergleichsweise neu ist, ihre Erzählformate sich erst ausprobieren müssen und deshalb noch keine diskursiven Müdigkeitserscheinungen aufweisen. Eine Rolle spielt dabei auch, dass die Rollenkonstruktionen (Ausländer-Deutscher u.a.) hier noch dichotomisch konfiguriert sind und entsprechende Übergangszonen schwierig zu erzählen sind.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die Änderung der Zeitperspektive von politischen Veränderungsanliegen. Ihr zeitlicher Bezugspunkt wird vorgelagert. **Es ist nicht mehr die ferne, sondern die herangerückte, greifbare Zukunft, die den imaginären Raum der Hoffnung, Planung und Gestaltung absteckt.** Das ist eine alltagserzählerische Gegenbewegung zu den popkulturellen Entwürfen, in denen die Zukunft fast ausschließlich als apokalyptische Endzeit präsentiert wird. Zwar schwindet angesichts permanenter Krisenerfahrungen ein pauschaler Zukunftsoptimismus. Jedoch ist eine Zuversicht hinsichtlich der Veränderungsfähigkeit der Gesellschaft noch erkennbar. Sie hat lediglich ihre Zeitordnung umgestellt. Diese basiert nicht mehr auf dem Wunsch zur Erfüllung großer Utopien, sondern auf dem Glauben an die eigene Gestaltungsfähigkeit im persönlichen Umfeld und in überschaubaren Räumen.

1. Gesellschaftspolitischer Befund und Ausgangspunkt der Studie

Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 und der daran anschließenden EU-Staatsschuldenkrise hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung und der massenmedialen Berichterstattung in Deutschland ein politisches Klima entwickelt, das anscheinend primär von konservativen Diskursen geprägt ist, die Sicherheit und Stabilität suggerieren und aufkeimenden Reformbedarf ersticken. Damit geht die häufig geäußerte Klage einher, dass der Wille nach politischer Veränderung, sozialem Wandel und gesellschaftlicher Transformation kaum noch spürbar sei. Dieser für gegenwärtige Demokratien zutiefst skeptische Befund wird meist auf drei unterschiedliche Thesen zurückgeführt, die in ihrer Einseitigkeit den Ausgangspunkt der Studie bilden und kritisch hinterfragt werden.

Erstens wird davon ausgegangen, dass in Krisen konservative Parteien einen strukturellen Vorteil besitzen. Unter Bedingungen wachsender Ungewissheiten scheinen konservative Kriseninterpretationen auf vergleichsweise einfache Weise kollektive Sicherheitsgefühle erzeugen zu können. Dies gelingt in der Regel durch das Aufrufen einer patriotischen Verbundenheit und der Fokussierung auf wirtschafts- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten (Poschardt 2015). Zweitens wird häufig behauptet, dass sich besonders in Deutschland der demokratische Mechanismus vom Streit- zum Konsensprinzip transformiert, was einer konservativen Diskursivierung der Politik weiteren Vorschub leistet. Das ständige Ringen um das bessere Argument und nach politischer Veränderung wird in einer solchen „Konsensrepublik“ (Marguier 2012), die von Großen Koalitionen geprägt ist, eher als lästige Nebenwirkung denn als Kern demokratischer Politik empfunden. Drittens wird argumentiert, dass der Konservatismus durch Resilienzen die Fähigkeit entwickelt hat, progressive Veränderungsanliegen abzuschöpfen. Das drückt sich etwa in dem verbreiteten Eindruck aus, dass Deutschland trotz konservativer Wahlerfolge „nach links gerückt“ sei (Greven 2013). Vermeintlich linke Themen wie der Mindestlohn oder die Frauenquote werden neuerdings mit breiter Zustimmung der konservativen Regierungsmehrheit verabschiedet, so dass der Eindruck entsteht, der parlamentarische Betrieb bedürfe keiner kritischen Kräfte mehr.

Dennoch bleiben diese gesellschaftspolitischen Befunde, die sich als medialer Referenzrahmen in der öffentlichen Wahrnehmung eingenistet haben und sich dort fortlaufend reproduzieren, erklärungsbedürftig: Inwieweit unterschätzt die Annahme einer reformunwilligen und konsensorientierten Bevölkerung das vorhandene Potenzial, gesellschaftliche Begebenheiten kritisch zu hinterfragen und für politische Veränderungen einzutreten?; Welche progressiven Narrative lassen sich identifizieren, die für Reformen, Wandel und Transformation stehen, deren alternative Zukunftsentwürfen eines modernen Zusammenlebens bisher politisch jedoch kaum Gehör finden?; Wie unterscheiden sich die marginalisierten Veränderungsnarrative im Aufbau der erzählerischen Mittel und lassen sich ‚progressive‘ von ‚konservativen‘ unterscheiden?

Die Antworten auf diese Fragen erfordern eine empirische Analyse gegenwärtiger politischer Diskurse, die keineswegs so homogen und abgeschlossen sind, wie es in den vereinfachenden Diagnosen einer „Konsensrepublik“ oder „linken Gesellschaft“ unterstellt wird. Denn dafür ist ein erweiterter Blick erforderlich, der sich nicht auf parteipolitische Debatten und intellektuelle Diskurse beschränkt, sondern auch die alltäglichen Kontroversen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Einen differenzierteren Blick auf diese alltäglich verhandelten Veränderungsanliegen verspricht die

Narrativanalyse, die den stillen Wandel von Diskursen sichtbar machen kann. An diesem Punkt setzt die hier vorgestellte Studie „Progressive Politik in pragmatischen Zeiten: Politische Narrative gesellschaftlichen Wandels“ an. Sie beschäftigt sich mit der Frage, welche Reformdiskurse gesellschaftlich existent sind, an welchen Stellen sich Anknüpfungspunkte für eine progressive Politik finden lassen und inwieweit Zielkonflikte zwischen konkurrierenden Narrativen der Veränderung bestehen. Ziel der Studie ist es, diejenigen Narrative und ‚schlafenden Diskurse‘ zu identifizieren, die angesichts der konservativen Überhöhung von Stabilität und Sicherheit womöglich weniger hörbar sind. Wir vermuten, dass Veränderungserzählungen durchaus artikuliert werden, sich jedoch bisher nur punktuell für ein größeres Publikum aktivieren lassen. Positive Beispiele wären hier etwa die Occupy-Bewegung oder die Proteste gegen Pegida und TTIP. Sie zeigen nicht nur, dass progressives Veränderungspotenzial durchaus vorhanden ist, sondern auch, dass sich ihre erzählerische Verbreitung gegen konservative Dringlichkeitsrhetoriken nur schwer durchzusetzen kann, die Deutschland als „Stabilitätsanker“ oder „Wachstumsmotor“ ausweisen.

Im Ergebnis soll eine Skizze politischer Veränderungserzählungen entstehen, die sich um Leitmetaphern gruppiert und dadurch Knotenpunkte gesellschaftspolitischer Veränderungsdiskurse aufzeigt. Die vorliegende Studie ist allerdings nicht als abschließende Studie zu verstehen. Sie hat vielmehr explorativen Charakter und geht in der Auswahl der Themenfelder selektiv vor. Dabei soll ein Eindruck vermittelt werden, wie jenseits der institutionellen Ordnung der parlamentarischen Demokratie über Politik gedacht und gesprochen wird. Dabei spielt die Narrativanalyse eine wichtige Rolle. Denn während Diskursanalysen für das Studium der argumentativen Qualität der ‚hohen Politik‘ geeignet sind, lassen sich alltägliche Gesprächsformate erst durch die Narrativperspektive adäquat verstehen. Das langfristige Ziel eines solchen Projekts besteht in der Identifikation charakteristischer Erzählweisen, um dadurch begründete Aussagen über die Resonanz und kulturelle Anschlussfähigkeit progressiver Veränderungsanliegen treffen zu können.

2. Systematik – Was ist Veränderung?

Veränderungsanliegen halten politische Ordnungen in Bewegung. In Demokratien kommt dieser Erkenntnis eine zentrale Bedeutung zu. Denn bei allen Unterschieden zeichnen sich Demokratien durch die gemeinsame Überzeugung aus, dass nur die offene Artikulation von Änderungsvorschlägen die Anpassungsfähigkeit politischer Ordnungen gewährleisten kann. Wandel gilt in dieser Perspektive nicht als Problemfall. Vielmehr zielen Demokratien darauf ab, den Zugang der gesellschaftlichen Innovationskraft zum politischen System als Normalfall zu behandeln, um damit auch die Legitimität der politischen Ordnungen selbst dauerhaft garantieren zu können. Das ist die ideelle Grundlage dafür, dass die Legitimitätserzeugung in Demokratien in Routinen und formalen Prozeduren gefestigt werden kann.

Diese funktionale Perspektive auf die Politik ist im kollektiven Gedächtnis von Demokratien fest verankert und elementarer Bestandteil ihrer normativen wie institutionellen Selbstbeschreibung. Dennoch wirft sie Fragen auf, die sowohl von theoretischer als auch praktischer Bedeutung sind. *Erstens* stellt sich die Frage nach den Orten der Veränderungsanliegen: Wo kommen sie her und wie entstehen sie? *Zweitens* ist danach zu fragen, wie eine demokratische Ordnung den Anschluss an diese Anliegen finden kann. Immerhin erhärtet sich seit geraumer Zeit der Eindruck, dass eine

politische Ordnung ihre Legitimität nicht durch institutionelle Regeln (Wahlen) allein reproduzieren kann, sondern zunehmend auf das alltägliche Wechselspiel von Rechtfertigung und Kritik angewiesen ist. *Drittens* ist zu klären, welche Selektionskategorien es politischen Entscheidungsträgern erlauben, notwendige Veränderungsanliegen zu identifizieren und sie in politische Forderungen zu übersetzen. Soll eine mobilisierungsfähige Forderung erhoben werden, die nicht rein umfrageorientiert ist, sondern einen progressiv-programmatischen Kern erkennen lässt, ist eine politische Sprache zu bemühen, die über die sachlich-argumentative Dimension hinaus auch die moralische Ebene der Anliegen anspricht und sie um eine Realisierungsperspektive erweitert.

Gesellschaftliche Veränderung und deren Diagnostik

Aus der derzeitigen politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur lassen sich drei Ansätze zur Erklärung politischer Veränderungsanliegen identifizieren; ein *materieller*, ein *kultureller* und ein *diskursiver* Ansatz. Die vorliegende Studie betrachtet nicht das Konkurrenzverhältnis dieser Ansätze und will sie nicht auf ihre Unterschiede hin prüfen. Vielmehr geht es hier, ähnlich wie im Werkbericht Nr. 3 des Denkwerks Demokratie (Turowski & Mikfeld 2013), darum, diese in praktischer Absicht aufeinander zu beziehen und so eine ausgeglichene Vorgehensweise zu ermöglichen. In diesem Sinne wird sich die Studie dann auch am dritten Ansatz orientieren, der hier jedoch narrativanalytisch erweitert werden soll.

Einem ersten Ansatz zufolge beruhen politische Veränderungsanliegen auf einem Wandel materieller Verhältnisse. Wenn etwa die kapitalistische Wirtschaftsdynamik zu steigenden Lebenshaltungskosten und – gleichzeitig – zum Absinken der Löhne führt, entstehen politische Interventionsansprüche, wie sie sich beispielsweise in Forderungen nach dem Mindestlohn manifestierten. Dieser Erklärungsansatz folgt einer Argumentation, die insbesondere Ralf Dahrendorf in einer liberalen Wendung Marxscher Argumentationsfiguren systematisiert hatte.

In einem zweiten Ansatz werden politische Veränderungsanliegen aus dem Wandel der subjektiven Orientierungen erklärt, die die politische Kultur der jeweiligen Gesellschaften konstituieren. Zwar wird auch hier nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass materielle Veränderungen im Wohlstandsniveau für die Entstehung von politischen Veränderungsanliegen verantwortlich zu machen sind. Allerdings wird hier eingewandt, dass die Ausformulierung der Anliegen einer kommunikativen Logik folgt, die wertbezogen ist. Der zentrale Theoretiker dieser Position ist Ronald Inglehart, der mit Blick auf einen anderen, nicht-materiellen Typus von Veränderungsanliegen (etwa Freiheit, Selbstentfaltung oder Glück) eine Postmaterialismus-Debatte entfacht hat, womit die Etablierung der Grünen als Partei gut erklärt werden kann.

Ein dritter Ansatz bemüht sich um den Nachweis, dass in Veränderungsanliegen zwar stets materielle und kulturelle Kollektivgüter verhandelt werden, die politische Verhandlung dieser Güter aber einer diskursiven Konstruktionslogik folgt, die eigens zu berücksichtigen ist. Während die ersten beiden Ansätze relevante Aspekte politischer Veränderungsanliegen thematisieren, rückt dieser Ansatz die Frage in den Fokus, wie sich Veränderungsanliegen im Konkreten formieren und politisiert werden. Der Vorteil einer diskursiven Perspektive liegt insbesondere darin, dass hier nicht so getan wird, als ob die Politik ein Ort sei, den die Akteure schon mit festgesetzten Anliegen und unveränderlichen strategischen Interessen betreten. Vielmehr geht eine diskursive Perspektive auf Politik davon aus, dass politische Veränderungsanliegen stets begründet und kommuniziert werden müssen und sich dabei selbst auch verändern können. Sprache kann demnach nicht auf ein strategisches Instrument

reduziert werden, das je nach Interessenlage problemlos eingesetzt werden kann. Allerdings ist die Diskursperspektive, so wie sie in der Politikwissenschaft derzeit eingenommen wird, noch zu sehr auf die argumentative Qualität der hohen Parteipolitik bezogen. Ist es hingegen das Ziel die Formierung politischer Veränderungsanliegen in einem Stadium zu untersuchen, in dem sie noch nicht durch die Rationalisierungsroutinen der etablierten Politik formatiert wurden, wäre eine narrative Verfeinerung der Diskursperspektive vorzunehmen, die auf politische Kommunikationen weitaus offener zugeht und auch niederschwelliges Datenmaterial als ein politisches Gespräch begreifbar machen kann, wie wir dies in der hier verwendeten Narrativanalyse vorschlagen.

Merkmale des Progressiven

Die gängige Unterscheidung von links-rechts oder die meist synonym gebrauchte Unterscheidung von konservativ-progressiv ist in vielerlei Hinsicht problematisch geworden, wie Armin Nassehi (2015) in seinem jüngsten Buch „Die letzte Stunde der Wahrheit“ treffend beschrieben hat. Dies liegt vor allem daran, dass unter demokratischen Bedingungen das Konservative nicht immer bewahrend ist und progressive Anliegen nicht gezwungenermaßen auf Veränderungen abzielen müssen. Reine Bewahrungspapelle lassen sich innerhalb eines periodisch organisierten Wechsels von Regierungsmehrheiten ebenso wenig in Reinform finden wie revolutionäre Umgestaltungsfantasien. Hat sich ein progressives Anliegen einmal in politische Entscheidungen manifestiert, muss es schließlich auch verteidigt werden können. Fürchten konservative Kräfte wiederum die Auflösung ihrer Errungenschaften, sind auch sie gezwungen, den Status Quo zu problematisieren.

Deshalb bietet es sich an, beiden Kräften gleichermaßen ein Änderungs- wie Bewahrungspotenzial zuzuschreiben. Doch wie lässt sich dann eine sinnvolle Bestimmung des Progressiven treffen? Eine bekannte Möglichkeit ist die normative Rückbindung. Während das Konservative als das Eintreten für Traditionen verstanden werden könnte, wäre das Progressive als der Realisierungsbetrieb modernen Fortschrittsdenkens zu begreifen. Allerdings erscheint auch diese Unterscheidung kaum tragfähig, vor allem aus zwei Gründen: Erstens, weil der demokratische Prozess vielfältige Überlappungen zwischen traditionellen und progressiven Denkweisen erzeugt. So lassen sich progressive Anliegen nicht immer mit reiner Wissenschafts- und Technikgläubigkeit gleichsetzen. Ebenso ist es verfehlt, konservativen Kräften einen Modernisierungswillen grundsätzlich abzusprechen. Und zweitens, weil unterschiedliche, teilweise gar widersprüchliche Referenzwerte für die Bestimmung des Progressiven in Frage kommen: Was ist der normative Referenzwert (oder die Ethik) des Progressiven etwa in Fragen der Reproduktionsmedizin? Welche Normen kennzeichnen das Progressive im Kontext der Sicherheitspolitik in Fragen von Überwachung oder im Einsatz von Drohnen? Wie lässt sich das Prinzip der Nachhaltigkeit in einer marktwirtschaftlich geprägten Demokratie angemessen umsetzen? Wie bereits diese beispielhafte Auswahl gegenwärtiger politischer Streitfragen deutlich macht, können sich Standpunkte auf völlig unterschiedliche normative Bestimmungen des Progressiven beziehen.

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden theoretischen Problematik sollte aus unserer Sicht dennoch an der Nützlichkeit der Unterscheidung von progressiven und konservativen Veränderungsanliegen festgehalten werden. Schließlich wird sie von den Akteuren nach wie vor als identitätsstiftende Kategorisierung genutzt und ist politisch noch immer wirksam. Allerdings wäre die Unterscheidung nicht als substanzieller Gegensatz zu verstehen, der auf einen festen und klar unterscheidbaren Kern von progressiven und konservativen Denkweisen verweisen würde. Wäre es so, könnten schlicht keine politischen Kompromisse ausgehandelt werden.

Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Studie eine ethnografisch inspirierte Perspektive eingenommen, in der die Unterscheidung in ihrer symbolischen Kraft und regulativen Wirksamkeit betrachtet wird und aus einer entsprechenden empirischen Rekonstruktion dann näher bestimmt werden soll: Wie wird das Progressive in aktuellen politischen Kontroversen als Rechtfertigungsgrund genutzt, vor allem jenseits institutionell und diskursiv etablierter Gesprächsformate? Wir folgen an dieser Stelle dem berechtigten Hinweis des französischen Soziologen Bruno Latour (2007: 28), dass „man den Akteuren folgen muss“ und diesen die Gelegenheit geben sollte, ihre Kontroversen selbst zu entfalten, anstatt diese bereits in festgelegte Kategorien zu packen. Sozialwissenschaftliche Forschung rückt dadurch näher an den Untersuchungsgegenstand heran und entfaltet seine Relevanz weniger durch einen privilegierten und vermeintlich objektiven Beobachterstatus, sondern durch eine genaue Beschreibung der Kontroversen in ihrer kommunikativen Alltagspraxis. Es spricht einiges dafür, dass über empirische Narrativanalysen eine angemessene Zustandsbeschreibung progressiver Veränderungsanliegen erfolgen kann. Wir werden in der Studie nicht vorab definieren, was progressiv bedeuten soll, sondern auf der Grundlage des empirischen Materials den Versuch unternehmen, die analytischen Kategorien zur Identifizierung progressiver Veränderungsanliegen zu gewinnen. Orientierung bieten uns dabei zwei sehr allgemeine Thesen.

Die erste These ist forschungsleitend: Wir gehen davon aus, dass sich progressive von konservativen Veränderungsanliegen insbesondere durch die Wahl ihrer narrativen Muster unterscheiden. Die zweite These ist gegenstandsbezogen: Wir vermuten, dass das progressive Denken zusehends seinen Zukunftsoptimismus verliert und sich immer stärker durch die Suche nach gemeinschaftlichen Rückzugsräumen auszeichnet, die sich der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse entziehen und jenseits des „Zwangs der Systeme“ ein selbstbestimmtes Sozialleben ermöglichen. Diese neuere, fast schon defensive Wendung des progressiven Denkens „von unten“ unterläuft den parteipolitischen Betrieb und führt damit zu der Frage, wie das Progressive heute noch politisch angesprochen werden kann.

Phasen der Veränderungserzählung

Politik benötigt Selektionskategorien, um „notwendige“ Veränderungsanliegen zu identifizieren und sie in politisch-programmatische Forderungen übersetzen zu können (*Übersetzungsprozess*). In der politischen Praxis gehen diese Kategorien stets über die rein sachlich-argumentative Ebene hinaus und beanspruchen auch die moralischen Kapazitäten der Akteure. Andernfalls wäre jede politische Überzeugung zur Veränderung das Produkt mechanischer Diskursdynamiken. Änderungsanliegen aber entstehen im kommunikativen Austausch und gehen aus den gesellschaftlichen Kontroversen über kollektive Probleme, Wünsche und Lösungsstrategien hervor.

Zunächst lässt sich der Übersetzungsprozess aus der Perspektive eines Phasenmodells betrachten: Demnach ist der Ausgangspunkt von Veränderungsanliegen immer eine kritische Diagnose, die dann einen appellativen Charakter annimmt und dadurch Interessen zur Veränderung erzeugt. Schließlich mündet das Anliegen in der Benennung eines Hebels, der es zu realisieren vermag. Wenngleich diese Phasen logisch zusammenhängen, verlaufen sie nicht notwendigerweise einheitlich oder linear. Sie sind vielmehr überkreuzt und unterliegen jeweils eigenen Bewegungsprinzipien. Schließlich ist Kritik nie reiner Appell und die Logik der Interessenbildung ist vom praktischen Betrieb institutioneller Realisierungsmöglichkeiten ebenso zu unterscheiden. Wie Jan Turowski und Benjamin Mikfeld im Werkbericht Nr. 3 des Denkwerks Demokratie (2013: 4) betonen, verlängert sich „das bloße Wissen über die Zustände der Welt (...) keineswegs zwangsläufig in ein gesellschaftliches Bewusstsein, das

machtvoll nach Veränderung strebt.“ Oftmals werden etwa gesellschaftlich akzeptierte Änderungsanliegen durch die institutionellen Routinen dermaßen gekappt, dass ihre politische Realisierung ihrerseits massive Kritik hervorruft. Das kann in beispielsweise vielen Bereichen umweltpolitischer Reformen beobachtet werden. Es kann aber auch sein, dass die institutionelle Dynamik der Rechtsstaatlichkeit unerwartet Realisierungsmöglichkeiten für politische Anliegen eröffnet, die für unrealisierbar gehalten wurden. Beispiele dafür lassen sich insbesondere dort finden, wo politische Kontroversen durch Prozesse der richterlichen Rechtsfortbildung unterbrochen werden; etwa in der Gleichstellungspolitik.

Das Phasenmodell liefert ein differenziertes Verständnis von den Prozeduren, die erforderlich sind, damit sich gesellschaftliche Änderungsanliegen formieren und politisch relevant werden können. Die Frage aber, wie sich der Übergang vom Anliegen zur Forderung vollzieht, lässt es noch im Unklaren. Ausgehend von der Überzeugung, dass dieser Übergang ein diskursiv vermittelter Prozess ist, beschäftigt sich die vorliegende Studie mit den narrativen Techniken, mittels derer Kritiken in Appelle überführt, Interessen mobilisiert und handlungspraktische Realisierungsmöglichkeiten in der Politik verhandelt werden. Wenn Sprache imstande ist, unterschiedliche Handlungslogiken beschreibbar zu machen, dann nur deshalb, weil sie das Erzählen einer Geschichte ermöglicht, die Komplexität reduziert und Ungewissheiten alltagstauglich zu bewältigen hilft. Schließlich sind politische Probleme meist derart komplex, dass es nicht möglich ist, sie durch Faktenwissen allein zu lösen, geschweige denn für die so gewonnenen Lösungsstrategien unwidersprochen Legitimität zu erzeugen. Die Politik muss vielmehr ihr Publikum stets für das, was sie „bewegt“, *mitreißen* können und ist deshalb auf literarisch-ästhetische Prozeduren wie das Erzählen angewiesen, um kollektive Identitäten zu mobilisieren und Sinn zu erzeugen (Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014a: 9-14).

3. Methodisches Vorgehen

Das Projekt zielt darauf ab, besonders markante Veränderungsnarrative zu identifizieren und sie auf ihren progressiven Gehalt zu untersuchen. Dabei wird davon ausgegangen, dass politische Anliegen zur Veränderung die staatlichen Diskursräume (parlamentarische Debatten) und klassischen Qualitätsmedien (FAZ, SZ, Spiegel) übersteigen und sich in der gesamten Vielfalt öffentlicher und alltäglicher Texterzeugnisse entwickeln. Dies bedeutet zwar nicht, dass den etablierten Akteuren und Institutionen das innovative Potenzial abzusprechen ist. Aber Politik muss nicht nur aus Legitimitätsgründen alltagstauglich sein. Auch weil politische Funktionseliten selbst auf externe Beratungen und Expertisen angewiesen sind, müssen laienverständliche Politiklösungen gefunden werden. Deshalb liegt der Fokus der Studie auch auf den „Randgebieten“ gesellschaftspolitischer Diskurse. Wir strukturieren die Untersuchung nach drei zusätzlichen Diskursräumen:

Erstens wird ein *anarchischer Diskursraum* in den Blick genommen. Mit der Bezeichnung ‚anarchisch‘ ist keine normative Wertung verbunden. Sie soll deutlich machen, dass wir im gewöhnlichen Tagesgespräch nach Erzählorten Ausschau halten, die sich durch einen geringen Grad an verpflichtenden Kommunikationsregeln auszeichnen. Hierzu zählen in erster Linie das Internet und die Debatten in sozialen Medien, die sich von den Erzählmustern der Qualitätsmedien und der hohen Politik teilweise deutlich unterscheiden. Vor allem Plattformen wie Youtube, Twitter und Facebook

sind hier ebenso zu nennen, wie das als Blogosphäre bezeichnete Netzwerk (semi-)professioneller Textproduzierender, in dem sich signifikante und progressive Anliegen vermuten lassen.

Zweitens wird ein *deliberativer Diskursraum* untersucht, der das breite Spektrum der Tagespresse umfasst. Zwar beginnt ein solcher Fokus zunächst mit dem Blick auf die üblichen Qualitätsmedien, jedoch wird der Fokus der Studie in gleichwertiger Form auch ausgewählte Regionalzeitungen berücksichtigen. Die Vermutung besteht darin, dass der explizite Fokus auf Qualitätsmedien in gewisser Weise elitär ist und den Blick dafür trübt, dass die große Mehrheit der ‚gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger‘ Regionalzeitungen liest. Möglicherweise werden politische Veränderungen und Reformanliegen an regionalen Orten anders erzählt und verhandelt als dies in medialen Elitendiskursen geschieht.

Drittens wird ein *kultureller Diskursraum* in die Analyse einbezogen, der einerseits textliches Material in einem klassischen Kulturverständnis untersucht, etwa aus der Kunst-, Theater- und Musikszene. Andererseits sind wir an der Vielfalt moderner Lebensformen interessiert, wie sie sich in speziellen Magazinen ausdrücken. Wir versuchen anhand von exemplarischen Magazinen wie Neon, Brandeins, Landlust oder Brigitte einen Querschnitt zu aktuellen Themen wie Ernährung, Gesundheit oder modernes Familienleben anzubieten und verschiedene Gesellschaftsgruppen abzubilden.

Die Studie wird sich explorativ in diese drei Diskursräume begeben und das Datenmaterial in einem iterativen Forschungsprozess sammeln. Die im Text verwendeten Beispiele sind also immer auf die theoretisch und konzeptionell gewonnenen Ausgangspunkte bezogen und dienen in erster Linie der Illustration. Die Eingrenzung des Materials ergibt sich somit nicht allein forschungspragmatisch, sondern ist von der methodologischen Überzeugung getrieben, dass sich politische Narrative schon durch stichprobenartige Illustrationen veranschaulichen lassen. Demnach liegt der Studie in ihrer derzeitigen Form (noch) keine statistische Analyse zur sozialen Verbreitung oder Diffusion von Änderungsanliegen zugrunde. Wir konzentrieren uns in der vorliegenden Studie vielmehr darauf, auf Grundlage einer plausiblen Themenauswahl die narrative Struktur progressiver Veränderungsanliegen zumindest perspektivisch anzudeuten.

4. Konzeptioneller Hintergrund

In der Studie wird die politikwissenschaftliche Narrativanalyse angewendet, wie sie von den Autoren an anderer Stelle entwickelt wurde (vgl. Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014a, 2014b). Als theoretischer und methodischer Werkzeugkasten bietet die Narrativanalyse eine Verfeinerung der Vorarbeiten, die im Umfeld des Denkwerks Demokratie bereits als strategieorientierte Diskursanalyse entstanden sind (Mikfeld 2012; Turowski & Mikfeld 2013). Beide Zugänge interessieren sich etwa gleichermaßen für eine kommunikative Praxis, die Machteffekte und Ausgrenzungen erzeugt und innerhalb des Primats des besseren Arguments bisher systematisch ausgeblendet wird. Vor allem die Begrifflichkeit des „semantischen Kampfes“ markiert eine gemeinsame Schnittstelle.

Im Unterschied zur strategieorientierten Diskursanalyse ist die Narrativanalyse allerdings viel stärker an kreativen Erzähltechniken interessiert. Neben einem „besseren Überblick über das politische Spielfeld zu (...) Interessen (...), Deutungen (...), Strategien (...), Entwicklungspfade und Institutionen“ (Turowski & Mikfeld 2013: 6) soll die Kunstfertigkeit des Erzählens fokussiert werden, die zwar auf

Diskursen, kulturellen Eigenheiten und historischen Erfahrungen aufricht, sich aber nicht auf ihre Dynamiken reduzieren lässt. Das Erzählen ist vielmehr eine Technik elastischer Reflexionsspiele und -instände, gewachsene Selbstverständlichkeiten zu „bewegen“. Sie führt die Kraft der Phantasie und Fiktion ein, wenn die Realität als beengend empfunden wird und interessiert sich in den Worten des Literaturwissenschaftlers Albrecht Koschorke (2012: 102) für „schöpferische Anverwandlungen“. Denn während Diskurse in gewisser Weise „immer schon da sind, das heißt von den handelnden Individuen nur vollstreckt werden können“ und dadurch den Akteuren nur eine passive Rolle zukommt, „lenkt die Erzählanalyse die Aufmerksamkeit auf die Dynamik eines permanenten Fort- und Umbildens von Erfahrungshorizonten, an der die Akteure selbst gestalterisch mitbeteiligt sind“ (Koschorke 2012: 103). Eine Narrativanalyse interessiert sich demnach für die Strukturierungsleistung und Verständigungskraft des Erzählens in kommunikativen Prozessen, „wo im streng rationalen oder diskursiven Sinne Kommunikation an den jeweiligen Beharrungskräften eigentlich scheitern müsste“ (Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014a: 9). Deshalb ist es auch naheliegend gerade dort über das Erzählen nachzudenken, wo es darum gehen soll, zu verstehen, wie sich progressive Anliegen zögerlich formieren und politisch wandern.

Die theoretische und methodische Perspektive der Narrativanalyse zeichnet sich durch den Fokus auf drei zentrale erzählerische Praktiken aus, die den Kern der hier anvisierten empirischen Untersuchung von progressiven Veränderungsanliegen bilden.

1. Ausgangspunkt der Narrativanalyse ist die Identifikation relevanter *Leitmetaphern*. Als semantisch offene Bezugsrahmen verfügen sie über *kognitive*, *normative* und *dialogische* Kräfte, deren Rekonstruktionen einen guten Einblick über den Zustand politischer Veränderungsanliegen liefern. Die kognitive Funktion von Metaphern wird insbesondere dort erkennbar, wo politische Akteure über „Gegenstände“ sprechen, die nicht ins Auge fallen. So werden aktuelle Krisen nicht zufällig als „Krankheiten“ oder „Katastrophen“ verhandelt. Denn solche metaphorischen Beschreibungen helfen dabei, kontingente Erfahrungen zu ordnen und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Da sie als „mentale Konzepte“ (Lakoff & Johnson 2011) unmittelbar auf die Vorstellungswelt der Akteure einwirken, verfügen sie zudem über normative Kräfte. Schließlich erfüllen Metaphern nicht nur deskriptive Funktionen, sondern üben ihrerseits auch Einfluss auf die Formulierung politischer Handlungsoptionen aus; wenn beispielsweise die „Krankheit“ als Zustandsbeschreibung die Suche nach „heilenden“ oder „rettenden“ Maßnahmen in Gang setzt. Eine erzählerische Deutung der Krise als „Kollaps“ würde etwa völlig andere, auch nicht-systemimmanente Optionen nahe legen. Die dialogische Kraft dagegen geht aus der interpretativen Offenheit von Metaphern hervor, deren kognitive wie normative Funktionen stets prekär sind und deshalb jederzeit scheitern können. Schließlich unterliegen auch Metaphern der „Bedeutungskonkurrenz von Wörtern“ (Turowski & Mikfeld 2013: 11) und sind aus ganz unterschiedlichen Motivlagen heraus nutzbar. Gerade daraus geht die Möglichkeit hervor, über politische Sachverhalte streiten und politische Kontroversen mit alternativen Ideen durchkreuzen zu können. Ein Veränderungsanliegen entwickelt sich deshalb zunächst im Umfeld von Metaphern und ihres Gebrauchs, die keinen Spezialfall, sondern das „allgegenwärtige Prinzip“ (Lüdemann 2004: 31) der politischen Sprache sind. Über die Rekonstruktion ihrer Bezugsrahmen lassen sich der Bedeutungsgehalt und die möglichen Sinnbezüge von politischen Veränderungsanliegen nachzeichnen.
2. Die spezifische Ausformung der Leitmetaphern lässt in einem zweiten Schritt Rückschlüsse auf die *Rollenmuster* zu, die politisch konstruiert und erzählerisch inszeniert werden. Wenn in Bezug auf

Griechenland etwa davon gesprochen wird, dass erst einmal „die Hausaufgaben gemacht“ werden müssen, werden die Beteiligten in eine Vorstellungswelt gesetzt, die pädagogischer Natur ist und dadurch ein besonderes Machtverhältnis begründet. In einem solchen Diskursklima werden „Rettende“ zu Lehrenden, Forderungen zu Pflichtaufgaben und die Kritik unweigerlich zur Aufsässigkeit erklärt. Über die Zuweisung der Rollenmuster werden dem Diskurs also moralische Wertungen eingepflanzt, die das Publikum darüber informieren, wer notwendige Veränderungen initiiert und wer diese blockiert. Dies bedeutet, dass auch in alltäglichen Erzählungen verschiedene Rollen, wie die klassische Heldin, der fiese Schurke, die Intrigantin oder der heimliche Verräter benutzt werden, die sich meist an den Genres der Literatur und des Films orientieren.

3. Das Zusammenspiel von Metapher und Rollenmuster lässt schließlich die Dimension der *Zeitlichkeit* erkennen, in der politische Veränderungsanliegen eingebettet sind und wodurch sich ihre Zielrichtungen und Horizonte festlegen. So kann vor dem Hintergrund eines drohenden Untergangs die Krise zur permanenten Rechtfertigungsfolie für die Notwendigkeit eines Handelns in Ausnahmeständen wachsen, die Themen wie Bildung, Gerechtigkeit und Familie als sozialpolitisches Zierrat marginalisiert und aus der politischen Agenda treibt. Allerdings sind Untergangserzählungen meist nicht sonderlich innovativ. Denn darin wird nicht die Gestaltbarkeit der Zukunft betrachtet, sondern Kategorien von Sicherheit und Prävention bemüht. Dies legitimiert eher den Ausbau bestehender Machtverhältnisse und verhindert alternative Imaginationen der Zukunft, die von „Systemzwängen“ befreit sind und im Dienst der demokratischen Selbstbestimmung stehen. Wie Zeit in progressiven Veränderungserzählungen strukturiert wird, lässt sich jedoch erst mittels detaillierter Narrativanalysen zeigen. Die vorliegende Studie kann hierzu lediglich perspektivische Impulse entwickeln.

5. Narrative der Veränderung

Die folgende Studie politischer Veränderungsnarrative ist explorativ und demnach keineswegs als abschließendes Ergebnis zu verstehen. Es geht hier insbesondere um die Rekonstruktion einer Perspektive, wie sie sich im Alltag von neueren Veränderungsbemühungen äußert. Deshalb lassen sich die hier identifizierten Narrative (Wie wir leben und arbeiten wollen; Die Stadt der Zukunft; Die Vielfalt neuer Lebensformen; Das Netz; Neue Überschaubarkeit) weiter vertiefen und hinsichtlich ihrer narrativen Gemeinsamkeiten durchaus gezielter untersuchen. Es lassen sich auch gänzlich neue Bereiche politischer Veränderungsanliegen berücksichtigen, etwa zu Fragen der Migrations- oder Schulpolitik, die bisher nur am Rande behandelt wurden. Die Auswahl der fünf Narrative folgt also keiner wertenden Rangfolge, die sich an ihrer Dringlichkeit oder gesellschaftspolitischen Relevanz orientiert. Vielmehr wird der Versuch unternommen, die Vielfalt gesellschaftlicher Veränderungsanliegen überblicksartig zu skizzieren und eine erste Perspektive auf die Transformation progressiver Aktivitäten zu gewinnen.

Die Kartographie aus Narrativen und ihrer verbindenden Leitmetaphern könnte in einer späteren Studie sukzessive verfeinert und erfahrungswissenschaftlich erhärtet werden. Die konkrete interpretative Ausarbeitung folgt dabei der forschungsleitenden These, dass die zentralen Unterschiede zwischen progressiven und konservativen Veränderungsanliegen erst in narrativer

Hinsicht erkennbar werden. Die einzelnen empirischen Kapitel sind folgendermaßen aufgebaut: Nach einer thematischen Bestimmung des Untersuchungsfeldes werden die oben skizzierten Analyseschritte durchgeführt. Im Zentrum steht dabei die Identifikation und Analyse relevanter Leitmetaphern. Nach jeder Einzelstudie werden erkennbare „Narrative Muster und erzählerische Potenziale“ in Zwischenfazit zusammengefasst, woraus sich dann ein vorläufiges Gesamtergebnis der Narrativanalyse ableiten lässt. Die Methodik lässt sich so verstehen, dass der Forscher zunächst versucht, eine Mikroperspektive einzunehmen und in den jeweiligen Kontroversen das Spektrum der unterschiedlichen Stimmen zu vernehmen und einzugrenzen. Besondere Aufmerksamkeit erhalten hierbei marginalisierte Stimmen, die in den dominierenden Diskursen bisher kaum Gehör finden. Um sich in den entsprechenden dichten Beschreibungen der Narrative nicht zu verlieren, tritt der Forscher danach einen Schritt heraus und nimmt dann stärker eine Makroperspektive auf die übergeordneten narrativer Muster der Erzählbeiträge ein. Der Forschungsprozess lässt sich als ein ständiges Pendeln zwischen in einem *Zooming in* und *Zooming out* beschreiben und erfordert ein gewisses Maß an kritischer Reflexion gegenüber dem breit angelegten Untersuchungsgegenstand.

5.1 Wie wir leben (und arbeiten) wollen

Der Hamburger Indie-Band *Tocotronic* gelang es häufiger in ihren Songtexten dem Zeitgeist poetisch nachzuspüren. So thematisiert ihr 2013 erschienenes Album „Wie wir leben wollen“ auf eindrucksvolle Weise, wie die ambivalente Sinnsuche und Existenzangst einer Generation zu einem gesellschaftspolitischen Pragmatismus geführt hat, dem der politische Aktivismus und das Gemeinschaftsgefühl früherer Tage (1995: „Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein“) fremd geworden ist. Während mediale Zustandsbeschreibungen der gegenwärtigen Gesellschaft eher holzschnittartigen Charakter aufweisen, zeichnen sich die poetischen Versuche, dem Charakter und den Anliegen der heutigen Jugend Ausdruck zu verleihen, durch einen weitaus differenzierteren und dadurch weniger moralisierenden Blick aus. So wird die Generation der 18-30 Jährigen in den massenmedialen Diskursen meist als entscheidungsschwache, unpolitische und sich ins Private zurückziehende „Generation Y“ beschrieben oder es wird an anderer Stelle beklagt, dass die „Generation Merkel“ zu „Kinder[n] der Stille“ (Kurbjuweit 2014) geworden sind. Diese orientierten sich, so ein weiterer Vorwurf, am materiellen Status und an einem Sicherheits- und Leistungsdenken. Sie folgten dem Lebensstil des „Egotaktikers“ und „Leistungsstrebbers“ (Hurrelmann 2002) und lassen dadurch wenig Raum für die Pflege des politischen Innovationsdenkens in einem kritischen Bewusstsein.

In solchen Beschreibungen wird der pragmatische Regierungsstil der Bundeskanzlerin auf die Lebensentwürfe einer ganzen Generation projiziert. Was dadurch unscharf bleibt, ist der Wille nach Veränderung bestehender Verhältnisse, der selten in Form eines kämpferischen Zeitgeists daherkommt und nur schwer mit heroisierten Bewertungsmaßstäben der 1968er Generation zu vereinbaren ist. Wenn etwa 87% der Frauen zwischen 18 und 35 sagen, „dass an gerechten Chancen unabhängig vom Geschlecht noch immer gearbeitet werden muss“ (Bücker 2015), dann wird deutlich, dass sich durchaus Veränderungsnarrative identifizieren lassen, die auf konkrete Lebensbereiche bezogen sind. So wird an lebenswerten Kompromissen gearbeitet, welche die Dialektik zwischen Sinnsuche und Existenzangst auflösen: „Vergesst euch nicht selbst, im Wahn um die Vereinbarkeit von Karriere und Kind“ (Buchheim 2015). Der Veränderungswille entzieht sich den gewohnten Gegensätzen von Restauration und Revolte bzw. politischer Gleichgültigkeit und Einmischung, weshalb die klassischen Kriterien zur Einordnung der politischen Haltung einer jüngeren Generation

schlicht nicht mehr funktionieren (März 2015). Die wahrgenommene Unvereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Angst des sozialen Abstiegs bilden weitere Stränge in diesen Diskursen, die sich etwa in der Metapher der „Vereinbarkeitslüge“ bündeln (Zitty Berlin 9/2015) oder in der Charakterisierung der Bundesrepublik als „Ständegesellschaft“ (Rühle 2015), womit die unzureichende Verteilungsgerechtigkeit kritisiert wird.

Was diese Erzählungen eint, ist eben nicht ihr unpolitischer Kern. Die häufig kritisierte „Weltflucht“ ins kuschelige Heim (Friedrichs 2015) entspringt in den hier beobachteten Erzählungen keineswegs einer Romantik der privaten Idylle, sondern vielmehr einem Gefühl von Vergeblichkeit, an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern zu können. Der Adressat des Änderungswillens ist weitgehend konstant geblieben: der Kapitalismus, das politische System oder auch ihre Querverbindungen. Allerdings wird die Veränderbarkeit dieser makrosozialen Größen heute weitaus skeptischer eingeschätzt. Dies wird nicht nur im akademischen Milieu und im Verweis auf den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg postdemokratischer Politiken deutlich. Ähnliche Bedenken lassen sich gerade auch in den anarchischen Diskursräumen wiederfinden (Tschürtz 2015, Tagesspiegel 2015, Melter 2015). Die dort artikulierte Kritik ist nun nicht mit Politikverdrossenheit zu verwechseln. Sie verweist auf ein pragmatisches, handlungsbezogenes Politikverständnis: „Ich glaube nicht daran, dass die Politik irgendetwas verändern kann. Wer Veränderung will, der muss sie selbst machen“ (Kai 2015). Trotz einiger zynischer Gesellschaftsdiagnosen, die etwa die neue Attraktivität von Bausparverträgen als neobiedermeierlich spöttisch belächeln, sind viele anarchische Erzählbeiträge zur Thematik spürbar von dem Drang motiviert, sich keineswegs mit den zunehmenden sozialen Ungleichheiten und Pathologien des Kapitalismus abzufinden und stattdessen an sozioökonomischen Veränderungen moderner Lebenswelten zu arbeiten. Das Zukunftspotenzial einer neu verstandenen politischen Verantwortlichkeit könnte gerade in der „Schnittmenge aus Verbindlichkeit und Pragmatismus“ (März 2015) liegen, die sich in der erzählerischen Vielfalt nur anders artikuliert als dies die Eltern der Generation Merkel gewohnt sind.

Hamsterrad

Wenn es darum geht, die negativen Auswirkungen des Kapitalismus auf konkrete Lebenssituationen zu beschreiben, wird überaus häufig die Metapher des „Hamsterrades“ bemüht. Wie kaum eine andere Metapher verkörpert sie die endlose Funktionslogik des kapitalistischen Wirtschaftens. Mehr noch: sie erneuert das Bild von der Zweckentfremdung der Arbeit und einer Situation, die weder Entkommen zulässt noch die Kräfte preisgibt, von denen sie dominiert wird. Der Erfolg der Metapher, der vor allem an ihrer diskursiven Verbreitung erkennbar ist, ist Folge einer bemerkenswerten Bedeutungsverschiebung, die sich in der gesellschaftlichen Bewertung des „Sinns“ der Arbeit ereignet hat. Galt das Antreiben ökonomischer und juristischer Systemräder etwa vor allem in den 1980er und 1990er Jahren als Tugend, wie dies in Figuren aufstrebender Investmentbanker oder zu Tages- und Nachtzeiten arbeitende Anwälte in Filmen wie *Wall Street* (Oliver Stone, 1986) oder in den Bestseller-Romanen von John Grisham verkörpert wird, hat sich im Zuge der globalen Finanzkrise eine entgegengesetzte Erzählung etabliert, die von der „Erschöpfung“ ebenso wie von dem Sinn und Zweck freier Lebenszeit zu berichten weiß: „Früher galt nur: schneller, weiter, höher. Jetzt weiß er [der Unternehmensberater], dass freie Zeit ein Gewinn ist“ (Reinecke 2012). Ein Investmentbanker wie Kevin Spacey in *Margin Call* (J.C. Chandor, 2011), einer der besten Filme zum Finanzcrash, zweifelt an seinem Tun und sieht sich entfremdet einem unkontrollierbaren System gegenüber.

Mit dieser Wiederentdeckung und Erneuerung der Kapitalismuskritik geht auch eine geringer werdende Anerkennung von Berufen, wie die des Bankers oder der Wirtschaftsanwältin, einher. Sie werden nicht mehr ausschließlich als Symbole der „Selbstoptimierung“ und des individuellen Erfolges wahrgenommen. Vielmehr werden sie der „Systemleistung“ zugerechnet und als Teil einer freiheitsbeschränkenden Maschinerie dekonstruiert. Mittlerweile steht häufiger die kritische Frage im Fokus, wem es nützt, das Hamsterrad ununterbrochen anzutreiben. Kerstin Bund (2014) hält diesen Sinneswandel in ihrem Manifest *Glück schlägt Geld* als Zeitdiagnose fest. Demnach treiben uns derzeit „harte Anreize wie Gehalt, Boni und Aktienpakete“ weniger an als „die Aussicht auf eine Arbeit, die Freude macht und einen Sinn stiftet“. Dies passt durchaus zu den Ergebnissen einer Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young aus dem Jahr 2014, die im Magazin *Neon* aufgegriffen werden, wonach im Ranking der beliebtesten Branchen, in denen Studierende später gerne arbeiten würden, „der Öffentliche Dienst (geregelte Arbeitszeiten!), Wissenschaft (Sinngesamt!) und Kultureinrichtungen (Kreativität!) weit vor Kernindustrien wie Autoindustrie, Banken und Maschinenbau“ liegen (Weisbrod 2015: 72).

Allerdings hat dieser sich ausbreitende Impuls, kein bloßes Rädchen im Getriebe, sondern Teil eines kreativen Umfeldes zu sein, eine Schattenseite: Die erwünschte Trennlinie zwischen Leben und Arbeit verschwimmt in dem Maße, wie die Arbeit nicht nur im Dienst des Geldverdienens, sondern zunehmend auch für die Leidenschaft stehen soll, womit wir unfreiwillig wieder in die Logik des Hamsterrads fallen. Während die vielbeschworene Work-Life Balance in den Worten von Holm Friebe (zitiert nach Weisbrod 2015: 76) letztlich nur hilfloser Ausdruck einer „Schadensbegrenzung“ sein kann, da diese sich an Instrumente der alten Arbeitswelt klammert, geht es in vielen gegenwärtigen Diskussionen zur Zukunft der Arbeit weniger um ein Aufrechnen zwischen Arbeit und Freizeit in der Denklage vermeintlicher Gegenpole, sondern um eine grundlegende Neudefinition, die den modernen Lebensformen junger Familien Rechnung trägt: „Komplexe Herausforderungen lassen sich daher auch nicht holzschnittartig und standardisiert lösen, zumal sich bei jedem Menschen die gefühlte Unvereinbarkeit an einem anderen Punkt einstellen wird. Was ist also zu tun? Zunächst einmal können die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden“ (Korten 2015).

Die Abschaffung der Präsenzkultur, die Aufwertung von 80- bzw. 60%-Stellen, die Einrichtung von Kitas in Unternehmen oder Universitäten oder das Umdenken, Büros nicht als einzigen und heiligen Ort produktiver Arbeit zu begreifen; all dies sind Anzeichen einer sich wandelnden Arbeitskultur, die besonders populär bereits vor einem Jahrzehnt von Sascha Lobo und Holm Friebe (2006) unter dem Titel „Wir nennen es Arbeit: Die digitale Boheme oder: intelligentes Leben jenseits der Festanstellung“ proklamiert wurde. Zunächst noch belächelt, wird besonders das skandinavische Modell des Home-Office häufiger bemüht, um die Attraktivität von Arbeitsplätzen zu erhöhen. Dass Dänemark und Schweden in dieser Hinsicht regelmäßig Spitzenplätze in der EU einnehmen und ein erfolgreiches Modell der Vereinbarung von Beruf und Familienleben praktizieren, wird mittlerweile als Leitbild rezitiert (Franz u.a. 2012).

An anderen Stellen wird jedoch erkennbar, dass diese diskursive Öffnung für einen neuen Arbeitsbegriff in Teilen den Erfahrungsberichten junger Familien widerspricht. Liest man sich quer durch deutsche Zeitungen und mediale Foren wird die Arbeits- und Familienpolitik vor allem im Hinblick auf die Frage der Vereinbarkeit von Beruf (oder Karriere) und Familie sehr skeptisch beurteilt. Oft herrscht das Gefühl vor, bei dieser fundamentalen Lebensfrage einer unentschlossenen Politik gegenüberzustehen. So werden die Vereinbarungsbemühungen meist unter den Vorzeichen

„ständiger Müdigkeit“, „Hetze“ oder „Erschöpfung“ verhandelt. Der *Spiegel* bezeichnete dieses ständige Scheitern junger Eltern als „Die große Erschöpfung“ (Voigt 2013). Müdigkeit wird damit zu einem sichtbaren Symptom eines Optimierungswahns, der an seine Grenzen stößt und diese Grenzen verstärkt in den gesellschaftlichen Diskursen zu präsentieren versucht. Stellenweise gestaltet sich dies in provokativer Form, etwa, wenn „Das Recht auf Faulheit“ eingefordert (Gasch 2015) oder „Zeitwohlstand und Entfaltung für alle“ (Korte 2015) propagiert wird.

Die Geschichte von Alexandra Dewan, die in einer Titelstory in *Zitty* beschreibt, wie sie nach ihrer einjährigen Babypause den Job verlor und ihre Forderung nach einer reduzierten Arbeitszeit auf taube Ohren stieß, kann hier als exemplarisch gelten. In der Realität der Arbeitswelt wird die Gleichsetzung von halber Arbeitszeit und halber Leistung dann doch entgegen ihrer zunehmenden Anerkennung in den gesellschaftlichen Diskursen in vielen Fällen reproduziert. Zwar ist die Gleichberechtigung in aller Munde, etwa bei der Frauenquote für Führungskräfte. Der Lebensalltag junger Familien wird jedoch noch immer vor allem durch alte Rollenmodelle erschwert. Dies betrifft in erster Linie Mütter, zunehmend aber auch Väter. Der Kinofilm „Eltern“ (2013, Regie: Robert Thalheim), in dem Charly Hübner und Christiane Paul als Paar in einem emanzipierten Rollenverständnis agieren, spiegelt in gelungener Art und Weise die Schwierigkeit zweier berufstätiger Eltern wider, den Alltag zwischen Karriere und Kinder zu meistern und als Familie dennoch dauerhaft und einigermaßen glücklich zu funktionieren. In den Filmszenen wird klar, dass es heutigen Eltern weniger um ideologische Zuschreibungen von Rollen geht, sondern um praktische Problembewältigung im Alltag, die zwangsläufig mit dem Aufbrechen des Alleinernährermodells einhergeht (Schwickert 2013). Hinzu kommen Probleme, die sich in einer langfristigen Perspektive ergeben. Hier sind vor allem Frauen benachteiligt, deren „Familienarbeit“ mit dem Betreuungsgeld sicher nur unzureichend entlohnt ist. Vor allem dann, wenn sie den „Lauf des Lebens“ gegen die Männer mit großem Abstand verlieren, wie jüngst ein Sketch der Satire-Sendung „Die Anstalt“ (2015) kritisch aufarbeiten konnte.

Umso erstaunlicher ist es, dass der von Familienministerin Manuela Schwesig im vergangenen Jahr vorgebrachte Vorschlag einer steuerfinanzierten 32-Stunden-Woche so starken Gegenwind aus der Wirtschaft und dem Kanzleramt erfuhr. Schließlich würde diese Option nicht nur viel Druck aus dem zerbrechlichen Familienmodell nehmen, sondern auch den Wünschen junger Menschen entsprechen. Denn in vielen Beiträgen wird deutlich, dass Frauen gerne mehr und Männer gerne weniger arbeiten wollen, was beiden Eltern ermöglichen würde, sich um die Kinder kümmern zu können ohne damit den Verlust des beruflichen Anschlusses befürchten zu müssen (Schattenmann & Herbold 2015: 17). Das deutsche Diktum einer Vollarbeitszeit von 40 plus 10 erweist sich hier als größtes Hindernis, das in diesen Veränderungsnarrativen immer wieder scharf kritisiert wird. In dieser Debatte wird das Bild des Hamsterrades auf die Situation berufstätiger Mütter oder Väter übertragen, denen zwar nun Elternzeit zugestanden wird (inzwischen nimmt jeder dritte Vater Elternzeit, jedoch in der Regel nicht länger als die zwei sogenannten „Vätermonate“), die jedoch nach wie vor in erster Linie funktionieren und beruflich aufsteigen müssen und dann erst „noch, so viel es geht, Vater sein“ können (Baum 2014). Gerade diese verzackte Situation führt oft dazu, dass zunehmend mehr Männer sich dieser Logik des Hamsterrades widersetzen und auf ihr ungewohntes Recht auf Elternzeit gegenüber Arbeitgebern pochen. Dass dies nicht pro forma zur Erfüllung eines modernen Ideals erfolgt, wird auf Blogs wie *spielplatzfreunde.com* deutlich. Dort schildern Väter ihre Erfahrungen und bauen dadurch die Sorge vieler Männer ab, dass eine solche Entscheidung vom Arbeitgeber missbilligt werde.

Stefanie Lohaus und Tobias Scholz zeigen auf ihrem Blog *5050prinzip.de* und in ihrem Buch (2015) wie der Arbeitsalltag von Eltern mit einer gleichberechtigten Arbeitsteilung abläuft. Lohaus (2015) betont, dass dieser immense Wertewandel von einem klassischen zu einem egalitären Familienmodell in der Bundesrepublik gerade stattfindet, wenn 90 Prozent der 20-39 Jährigen der Meinung sind, dass beide Elternteile für die Betreuung der Kinder verantwortlich sein sollten und 60 Prozent gar für eine gleichmäßige Aufteilung plädieren. Dieser Schub an moderner Emanzipation jenseits der alten feministischen Rhetorik des Geschlechterkampfes wird in der breiten Öffentlichkeit jedoch nur zögerlich wahrgenommen. Dies ist umso erstaunlicher, da die Geschlechtergerechtigkeit nunmehr auch zum Schlüssel für eine höhere Geburtenrate erklärt wird und Deutschland sich hier zunehmend zum „Land ohne Kinder“ entwickelt (Lohaus 2015). Der Kommentar von Antonia Baum (2014) fasst den Kern dieses Narrativs gut zusammen, wenn sie einfordert, aus der Selbstausbeutung zu entfliehen und dafür einzutreten, bei gleichbleibender Bezahlung weniger arbeiten zu können, achtzig oder gar nur sechzig Prozent für einen Zeitraum von vier Jahren; „natürlich nur für die, die es wollen“. Zwar werden solche Vorschläge häufig als naiv verworfen, dennoch werden die Emanzipation der Frau und die Befreiung des Mannes aus ihren klassischen Rollenbildern gegenwärtig neu verhandelt und nach Wegen gesucht, Familien- und Arbeitsmodelle neu miteinander zu arrangieren.

Abstiegsangst

Der Wunsch nach einer Neudefinition des Verhältnisses von Familie und Arbeit, der sich im Kontext der Hamsterrad-Metapher äußert, wird oft in der Nähe eines vielerorts artikulierten Unbehagens an einer sozial auseinanderdriftenden Gesellschaft erzählt. Das Hamsterrad dient nicht nur der Beschreibung einer als beklemmend empfundenen Lebenssituation. Es markiert zugleich eine ambivalente Grenze, insofern die Flucht aus ihr nicht zwangsläufig den Übergang zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung bedeutet, sondern immer zugleich auch eine Bewegung ins Ungewisse darstellt. Dieser Aspekt wird meist als „Abstiegsangst“ beschrieben, was der Fußballsemantik entlehnt ist und die Erfahrung zum Ausdruck bringen soll, dass stets nur wenige Akteure um lukrative Plätze (etwa in der Champions League) streiten können, während sich der Großteil permanent in existenziellen Abstiegs kämpfen befindet. Was in der Welt des Fußballs allerdings mit Attributen wie Spannung, Dramatik oder besonderem Reiz aufgeladen werden kann, ist in der ökonomischen Alltagswirklichkeit der Menschen deutlich weniger attraktiv. Die ungleiche Ressourcenausstattung der Fußballvereine lässt sich mühelos auf die Vermögensstrukturen Deutschlands übertragen und es erzeugt Argwohn, wenn die Gesellschaft so konzipiert erscheint, dass sie grundsätzlich nur Wenigen existentielle Sicherheiten bieten kann.

Während sich die Hamsterrad-Metapher allerdings produktiv wenden lässt, insbesondere weil sie mechanisch organisiert ist und damit die Hoffnung darauf aufrufen kann, dass irgendwo ein Hebel ist, an dem sich das Ganze stoppen lässt, ist die Abstiegsangst in ihrer metaphorischen Ökonomik weitaus problematischer. Sie kann die Zustandskritik nicht umstandslos in praktische Veränderungsmöglichkeiten überführen, weil sie ein vergleichsweise hoffnungsloses Bild von der Situation erzeugt: Sie prangert eher die Aufkündigung gleich zweier Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft an: Chancengleichheit und die Absicherung vor Armut.

So stehen in den gegenwärtigen Diskussionen nicht zufällig die Gründe für eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als die Möglichkeiten einer sozialen Solidarität im Fokus. Es geht eher um die Beschreibung der „Einkommensschere“, stärker um die Frage, wie weit ihre Enden auseinanderliegen, als um die Eröffnung einer Handlungsperspektive. Solche Versuche werden meist

in Neid-Debatten abgewürdigt, worin die Einkommensschere dann weniger als Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit gilt, sondern als „Leistungsbarometer“ normativ geradezu überhöht wird. Abstiegsangst ist hier eine Frage des Versagens der individuellen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft und präsentiert sich weniger als strukturelles Problem.

Dort aber, wo die Thematik von Arm und Reich nicht auf Zustandsbeschreibungen verkürzt wird und sich auf die Frage der Chancengleichheit erweitern kann, kann die Abstiegsangst einen appellativen Charakter annehmen, der zur höchsten Dringlichkeit aufruft. Denn während sich die Leistungsbereitschaft der Erwachsenen durchaus individualisieren lässt, lässt sich in den Debatten über die Zukunftsmöglichkeiten heranwachsender Generationen diese zu einem kollektiven Problem ausweisen. Hier erweist sich die Ungleichheitsfrage zugleich als Ungerechtigkeitsfrage, was oft mit dem Vorwurf von der „Lüge von der Chancengleichheit“ (Der Spiegel 20/2015) untermauert wird. Da sich sozialer Aufstieg und Bildung nicht zuletzt durch die PISA-Studien als von der Herkunft abhängige Variablen darstellen lassen, wird der Ton der Debatte rauer. Es scheint sich der Trend zur Klassengesellschaft zu verfestigen, der im Widerspruch zu den proklamierten Zielen der großen Parteien von Armutsbekämpfung, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit steht: „Natürlich muss der Staat dafür sorgen, dass Kinder nicht ihrem ‚vorbestimmten Schicksal‘ überlassen werden“ (srsly 2015).

Das Tabu, dass in Deutschland aller Voraussicht nach arm bleibt, wer arm geboren ist, wird in aktuellen Veränderungsnarrativen nicht nur kritisch aufgebrochen, sondern auch auf alternative Zukunftsentwürfe bezogen. Das vielbeachtete Buch von Marco Maurer *Du bleibst, was Du bist* (2015) entfaltet gerade deshalb eine moralische Wucht, weil es die Ungerechtigkeit einer heimlichen Klassengesellschaft anhand einer Lebensgeschichte greifbar macht, die nicht nur dem Autor eigen ist, sondern einen sozialen Kenntnisstand erreicht hat. Dem „Arbeiterkind“ Maurer wird als Sohn eines Kaminkehrers und einer Friseurin vom Lehrer bereits früh nahegelegt, er solle besser „auf der Hauptschule bleiben, die Realschule ... (sei) nichts für ihn“ (Rühle 2015). Seine Geschichte plausibilisiert die Mechanismen, die nicht nur dazu führen, dass sich die bestehenden Sozialhierarchien reproduzieren, sondern darüber hinaus auch eine Tendenz zur Zuspitzung entwickeln. So dringt die verbreitete Erfahrung darüber ins kollektive Gedächtnis, dass in der Bildungspraxis der Republik die Entwicklungsaussichten der Kinder nicht selten nach dem Qualifikationsstand der Eltern beurteilt werden und Lebenschancen fast schon systematisch vom Geldbeutel der Eltern abhängen; etwa dort, wo unbezahlte Praktika oder schlecht bezahlte Zeitverträge an Universitäten ökonomisch überhaupt möglich sind. In einer Reportage des Magazins *Brandeins* begibt sich Dirk Böttcher auf Ursachenforschung in Rostock und versucht am Beispiel zweier Schülerinnen zu erkunden, ob deren Zuversicht an das Bildungssystem begründet ist. Während Mecklenburg-Vorpommerns Bildungsminister Mathias Brodkorb die Situation weniger dramatisch sieht als dies etwa die Zahlen der OECD nahelegen, sieht er die Herausforderung darin, das fehlende Leuchten in den Augen bei einem Drittel resignierter Pädagogen zurückzubringen und die Eltern stärker in die Pflicht zu nehmen. Dies deckt sich mit Einschätzungen von Lehrern, wonach in vielen Fällen weder die Schüler noch die Lehrer das Problem seien, sondern die Eltern: „Oft wird belächelt, wenn sie sich helikopterhaft um alles kümmern, und dabei wird vergessen, dass viele Eltern gar nichts tun und Bildung nötiger hätten als die eigenen Kinder“ (Böttcher 2015: 93).

Die narrative Verknüpfung der Ungleichheitsthematik mit der Frage nach der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit wirkt sich auch auf die Formatierung der Veränderungsanliegen aus. Aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Problematisierung fehlender Aufstiegschancen ist soziale

Ungerechtigkeit in erster Linie ein Problem des gesellschaftlichen Zugangs zu Talenten. Hier steht weniger das Bildungsrecht jedes einzelnen Kindes zur Disposition, sondern die ökonomischen Verluste, die drohen, wenn eine Gesellschaft nicht in der Lage ist, ihre Talente zu identifizieren und auf geeignete Weise zu fördern. Gerade mit dieser narrativen Verknüpfung ist zu erklären, warum die Reformdiskussionen im Bildungsbereich auf den Aufbau schulischer Talentförderungen abzielen und warum die Meinung existiert, dass gerade darin der Hebel liegt, die bestehenden Ungleichheitsstrukturen verändern zu können. Wer nicht talentiert ist, hat auch unter diesen Bedingungen nach wie vor geringe Aufstiegschancen. Das ist der blinde Fleck in den narrativen Aushandlungen der Problematik.

Mangelnde Aufstiegschancen korrespondieren mit der Angst vor sozialem Abstieg. Dies lässt sich nicht nur für den Bildungsbereich belegen. Auch die jüngsten Streiks bei der Bahn, der Post und in den KiTas sind Teil eines Narrativs, in dessen Kern es um die Bewältigung der Abstiegsangst geht; hier nicht mit Talentförderungsmaßnahmen, sondern mit den klassischen Mitteln des Arbeitskampfes. Der Streik stellt sich dabei als ein performativer Akt dar, weil er die Möglichkeit bietet, die Gesellschaft für die Lebenserzählungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu öffnen und zugleich eine Situation zu schaffen, in der sich diese Erzählungen rationalisieren lassen. Dementsprechend groß ist die Welle der Solidarität im Netz, die sich auch den offenen Anfeindungen der Streikkritiker und -Kritikerinnen entgegenstellt: „Solidarität: Morgen volles Programm: Erst auf dem Streik der ErzieherInnen und im Anschluss der GDL in Essen. #aufwerten #hdgdl #Bahnstreik“ (Kerekes 2015, siehe auch: sakula1g 2015). Hier werden selbstbewusst narrative Muster aktualisiert, die auch den Begriff des Arbeitskampfes ins Feld führen (Institut Solidarische Moderne 2015).

Eine zweite Diskussion der Abstiegsmetaphorik drehte sich zuletzt um die angemessene Interpretation der viel diskutierten Ergebnisse des Ökonomen Thomas Piketty. In seinem Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2015) argumentiert er, dass die wachsende Ungleichheit nicht in erster Linie aus der Einkommensverteilung, sondern aus der Vermögensaufteilung westlicher Gesellschaften resultiert. Die politisch spannende Frage besteht nun nicht darin, ob seine Dateninterpretation stimmig ist oder nicht. Sie liegt vielmehr im erzählerischen Umgang mit dem Werk, das, wie Julian Bank (2015: 31) anmerkt, mehr über „die deutsche Ökonomenzunft und den deutschen Wirtschaftsjournalismus [erzählt] als über Thomas Piketty und sein Werk“. Der weitgehend negative Umgang mit Pikettys Buch offenbare, dass es in wirtschaftsliberalen Kreisen keine Bereitschaft gebe, das Thema der wachsenden Ungleichheit ernst zu nehmen (Bank 2015:31). Auch in diesem Zusammenhang zeigt sich, dass Veränderungsnarrative dann besondere Überzeugungskraft entfalten, wenn sie sich gar nicht erst auf das ideologische Vokabular einlassen, sondern die wachsende Ungleichheit als sachliches Problem behandeln. Einen weiteren Anstoß gibt auch Julia Friedrichs, die in ihrem Buch *Wir Erben* (2015b) die Beobachtung problematisiert, wonach wachsende Vermögensbildung und Umverteilung weniger nach marktwirtschaftlichen Leistungsprinzipien funktioniere, sondern durch Vererbung von Privatbesitz. Jährlich werden mindestens 250 Milliarden vererbt, was fast dem gesamten Bundeshaushalt entspricht. Und obwohl die Aussagen vieler in dem Buch porträierter Erbinnen und Erben verdeutlichen, dass nicht nur ein schlechtes Gewissen vorhanden ist, sondern der Wille vorhanden ist, das bestehende System zu verändern und eine höhere Erbschaftssteuer zu akzeptieren, vermeidet die Politik bislang eine offene Debatte (Rühle 2015). Auch hier werden solche Diskussionen allzu schnell in Richtung Neid und Missgunst gedreht, so dass eine sachliche Argumentation kaum mehr geführt werden kann.

Dennoch spricht einiges dafür, dass die stille Umverteilung und wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nicht mehr ohne weiteres akzeptiert wird, da sie letztlich mit dem Gerechtigkeitsversprechen eines demokratischen Sozialstaats schwer zu vereinbaren ist (umFAIRteilen 2015). Zudem ist die vielgerühmte Mittelschicht in Deutschland als politischer und ökonomischer Pfeiler der Gesellschaft keineswegs so unerschütterlich wie dies bemühte Vergleiche zu Ländern wie Griechenland, Italien oder Spanien suggerieren. Der Soziologe Heinz Bude (2014) beschreibt dies als Statuspanik der Mittelklasse, die von Verlustängsten geplagt ist, den sozialen Standard nicht halten zu können und den Anschluss zu verlieren. Der übertriebene Drang etwa, durch einen perfektionierten Bildungsweg einem potentiellen Statusverlust entgegenzuwirken, zeigt sich nicht nur in der Karriereplanung wohlhabender Familien, sondern ist auch bei Schülerinnen, Schülern und Studierenden verbreitet. Nur so lässt sich erklären, dass sich der akademische Mittelbau in Deutschland nicht stärker gegen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu Wehr setzt, was nicht nur zu einer Prekarisierung von Doktorandinnen und Doktoranden auf Kurzzeitverträgen geführt hat, sondern auch die Klassengesellschaft reproduziert, da sich diese dauerhafte Unsicherheit nicht jeder leisten kann.

Zwar fühlen sich zwei Drittel aller Deutschen als qualifizierte Erwerbstätige zur Mittelschicht zugehörig, die stärkste soziale Gruppe driftet in den letzten Jahren dennoch zu den Polen von Arm und Reich. Im Vergleich zu fünf Millionen ‚Absteigern‘ stiegen nur 500.000 Menschen auf, was wiederum meist durch Heirat oder Erbschaft gelingt (Mau 2012). Gerade in Berlin wird dies deutlich, wenn Immobilienpreise in die Höhe schießen, dadurch die Stadt in Gewinner und Verlierer neu aufgeteilt wird und das soziale Gefüge leidet. Anders als in Paris oder London leben in Berlin viele Arme im Zentrum, 20 Prozent der in Berlin Lebenden beziehen Hartz IV (Mayer 2015). Diese Befunde decken sich mit weiteren Einschätzungen zur Lage der Mittelschicht. So wird in einer soziologischen Studie zu diesem Thema deutlich, dass sich die Sorgen der Mittelschicht weniger um klassische Klagen wie Arbeitslosigkeit, befristete Arbeitsverhältnisse oder unsichere Renten dreht, sondern eher um die Bewältigung konkreter Probleme wie Vereinbarung von Familie und Beruf oder die Sorge, die Finanzierung des Hauses im Vergleich zu wohlhabenden Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen nicht in vergleichbarer Form meistern zu können (Burzan, Kohrs & Küsters 2014).

Jenseits einer Erhöhung der Erbschaftssteuer werden eine ganze Reihe weiterer Alternativen diskutiert, die sich nicht mit einer wachsenden Ungleichheit abfinden wollen und neue Lebenschancen skizzieren. Steffen Mau (2012) etwa plädiert für einen Lebenschancenkredit, ein Polster, das wir nutzen könnten, um uns weiterzubilden, soziale Risiken abzufedern oder Zeit für Pflege und Erziehung zu gewinnen. Andere Initiativen wie gentrifizierung.org versuchen, auf die Auswirkungen von Gentrifizierung in Großstädten kritisch aufmerksam zu machen. Das Thema Wohnen und Miete ist so elementar, dass sich betroffene Personen häufig mit den Nachbarinnen und Nachbarn zu lokalen Bewegungen zusammenschließen. In Berlin werden etwa Unterschriften gesammelt, um einen Volksentscheid über günstigen Wohnraum zu erzwingen (Mayer 2015). Inwieweit das Gesetz zur Mietpreisbremse diese Entwicklungen aufhalten kann, ist noch nicht absehbar. Zwar ist es ein erster Schritt um einer drohenden Immobilienblase und Wohnungsnot entgegenzutreten, doch können solche formalen Regeln in einer Marktlogik immer umgangen werden können. Ein kreatives Beispiel, sich der Herausforderung einer neuen Stadtgesellschaft nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell anzunehmen, ist die Initiative „Urban Rhizome“ in Duisburg. Das Wissens-Transfer-Projekt „Tausche Bildung für Wohnen“ stellt kostenlosen Wohnraum für sozial engagierte Menschen zur Verfügung, die sich wiederum verpflichten, mit sozial benachteiligten Kindern zu arbeiten (Urban Rhizome 2015).

Narrative Muster und erzählerische Potenziale

Letztlich geht es in den hier behandelten Veränderungsnarrativen stets darum, den steigenden Leistungsdruck einer sich stetig ökonomisierenden Lebens- und Arbeitswelt auszubalancieren, die damit einhergehenden Abstiegsängste zu kompensieren und die abhandengekommene Gewissheit über die Existenz der Chancengleichheit zu stärken. Ein gemeinsames Element ist zudem die Abkehr von ideologischen Grundüberzeugungen und entsprechender Inszenierungen. Narrative, die die Notwendigkeit progressiver Veränderung betonen, stellen sich heute problemorientiert dar und operieren meist mit konkreten Zahlen und Befunden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich das gemeinsame Sprechen über gesellschaftliche Probleme verwissenschaftlicht hätte. Vielmehr weist diese Beobachtung darauf hin, dass das Vokabular der Veränderung ihren Abstraktionsgrad verloren und nicht mehr den Wandel gesellschaftlicher Makrostrukturen voraussetzt, sondern seine Zielrichtung umgedreht hat. Die Erzählungen wandern vom „Kleinen“ zum „Großen“ und nicht mehr umgekehrt. Die Narrativität des Pragmatismus wird besonders in Metaphern wie des „Hamsterrades“ oder der „Abstiegsangst“ erkennbar. Beide ermöglichen eine Kritik am Kapitalismus, die nicht mehr die ökonomische Lehre und ihre komplexen Formulierungen privilegiert. Sie setzt an den Problemlagen des Alltags an und verschiebt entsprechend das politische Suchverhalten auf die Mikroebene des Sozialen. Wenn vom Hamsterrad gesprochen wird, geht es fast ausschließlich um körperlich spürbare Phänomene wie Leistungsdruck und Erschöpfung, was vor allem in den Debatten über familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ersichtlich wird. Es wird versucht, dem Hamsterrad zu entkommen und die Selbstausbeutung dadurch zu begrenzen, dass legitime Rückzugsräume geschaffen werden, statt radikale Umgestaltungsfantasien zu verbreiten. Was vor dem Ausbruch der Finanzmarktkrise als individuelle Leistungsschwäche galt, wird damit zu einer Tugend: die punktuelle Verweigerung.

Durchkreuzt werden solche Anliegen von Narrativen, die um die Abstiegsmetapher kreisen und so die Ambivalenzen des Ausstiegs aus den Hamsterrädern thematisieren. So verspricht der Ausbruch aus den endlos kreisenden Systemzwängen einerseits die Möglichkeit der Freiraum-Schaffung und die Pflege nicht-ökonomischer Pflichten. Sie markiert aber zugleich den Weg ins Ungewisse und zeigt die Gefahren, die drohen, wenn in den Rädern des Systems keine treibende Rolle mehr übernommen werden kann. Nicht nur der eigene Status scheint dadurch gefährdet. Auch die nachfolgenden Generationen drohen an den fehlenden Mitwirkungskapazitäten ihrer Vorfahren kläglich zu scheitern. Offenbar ist die Abstiegsmetapher allein kaum dazu geeignet, Veränderungsanliegen zu stimulieren, weil sie das Gefühl von privater Resignation bestärkt und weder ihre kollektive Bedeutung erkennbar machen kann noch in der Lage ist, einen politischen Hebel zu benennen, durch den sich der drohende Abstieg abwenden lässt. Will sie sich produktiv wenden, muss sie den Einzugsbereich ihrer Erzählung erweitern. Aus diesem Grund tendieren die Akteure auch dazu, die Abstiegsangst mit Themen wie der wachsenden Chancen- und Bildungsungleichheit zu verknüpfen. Denn damit lassen sich die gesellschaftlichen Negativfolgen eines auf Dauer gestellten Abstiegs verdeutlichen.

Bemerkenswert an diesen narrativen Verhandlungen politischer Probleme ist, dass die wachsende kritische Haltung gegenüber einem entfesselten Kapitalismus das Konstrukt des Feindbildes nicht mehr in dem Maße zu benötigen scheint, wie dies in den alten sozialen Kämpfen noch erkennbar war. So wird etwa Reichtum nicht grundsätzlich hinterfragt. Vielmehr geht es darum, den Aktionsradius reicher Erbinnen und Erben sowie privilegierter Eliten auf ein gesellschaftlich vertretbares Maß einzugrenzen. Wenn es um die Abstiegsangst der Mittelklasse geht, ist deshalb auch eher die Unsicherheit darüber zu spüren, den multiplen Rollenerwartungen des modernen Lebens nicht zu

genügen, als dass die Wut auf einen benennbaren Feind kultiviert würde. Das muss nicht unbedingt an den zivilisierenden Wirkungen der postheroischen Gesellschaft liegen. Das kann – wie sich hier andeutet – auch die Folge einer narrativen Leerstelle sein, die es nicht erlaubt, die Erschöpfung und Überforderung mit dem Wirken konkreter Personenkreise kausal zu verknüpfen.

5.2 Die Stadt der Zukunft

Rein numerisch findet eine Abwendung von ländlichen und dörflichen Strukturen statt. Spätestens seit der Jahrtausendwende lassen sich verstärkte Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands beobachten. Ziel sind dabei die Großstädte, die als nationale und regionale Zentren zunehmend auch für Familien attraktiv werden. Suchten diese in den 1980er und 1990er Jahren noch weitestgehend ein Leben „im Grünen“ und trugen zu einer großflächigen Suburbanisierung bei, steigt nun seit geraumer Zeit der Wunsch nach einem Leben in der Stadt. Der Trend hält an, so dass bis zum Jahr 2030 etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung in Großstädten ab einer halben Million Einwohnern zu Hause sein wird. Dieser Zuzug stützt paradoxerweise die imaginative Kraft des Dorfes als metaphorischen Sehnsuchtsort und lässt neue urbane Konzepte entstehen, die sich als „Stadt der Zukunft“ wieder stärker „am Menschen“ orientieren.

Als urbanes Spiegelbild der Sesshaften des Dorfes dient der flexible „Nomade“ postmoderner Arbeitsverhältnisse, wie er jüngst beispielsweise in „The new nomads“ (Gallindo, Klanten & Ehmann 2015) beschrieben wurde. Das Leben urbaner Nomadinnen und Nomaden stellt jedoch auch andere Ansprüche an Städte, Gebäude, Wohn- und Arbeitskonzepte, die flexibel ausgerichtet und nur temporär funktionieren müssen. Diese neuen städtischen Bewohnerinnen und Bewohner wollen durch den Zuzug in die Stadt allerdings nicht zwingend auf ihre Vorstellung eines Lebens im Grünen verzichten. So wächst das Bewusstsein für die Veränderung städtischen Lebens. Dieser Diskurs spiegelt sich in der öffentlich geführten Debatte über Gentrifizierung und steigende Mieten in den Innenstädten ebenso wieder, wie in der Abkehr von tradierten Lebensentwürfen. Ersteres konnte sich in Form der Mietpreisbremse bereits in politisches Handeln übersetzen, während letzteres aktuell eine breite öffentliche Debatte erfährt. Die Probleme eines „Lebens zwischen Häusern“ (Gehl 2012) gehen allerdings über diese individuell zugeschnittenen Gestaltungsfragen hinaus. Hierbei geht es auf Blogs wie „Urbanophil“ zunächst darum, dass eine unbedachte Modernisierung der Städte trotz aller Erkenntnisse über zeitgemäßes Wohnen am Ende womöglich die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner vergisst (Drohse 2012). Unmittelbar berühren diese Diskussionen Fragen der Mobilität und der Nutzung des öffentlichen Raums, zielen aber auch auf Fragen der sozialen Verantwortung durch Planung: Wie bleiben Städte lebendig und wie werden sie zu Orten der öffentlichen Kommunikation? So spiegelt sich die *Stadt der Zukunft* in Metaphern, die von der „Autofreien Stadt“ über die „Menschengerechte Stadt“ bis zur „gemeinsamen Stadt“ urbanes Leben neu konzeptualisieren.

Antrieb der städtischen Innovationskraft ist die tief in der Geistesgeschichte verwurzelte Vorstellung der Freiheit städtischen Lebens: „Stadtluft macht frei. Wer atmen will, braucht nicht saubere Luft. Wer atmen will, kehrt dem Dorf seiner Kindheit für immer den Rücken. Das Dorf ist eine eifersüchtige Mutter, besitzergreifend und rachsüchtig. Sie erstickt ihre Söhne“ (Beeler 2015: 5). Die Stadt ist immer ein Möglichkeitsraum und Projektionsfläche von Hoffnungen, die Urbanität zu einem Wert an sich werden lässt. Dabei ist sie an metaphorische Darbietungen gebunden wie dem „Leben zwischen Häusern“ oder der „Wir-Stadt“, die deutlich machen, wie sehr der Wunsch nach Veränderung einer

metaphorischen Bekleidung bedarf. Auch die Metaphern „grüne Stadt“, „menschliche Stadt“ sowie „autofreie Stadt“ dienen dazu, komplexe Zusammenhänge in die Veränderungsanliegen aufzunehmen und sie mittels kommunikativ elastischer Sprachbildern zu komprimieren. Dabei entsteht ein Bedeutungsüberschuss, der sich in verschiedenen möglichen Bezugsrahmen äußert. D.h. das kollektive Sprechen über soziale und politische Veränderungen ist auf die Offenheit der narrativen Sprache angewiesen.

Dynamik und Gemeinsamkeit

Die Rede von einer „Stadt der Zukunft“ weist eine durchweg progressive Konnotation auf. Städte werden meist als dynamische Systeme begriffen, die sich durch ein hohes Innovationspotenzial auszeichnen. Die Dynamik ergibt sich dabei auch aus der Projektion auf die Zukunft: „Mit einer Verkehrsinfrastruktur von Gestern kann man keine Mobilität von Morgen gestalten.“ (AGFS NRW 2015). Die Stadt wird als vieldimensionaler Bewegungsraum charakterisiert. Veränderung wird so zum Wesenskern urbanen Lebens. Davon zeugt unter anderem die Twitter-Debatte, die unter #zukunftsstadt geführt wurde und auf eine Subkonferenz der Re:Publica 2015 Bezug nimmt. In der Vorstellung einer urbanen Dynamik treffen sich wissenschaftliche Diskussionen mit den Anliegen zivilgesellschaftlicher Akteure. Dynamik wird darin zum Meta-Thema städtischen Umbaus, das sich auch in den vielerorts praktizierten Zwischennutzungen zeigt. Wissenschaftlich verhandelt wurde dieses Thema beispielhaft in der Publikation „Urban Catalyst – Mit Zwischennutzung Stadt entwickeln“ (Oswalt, Overmeyer & Misselwitz 2014), die temporäre urbane Dynamiken identifiziert und diese neue Form der Stadtentwicklung an konkreten Projekten veranschaulicht. Besonders offensichtlich wird die Entwicklungsdynamik urbanen Lebens in Städten, die einem gravierenden Strukturwandel unterliegen. So versucht sich das Ruhrgebiet etwa als Labor neu zu erfinden. Nicht erst seit der Beheimatung der Kulturhauptstadt Europas wird hier aktiv die Umdeutung von der Stahl- und Kohleregion zu einer kreativen Kulturlandschaft angestrebt. Städte jedoch zukunftsfruchtig zu transformieren, ist und bleibt eine langwierige und zeitintensive Aufgabe, die nicht allein von der initiativen Dynamik einzelner Akteure leben kann. Vielmehr benötigten Umbauprozesse selbst in den autofreien Modellstädten Kopenhagen und Groningen Jahrzehnte.

Ein verwandter Bezugsrahmen, der auf dieser Vorstellung von Dynamik aufbaut, ist der Fokus auf die Gemeinsamkeit der Gestaltung. Unter dem Schlagwort der „Wir-Stadt“ und des „Wir-Urbanismus“ (StadtBauKulturNRW 2015) versammeln sich eine Vielzahl an Initiativen, Vereinen und Blogs, beispielsweise „Nospolis“, welche die „Stadt der gemeinsamen Güter“ in „Räumen gemeinsamer Zukunft“ imaginiert. Die Bezüge dieser metaphorischen Konstruktion sind intuitiv zugänglich und sehr klar, verweisen sie doch auf einen an die Gesellschaft und deren Zusammenleben orientierten politischen Horizont. Gleichzeitig weckt der Begriff der „We-City“ Assoziationen, die einen unmittelbar kapitalismuskritischen Hintergrund aufweisen: „We are the 99%“. Das Diktum der Occupy-Bewegung schwingt als Konnotation mit, wenn auf das Wir als konstitutive Kraft verwiesen wird. Gleiches gilt für Metaphern wie die „Neue Nachbarschaft“ (MontagStiftung Urbane Räume 2015) oder der „Raumplanung in der selbstgemachten Stadt“ (Universität Weimar 2013). Alle diese Bezeichnungen verweisen auf eine gemeinschaftlich entwickelte, zupackende Mentalität der Stadtgestaltung. Diese evoziert neben sozial-ökologischen Idealen auch die Idee einer aktiven Bürgerbeteiligung als Kern gesellschaftlich-politischen Zusammenhalts. Dass eine solche Reaktivierung bürgerlichen Engagements, die auf Veränderung abzielt, nicht konfliktfrei und ohne Widersprüche abläuft, ist Gegenstand einer kulturellen Aushandlung, wie sie etwa im Stück „Wunder

des Gemeinsamen“ an der Deutschen Bühne des Nationaltheaters Mannheim aufgeführt und als Botschaft folgendermaßen beschrieben wird: „Dieses Spiel vom Einzelnen hin zur Gesellschaft wird dabei in seiner ganzen Widersprüchlichkeit vorgeführt, von der zaghaften Öffnung, die von einem anderen brüsk zurückgewiesen wird, von anscheinender Nähe bis zu wirklicher, kurz: von Annäherung und Abstoßung hin zum Wunder des Gemeinsamen“ (Jahnke 2015). Zwar wirkt die Metaphorik der Gemeinsamkeit auf eine ökologisch-ökonomische Transformation von Lebensrealitäten hin, doch eröffnen sich aus diesem Wandel neue Konfliktfelder. Denn mit dem belebten Raum wird ein unmittelbarer und sehr konkret erfahrbare Lebensbereich tangiert. Dieser wirtschaftspolitische Bezug spiegelt sich auch im Begriff der Commons wieder, wenn „Stadt als Commons sowie Stadtgestaltung als Commoning-Prozess“ gedacht wird und unter der Prämisse der Urbanen Allmende die Wiederaneignung der Stadt in einem umfassenderen Sinnkontext gestellt und neu interpretiert wird (Helfrich 2015).

Rückeroberung

Ein weiterer Bezugsrahmen, der sich unter der Metapher der Zukunftsstadt fassen lässt, verweist auf die Rückeroberung städtischen Raums. Hier wirken Schlagwörter wie „Recht auf Stadt“, die „Autofreie Stadt“, „Hack your City“ und „Reclaiming the City“ deutlich kämpferischer auf eine Veränderung urbanen Lebens hin. Ein Sprachrohr für die Rückeroberung öffentlichen Raums ist schon immer die Kunst- und Kulturszene. Diese setzt sich immer wieder eingehend mit der Vermachtung öffentlichen Raums auseinander. Sei es in Form einer Performance wie „Bodies in Urban Spaces“ von Willi Dorner, der Körper als Störfaktor inszeniert und somit die Unmenschlichkeit der Stadt illustriert, oder in Form der aus dem Graffiti erwachsenen Street-Art Bewegung, die kaum noch aus dem städtischen Raum wegzudenken ist. In diesem Zusammenhang gehört die Debatte um die autofreie Stadt zu den prägnantesten Diskussionen. Diese wird besonders leidenschaftlich und unter konfrontativen Vorzeichen geführt. So ist ein Zugewinn an gemeinschaftlich genutzter Verkehrsfläche für Radfahrer und Fußgänger nicht ohne ein Zurückdrängen des städtischen Automobilverkehrs zu denken. Es geht schlicht darum, wie die Stadt den Fußgängern und Fahrradfahrern zurückgegeben werden kann.

Hier zeigt sich auch, wie Rollen im Narrativ konfiguriert werden. Lärm und Luftverschmutzung, Verkehrstote sowie der ungenutzte Raum durch den stehenden Verkehr parkender Autos; all diese Aspekte der autogerechten Stadt, die in den 1950er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als Projektionsfläche für eine ideale Zukunft standen, werden nun zu Charakteren einer Erzählung. In diesem Narrativ nehmen sie die Rolle des zu bekämpfenden Übels an und werden somit zu Handelnden in der Geschichte. Unterstützt werden sie durch diejenigen Personen, die nach wie vor an dem als überholt geltendem Modell einer an Autos entwickelten Verkehrsführung und Raumplanung festhalten. So werden Autofahrerinnen und -Fahrern zu raumgreifenden Akteuren, die der Wir-Stadt mit ihrem gemeinschaftlich genutzten Raum im Weg stehen. Exemplarisch wird dann etwa der Pendelverkehr angeführt, der von PKWs beherrscht wird, in denen nur eine Person alleine sitzt. Das auch durch italienische und französische Filme und den kulturellen Codes aus Hollywood geprägte Narrativ, das Urbanität stets mit motorisiertem Individualverkehr verbindet, wird dadurch herausgefordert und kritisch hinterfragt, da es mittlerweile kaum noch einen vernünftigen Grund gibt, im Zentrum von Städten mit Autos unterwegs zu sein, die zum langsamsten und unpraktischsten Fortbewegungsmittel geworden sind (Hartz 2015).

Die antagonistische Wir/Ihr Konstruktion der We-City trägt die identitätsstiftende Kraft metaphorischer Settings besonders anschaulich vor. Das „Wir“ ist in diesem Sinne inklusiv gedacht,

birgt allerdings stets die Gefahr einer exkludierenden Wirkung. Die Critical-Mass Fahrten von Fahrradfahrerinnen und -Fahrern in Großstädten sind hierfür ein gutes Beispiel. Diese anfänglich spärlichen Bewegungen wachsen seit Jahren an und werden zunehmend politischer. Dies liegt auch daran, dass viele Großstadtbewohnerinnen und -Bewohner einen Sinneswandel durchlaufen haben und aufs Rad umgestiegen sind, dann jedoch leidvoll erfahren mussten, dass es in Städten wie Köln oder Düsseldorf kaum Radwege gibt und dies im Alltag durchaus lebensgefährlich werden kann. Was sich in solchen Bewegungen, die für eine Rückeroberung der Städte eintreten, zeigt, ist die pragmatische Einsicht, dass das Autofahren nicht verschwinden wird und Verbote utopisch sind. Für Bernd-Michael Paschke, der seit vier Jahren Teilnehmer der Critical Mass Bewegung ist, geht es denn in erster Linie darum, „gemeinsam, friedlich und gleichberechtigt Rad zu fahren“ und nicht die Fronten zu verhärten (Garrelts 2014). Aufgrund dessen erscheint die Konstruktion von „Räumen gemeinsamer Zukunft“ tragbarer für die gleichzeitige Verwirklichung individueller Lebensentwürfe in der Stadt, verweist diese Rollenkonstruktion doch auf den Dialog zwischen Befürworterinnen und Gegnern, Anwohnerinnen und Pendler, Radfahrern und Autofahrerinnen. Dem Kampf gegen Lärm, Luftverschmutzung und ineffizienter Raumnutzung wird somit gemeinschaftlich begegnet und an Werte wie Rücksicht und gemeinsamer Verantwortung appelliert. Dies gelingt, indem die vermeintlichen Gegnerinnen und Gegner der Veränderung, die in Gestalt von Automobilverbänden, dem lokalen Einzelhandel und denjenigen Bedenkensträgerinnen und Unkenrufern, welche die Kosten des Umbaus im Blick haben, mit in die Erzählung eingeflochten werden. Dabei werden vor allem der stehende Verkehr und die damit einhergehende Raumnahme durch Parkplätze und Stellflächen kritisiert. In dieser Erzählung wird zudem oftmals die Metapher „Copenhagenize“ bemüht. Hier wird die dänische Hauptstadt zum progressiven Sehnsuchtsort postmoderner Urbanität, die Lebensqualität an eine fahrradfreundliche Infrastruktur bindet. Solche Erfolgsgeschichten, die sich auch in Städten wie Amsterdam beobachten lassen, lehren, dass Autos nicht durch Verbote aus den Stadtzentren verschwunden sind, sondern durch schrittweise städtebauliche Maßnahmen, die das Recht der Fußgängerinnen und Radfahrer stärkten und damit letztlich die Botschaft implizit transportieren: „Autofahren ist hier nicht willkommen“ (Hartz 2015). Dass solch ein Wandel keineswegs utopisch sein muss, ist in Städten wie Frankfurt oder München zu sehen, die sich zumindest für Radfahrerinnen und Radfahrer geöffnet haben. Auch Hamburg orientiert sich explizit am Vorbild Kopenhagen mit dem Ziel aus der Stadt an der Elbe ein Paradies für Fahrradfahrerinnen und Fußgänger zu machen und dadurch die urbane Attraktivität zu steigern (Tangermann 2015). Mit dem Copenhagenize-Index gibt es mittlerweile sogar ein Instrument, um die Fahrradtauglichkeit von Städten einzustufen, wodurch Städte je nach Platzierung entweder für sich werben können oder wie im Fall Berlins ein Abrutschen erklären müssen (Fiedler 2015).

Narrative Muster und erzählerische Potenziale

Die metaphorischen Bezugsrahmen zur Stadt der Zukunft in der Dynamik und Gemeinsamkeit auf der einen Seite und der Rückeroberung auf der anderen Seite zeigen deutlich die Ambivalenz progressiver Anliegen. Zum einen verweisen sie auf eine Weiterentwicklung moderner Ideen, die mit der autofreundlichen Stadt das Modell für Urbanität gefunden zu haben glaubten. Die vorliegenden Entwürfe zur Ausgestaltung einer Wir-Stadt beziehen ihre Inspiration vielfach aus einer teilidealisierten Vergangenheit, in der die Stadt noch als gemeinschaftlicher Raum nutzbar war. Zum anderen werden durch den Gebrauch von Metaphern und ihrer semantischen Bezugsrahmen auch Identitäten konstruiert, die in Schlagworten wie „Reclaim the City“ oder „Stadt von Unten“ einen kämpferischen Charakter annehmen können. In der Forderung eines gleichwertigen Rechts für

Radfahrerinnen und Fußgänger gegenüber Autofahrenden operiert das Narrativ am ehesten in der Gegenüberstellung von progressiv und konservativ und erhält von manchen Stimmen eine wütende Protestnote. Allerdings überwiegt auch hier der pragmatische Lösungsansatz, dass die offene Auseinandersetzung nicht zu gewinnen sei und es nicht um eine ideologische Verteufelung gehen könne, sondern um die Aufwertung eines Lebensstils in einer pluralistisch organisierten Urbanität. Das Auto könnte in dieser Hinsicht der Zigarette folgen, deren Abgesang weniger durch Verbote zu erklären ist, sondern durch einen sich wandelnden Zeitgeist. Da das Auto als Statussymbol längst ausgedient hat und der Durchschnittskäufer eines Neuwagens von Jahr zu Jahr älter wird (Werner 2015), könnte sich ein Wandel auch „von unten“ ergeben, der dann weder von Autolobbys noch von einer wirtschaftsfreundlichen Politik verhindert werden kann.

Auf dieser Grundlage lässt sich das erste Zwischenfazit folgendermaßen präzisieren: Die narrative Dimension von progressiven Veränderungsanliegen liegt offenbar darin, dass sie die gesellschaftlichen Probleme auf die lokalen Ebenen des Miteinanders übertragbar und dadurch handhabbarer macht. Es ist ein narratives Abwandern auf der Abstraktionsleiter, durch den sich das Progressive heute kennzeichnet. Für die Politik bleibt das nicht folgenlos, trägt es doch dazu bei, dass sich die „Entstaatlichung“ der politischen Diskurse nicht mehr nur in ökonomischer Hinsicht vollzieht, sondern auch um zivile, lebensweltliche Aspekte erweitert wird - sei es durch die Forderung nach flexiblen, selbstbestimmten Arbeitszeitmodellen oder der Umgestaltung von urbanen Mobilitätsstrukturen. Besonderer Topoi ist dabei oft die Suche nach Fluchtpunkten und der Schaffung von Rückzugsräumen. Hier zeichnet sich ein Weg für die Innovation politischer Programmatiken ab und damit auch für die Möglichkeit, ihre neuen, pragmatisch eingestellten Kräfte anzusprechen.

5.3 Die Vielfalt selbstbestimmter Lebensformen

Ohne Zweifel wurden in den vergangenen 20 Jahren gesellschaftliche Fortschritte bei der Integration von Migrantinnen und Migranten, der Gleichstellung von Mann und Frau und der Akzeptanz sexueller Minderheiten erzielt. Beispielhaft steht dafür ein Wandel in den Begriffen, wie beispielsweise die Entwicklung von „Gastarbeitern“ und „Ausländerinnen“ zu „Migranten und Migrantinnen“ anzeigt. Auch auf rechtlicher Ebene konnte sich ein Bewusstseinswandel im Hinblick auf den Umgang mit Minderheiten vollziehen. Die Aufhebung des Paragraphen 175, der Homosexualität bis 1994 unter Strafe stellte, oder die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft belegen dies. Bei der Betrachtung der Filme Rainer Werner Fassbinders, etwa *Die Ehe der Maria Braun* oder *Angst essen Seele auf*, die gerade eine Renaissance erleben, lässt sich absehen, wie starr und verkrustet die Vorstellungen sowohl im Zusammenleben mit Einwanderern als auch im Geschlechterverhältnis der alten Bundesrepublik gewesen sein müssen.

Diese Änderung markiert sich durch die Präsenz von Minderheiten im öffentlichen Leben. Die Tagesschausprecherin Linda Zervakis, Film- und Serienstars wie Elyas M'Barek oder Sila Sahin und Fußballnationalspieler wie Mesut Özil und Sami Khedira oder –Spielerinnen wie Celia Sasic und Dzenifer Marozsan belegen die Normalisierung migrantischer Erfahrungen. Dennoch scheint die Sorge linker Initiativen berechtigt, der zufolge die Diskriminierung von Minderheiten nach wie vor ein drängendes gesellschaftliches Problem darstellt, wie beispielhaft die Facebook-Seite „Bedauerliche Einzelfälle – Chronik deutscher Zustände“ zeigt. Der Weg zu einem problemfreien Miteinander erscheint steinig. Die holprigen Ermittlungen im NSU-Prozess, eindrucksvoll belegt durch die vom

Bayrischen Rundfunk (2015) aufgearbeiteten Protokolle, die defensive Haltung der Bundesregierung in Flüchtlingsfragen und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien wie der AfD weisen dabei auf die Unebenheiten in der Durchführung bereits akzeptierter gesellschaftlicher Veränderungsanliegen hin. Trotz des gesellschaftlichen Fortschritts in diesem Politikfeld belegen die Untersuchungen der Bielefelder Konfliktforscher und -Forscherinnen um Wilhelm Heitmeyer nach wie vor, dass sich menschenfeindliche Tendenzen in „Deutschen Zuständen“ manifestieren (Heitmeyer 2011).

Ähnliches kann im Hinblick auf die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften festgehalten werden. Zwar würde heute ein Film wie *Die Konsequenz*, in dem eine schwule Liebesbeziehung offen thematisiert wird und der Ende der 1970er Jahre noch einen politischen Skandal verursachte, selbst in konservativen Kreisen keine Empörung mehr hervorrufen. Doch zeigt die gesellschaftliche Neudefinition von Geschlechterrollen und Familienentwürfen auch Brüche auf, insofern neben ihrer zunehmenden Würdigung religiöse, kulturelle und familiäre Traditionen an Bindungskraft verlieren und damit zugleich auch Ungewissheiten erzeugen. Die Patchwork-Familie, die als komödiantischer Rahmen kaum noch aus dem Vorabendfernsehen wegzudenken ist, liefert hierfür ein gutes Beispiel. In Unterhaltungsformaten dieser Art wird deutlich gemacht, dass trotz der rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann noch keineswegs geklärt ist, wie sich diese politische und juristische Entwicklung mit der Lebenswirklichkeit gegenwärtiger Gesellschaftsstrukturen verträgt. Die ökonomische und kulturelle Emanzipation der Frau von der Ehe und ihrer tradierten Geschlechterrolle führt auch dazu, dass sie stärker mit dem alltäglichen Druck von Mutterschaft, Kindererziehung und beruflicher Verantwortung konfrontiert wird. Ähnliche Irritationen werden auch in der Debatte um die Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften spürbar: Dem irischen Votum, den Reaktionen aus dem Vatikan und den ungelassenen Erläuterungen aus dem Kanzleramt ist zu entnehmen, dass sich der Kampf um Gleichberechtigung jenseits eines gesellschaftlichen Konsenses noch immer geführt wird. Regierungssprecher Steffen Seibert jedenfalls hatte große Mühe, plausibel zu erklären, warum die große Koalition die systematische Benachteiligung von Homosexuellen in allen Lebensbereichen zwar aufheben will, ihnen aber nicht das Recht eingesteht, zu heiraten (Niggemeier 2015).

Vergleichsweise weniger beachtet, findet derzeit eine erkennbare Lebensformveränderung bei älteren Menschen statt. Dass Dieter Hallervorden in *Sein letztes Rennen* beispielsweise noch einmal einen Marathon läuft, um dem Muff des Seniorenheims zu entfliehen, die Netflix-Serie *Grace and Frankie* sensibel die unterdrückten Sexualitäten älterer Paare aufs Korn nimmt oder im deutschen Film „Wolke 9“ das Tabuthema Sex unter älteren Menschen offen zur Sprache kommt; all dies zeigt auf eindrucksvolle Weise, dass auch ältere Menschen zunehmend darum bemüht sind, ein selbstbestimmtes Leben jenseits traditioneller Rollenerwartungen zu führen. Es lässt sich feststellen, dass in den entsprechenden Veränderungsnarrativen das Wechselspiel zwischen Tradition und Autonomie neu verhandelt wird und darin eine gewisse Sehnsucht nach größerer Flexibilität und Stabilität spürbar ist. Dieses Anliegen äußert sich in Begriffen wie „Selbstbestimmung“, „Autonomie“, „Befreiung“, „Sichtbarkeit“, „Zugehörigkeit“, „Anerkennung“ und „Akzeptanz“. Sie verweisen auf die permanente Integrationsarbeit, die sich jenseits der Vorstellung von Parallelgesellschaften auf soziale, ethnische und sexuelle Minderheiten bezieht. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, über die Neudefinition vormals ausgegrenzter Identitäten ein neues Ideal des guten Lebens zu entwerfen und so eine gewisse Form der Normalität zu erzeugen. Dass sich solche identitätspolitischen Neuentwürfe

und Normalisierungsversuche an bestehende Strukturen anpassen und sie modifizieren, wird beispielsweise in der Leitmetapher „Ehe für alle“ deutlich.

Selbstbestimmung und Sichtbarkeit

Der kollektive Drang nach Autonomie und Befreiung quer durch alle Lebensbereiche beruht auf dem klassischen Anliegen der individuellen Selbstverwirklichung. Die progressive Konnotation dieses Anliegens zeigt sich durch das Streben nach der Überwindung von Konventionen wie der Gründung einer Kleinfamilie, der Pflege der Karriere, des Prestiges oder des Eigentums etwa. Die darin enthaltenen sozialen Erwartungen werden oft als Hürden betrachtet, die entweder überwunden werden müssen oder an die individuellen Bedürfnisse des anzupassen sind. Die metaphorische Umschreibung der „Ehe light“ ist ein passendes Beispiel für diese Flexibilisierung und Neudefinition der Lebensformen. Eine Erfolgsgeschichte bilden in anderen europäischen Ländern (etwa die heutigen französischen PACS) flexible Zivilpakete, die Paaren die Vorteile der Ehe bei gleichzeitiger Umgehung einiger nachteiliger Verpflichtungen bieten, wie beispielsweise rechtliche Verantwortlichkeiten und teure bürokratische Prozesse (Scheidung, etc.). Die sinkende Zahl von Eheschließungen und die Zunahme und breite Normalisierung nichtehelicher Lebensgemeinschaften haben schließlich dazu geführt, dass viele zusammenlebende Paare nach flexibleren rechtlichen Anerkennungsformen suchen. Die Sehnsucht nach mehr Flexibilität lässt sich auch im Arbeitsumfeld erkennen. Die Berufsausübung in den heimischen vier Wänden, das *Homeoffice*, ist ein anschauliches Beispiel für diese zunehmend etablierte Alltagspraktik, für die in einigen europäischen Ländern (z.B. ab 2015 in den Niederlanden) sogar ein individueller Rechtsanspruch besteht. In einer gewissen Art und Weise zeigen sämtliche Leitmetaphern der modernen Lebensformen, dass diese Privatisierung bzw. zunehmende Individualisierung politische Veränderungsanliegen immer stärker beeinflusst. Das Private wird politisch. Aus der Perspektive der Befürworterinnen und Befürworter einer neuen Selbstbestimmung und Sichtbarkeit ist die Rollenverteilung angesichts des Veränderungsbedarfs klar: erstickende, staubige Bürokratie, altmodische Konventionen, erdrückende Verantwortung und zu wenig Flexibilität verhindern die Anerkennung moderner Lebensgemeinschaften, die jedoch eine gewisse staatliche Anerkennung fordern. Der Kampf für eine rechtliche Situation, die den verschiedenen Varianten des Zusammenlebens und den zeitgenössischen Realitäten des sich wandelnden globalen Kapitalismus entspricht, steht im Zentrum dieses Veränderungsnarrativs.

Die gestiegene gesellschaftliche Akzeptanz für eine Vielfalt moderner Lebensformen wird auch in kulturellen Alltagspraktiken sichtbar. Die mittlerweile geläufigere Begriffsverwendung der LGBT-Gemeinschaft, unter der sich Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gruppieren, verdeutlicht dies auch in sprachlicher Form. Die prägende Metapher einer „Ehe für alle“, die in der deutschen Debatte auch als prominenter Hashtag (#ehefueralle) den progressiven Sinneswandel verkörpert, weist genau auf die sprachliche Engführung der „Homo-Ehe“ hin. Der große Erfolg der Hitsingle *Same Love* von Macklemore und Ryan Lewis, der unerwartete Gewinnerfilm in Cannes 2013 *Blau ist eine warme Farbe* (Kechiche 2013) über eine lesbische Beziehung im französischen Alltag oder die US-Serie *Looking* über drei befreundete schwule Männer in San Francisco auf der Suche nach Intimität und Glück, sind gelungene Beispiele dafür, dass sich Emanzipation und Akzeptanz erst durch die Überwindung verkrampfter Klischees ergibt. Alternative Formen von Sexualität, Liebesbeziehungen und Familienbildern erreichen demnach immer mehr gesellschaftliche Toleranz, Anerkennung und in

manchen Fällen sogar breite Akzeptanz. Unterstützende Wirkung für diese Entwicklung hat die statistische Tatsache, dass immer weniger Menschen heiraten, die eh schon niedrige deutsche Geburtenrate weiter sinkt und die Zahl von Alleinerziehenden, Patchwork-Familien, LGBT- und nichtmonogamen Beziehungen weiter wächst. Dennoch ist es politische Realität, dass die volle rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung bzw. Gleichstellung nicht-ehelicher Lebensformen noch nicht verwirklicht ist. Die konservative Weltsicht, dass Heterosexualität als geltende soziale Norm angesehen wird, ist in der neu entflammten Debatte zur ‚Homo-Ehe‘ alles andere als verschwunden, wird jedoch nur noch punktuell offensiv formuliert (Anne Will 10.06.2015).

Dieser politische Drang nach Selbstbestimmung und Sichtbarkeit wird besonders kämpferisch von Mitgliederinnen und Mitgliedern der LGBT-Gemeinschaft gegen den politischen „Rollback“ geführt, der wiederum im Interesse einiger konservativer und rechts-politischer Strömungen ist (Noll 2015). Warnsignale für einen sogenannten „Rollback“ sind nicht nur die offensichtlich homophoben Äußerungen verschiedener AfD- und Pegida-Mitglieder sowie kontroverser Persönlichkeiten wie Thilo Sarrazin, Akif Pirinçci oder Matthias Matussek. Auch einige Leitartikel in konservativ-liberalen Zeitungen sowie die von CDU und FDP unterstützten Demonstrationen und online Petitionen der „besorgten Eltern“ gegen die „Ideologie des Regenbogens“ in verschiedenen Lehrplanreformen in Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen sind berechtigte Hinweise darauf, dass für Toleranz immer wieder neu gekämpft werden muss (Binder 2015). Der Versuch, erzielte kulturelle und rechtliche Fortschritte in der Gesellschaftspolitik Deutschlands möglicherweise zurückzudrehen, ist der Kern eines befürchteten Rollbacks. Dies ist umso störender für LGBT-Aktivistinnen und Aktivisten, da die Mehrheit der Deutschen die Gleichstellung unterstützt, sich jedoch wenig dafür zu interessieren scheint, dass sexuelle Minderheiten in Deutschland weiterhin gesetzlich benachteiligt werden. Die negative Metapher des Rollbacks wird auch im Vergleich zu progressiveren Nachbarländern verwendet, um den ungerechten Zustand in Deutschland hervorzuheben. Aufgrund dessen werden positive Metaphern wie „gesellschaftliche Sichtbarkeit“ einer vielfältigen und pluralistischen Gemeinschaft verwendet, um etwa bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie den Christopher Street Day-Demonstrationen in Köln, Berlin oder Frankfurt auf die politische Benachteiligung aufmerksam zu machen. Das Ziel der Sichtbarkeit ist jedoch nicht beschränkt auf den öffentlichen Bereich, etwa durch zivilgesellschaftliche Mobilisierung. Es sollte auch eine prominente Rolle im Privatleben und im persönlichen Arbeitsumfeld spielen, beispielsweise durch ein erleichtertes Coming-Out aller Schwule und Lesben. Dies scheint auch in der heutigen Zeit in bürgerlichen Kreisen keineswegs so einfach zu sein, wie eigentlich zu erwarten wäre (Eisenreich 2014). Ein wichtiges Beispiel hierfür ist der spürbare Mangel geouteter Männer und Frauen in den oberen Etagen der Wirtschaftspolitik oder unter den aktiven Spielern der deutschen Fußballbundesliga. Das öffentliche Coming-Out des ehemaligen Fußballnationalspielers Thomas Hitzlsperger führte im Jahre 2014 zu einer gesellschaftlichen Debatte über die diskriminierenden Aspekte der letzten exklusiv-männlichen Domänen der deutschen Gesellschaft. Das Coming-Out Hitzlspergers sorgte für große Begeisterung innerhalb der LGBT-Gemeinschaft, wie Forenkommentare auf Queer.de zeigen. Dort heißt es, dass „es bei der Arbeit gegen Diskriminierung ein wichtiger Schritt ist, überhaupt erstmal Sichtbarkeit herzustellen“ (Queer.de 2015). Geoutet hat sich jedoch seitdem niemand im deutschen Profifußball.

Selbstbestimmung und Sichtbarkeit sind auch für den integrationspolitischen Diskurs von gesteigertem Interesse. Dies äußert sich zum einen in popkultureller Hinsicht, wo über den Hip-Hop eine provokative Form der gesellschaftlichen Präsenz erprobt wird. Künstler wie Aykut Anhan, alias Haftbefehl oder der als Bushido zu Prominenz gelangte Anis Ferchichi spielen dabei mit dem Klischee des Anderen, während sie sich in ihren Erzählungen gleichzeitig nach einer bürgerlichen Identität sehnen (Baum 2013). Hier steht die Selbstbestimmung im Vordergrund, was nicht ausschließt, dass andere Diskriminierungsmechanismen, beispielsweise gegen Frauen oder Homosexuelle bedient werden. Zudem lässt sich eine neue Sichtbarkeit des migrantischen Lebens in Film und Fernsehen beobachten. Die hybride Identität von Einwandererbiographien und entsprechenden Familiengeschichten sind dabei zunehmend Gegenstand eines öffentlichen Reflexionsprozesses: Entweder aus dokumentarischer Perspektive, wie in „Die Ford-Väter“ (Scheunert & Er 2011), „Kofferkinder“ (Kültür 2014) und „Zwei Herzen in der Brust“ (Muth 2014) oder in einer komödiantischen Aufarbeitung, wie in den Kinohits „Almanya“ (Şamdereli 2011) und „Fak ju Göthe“ (Dağtekin 2013). Zum Ausdruck kommt hier die gesamte Komplexität von Einwanderungsgeschichten und Integrationsproblematiken, die sich nicht allein strukturell erklären lassen, sondern auf die Notwendigkeit verweisen, dass neue Identitäten auch öffentlich erzählt werden müssen, um Anerkennung finden zu können. Dazu gehört oft die Thematisierung von alltagsrassistischen Sprachmustern (Grote & Kollender 2015) und Praktiken (Roll 2015), die sich dem Blick der Mehrheitsgesellschaft systematisch entziehen und in den Momenten, in denen sie erzählt werden, eine Form des plausibilisierenden Mitfühlens erzeugen.²

Dem Kopftuch wird dabei eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. In einem weit verbreiteten Populärverständnis gilt es vielen noch als Zeichen der Unterdrückung muslimischer Frauen und als Ausdruck einer patriarchalischen „Parallelgesellschaft“. Die „endlose Kopftuch-Saga“ wird in dieser konservativen Deutung zu einem Symbol für die Unvereinbarkeit des Islam „mit den Fundamenten einer freiheitlichen Zivilgesellschaft“ (Kissler 2015). Dabei wird deutlich, dass gerade diese künstlich gezogenen Gräben eine Integrationsdebatte diskursiv erschweren: „Sobald ich mit dem Hijab aus dem Haus gehe, scheine ich meine Staatsbürgerschaft zu verlieren und werde zum ‚Kopftuchmädchen‘“ (Amal 2014). Das Kopftuch wird gerade deshalb in ihrer semantischen Funktion gedreht und zum Symbol einer emanzipierten Selbstbestimmung geradezu progressiv gewendet. Das ist in den überlieferten Erzählungen der Symbolik durchaus angelegt, zielt es doch darauf ab, der Sexualisierung der Frau entgegenzuwirken. Die Plausibilität dieser Neudefinition wird durch die Beobachtung gesteigert, dass die „junge Generation von MuslimInnen in Deutschland (...) anders als die erste Generation (ist), weil sie einen Zugang zum Bildungssystem hat, gesellschaftspolitisch engagiert und daran interessiert ist, als deutsche MitbürgerInnen innerhalb der deutschen Gesellschaft anerkannt zu sein“ (Chatzoudis 2015). So lautet auch die Antwort auf die Frage nach der Unterdrückung: „Ich lache (die anderen nicken). Wer soll mich denn unterdrücken? Das Kopftuch ist für mich Freiheit“ (Geyer 2015). Im Kern steht hier die Selbstbestimmung, die als Voraussetzung für die persönliche Freiheit

² Auch der hier vorliegende Text versucht sich an einer gendergerechten Sprache. Dass dies nicht immer in aller Konsequenz durchzuhalten ist, zeigt schon die Debatte um die „richtige“ Form. Die Diskussion der Vor- und Nachteile der Unterstrich-Variante, des Binnen-I oder der Schrägstrichvariante illustrieren hier den Wunsch nach Sichtbarkeit im Sprachbild. In der Hoffnung niemanden mit der von uns gewählten (klassischen) Variante sprachlich zu diskriminieren oder auszuschließen, möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass bei allgemeinen Aussagen selbstverständlich Cis- und Trans-Menschen ebenso angesprochen sind, wie diejenigen, die sich in einer klassischen Konstruktion als Mann oder Frau identifizieren.

eingefordert wird und die sich oftmals nur jenseits klassischer Normalitätsvorstellungen verwirklichen lässt.

Pluralität wird als progressives Gut wahrgenommen. Dies zeigt neben der Normalisierung des Kopftuches auch die allorts verankerten Initiativen, die sich gegen fremdenfeindliche und rassistische Bewegungen in der Gesellschaft engagieren. So hatte beispielsweise das von der Düsseldorfer Band „Antilopengang“ organisierte Solidaritätskonzert für die Asylsuchende im sächsischen Freital größeren Zulauf, als die von „besorgten Bürgerinnen und Bürgern“ und neonazistischen Kräften ausgerufenen fremdenfeindlichen Proteste vor einem neu geplanten Flüchtlingsheim (Dresdner Nachrichten 2015). Progressive Kräfte orientieren sich hierbei an einer unideologischen Menschlichkeit und setzen sich vor allem im lokalen Raum für Flüchtlinge und Asylsuchende ein. So wird etwa im niederrheinischen Kevelaer eine Fußballmannschaft für Flüchtlinge unterstützt (Latzel 2015) oder im bayerischen Dorfen die medizinische Versorgung und die Begleitung bei Behördengängen organisiert sowie Integration durch die Freizeitgestaltung praktiziert (Flüchtlingshilfe Dorfen 2015). Hervorzuheben ist hier auch der bei Twitter populäre hashtag #refugeeswelcome, unter dem zum einen für Protestaktionen geworben wird, der aber zum anderen auch pragmatische Hilfsangebote verbreitet (Mara 2015) Auch außerhalb des Netzes lässt sich auf lokaler Ebene ein Umdenken erkennen, wie die Aussage des Reutlinger Landratsamtes verdeutlicht: „Wir können es uns nicht erlauben, diese Gruppe in der langen Zeit am Rand der Gesellschaft zu lassen“ (Glage 2012).

Ehe für alle

Innerhalb marginalisierter Gruppen gibt es also starke Bemühungen, als „normal“ betrachtet zu werden. Für viele ist die Metapher der gesellschaftlichen Sichtbarkeit also auch ein wichtiges Element für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, verbunden mit dem Wunsch, dazuzugehören und ein normales Leben wie jeder andere führen zu können. Durch das Anliegen der „Normalisierung“ wird der Kampf für die rechtliche Gleichstellung des nichtheterosexuellen Zusammenlebens und damit auch die Inklusion dieser Gruppen zu lang etablierten sozialen Institutionen geführt. Offensichtlich fördert der Staat bisher traditionelle Familien, ohne eine uneingeschränkte Anerkennung anderer Lebensformen anzustreben. In der genaueren Betrachtung der getwitterten Beiträge unter #ehefueralle, wird schnell deutlich, dass es den Menschen weniger um ideologisch gefärbte Argumente geht, sondern schlicht um ein Stück Normalität und gesellschaftliche Anerkennung. An dieser Stelle wird ersichtlich, dass diese bunte Bewegung quer durch alle Milieus und Altersschichten Fahrt aufnimmt. Konservative Politikerinnen wie Erika Steinbach, Menschenrechtssprecherin der CDU/CSU-Fraktion, oder die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer verstricken sich in der Verteidigung der Ehe in dieser nicht zu gewinnenden Debatte denn auch unmittelbar in Widersprüche, da sie kaum rechtfertigen können, warum manchen Menschen der Wunsch nach Bindung, Beständigkeit und Fürsorge vorenthalten werden sollte und unklar ist, wem dies schadet bzw. was hier verteidigt wird. So fordert @verbuchstabiert, eine „#Ehefüralle, weil es keinem schadet, dieses Recht einzuräumen. Mir schadet aber, wenn mir Politiker das Gefühl geben weniger wert zu sein.“ Politiker wie Justizminister Heiko Maas setzen sich zwar für die Öffnung der Ehe und vollständige Gleichstellung der Lebensentwürfe ein, verweisen jedoch auf die durch den Koalitionsvertrag eingeschränkte Handlungsfähigkeit. Politischer Veränderungswille ist spürbar und

scheint als Projekt kaum aufzuhalten zu sein, wie das jüngste Votum des Bundesrates zeigt. Dies wird besonders offensichtlich, wenn die jetzigen Argumentationsmuster zur Debatte um die Gleichberechtigung der Frau verglichen werden und die vergleichbaren Konfliktlinien mehr als deutlich sind.

Im Falle der Ehe für alle kann dieser Drang nach Normalität natürlich auch kritisch gewendet werden. Wenn sich Schwule und Lesben der traditionellen Institution Ehe unterwerfen, um gesellschaftlich anerkannt zu werden und damit ihre alternativen Lebensentwürfe ein Stück weit aufgeben, könnte dies womöglich die LGBT-Gemeinschaft stärker verändern als die Ehe selbst; es ginge dann vor allem um Gleichberechtigung und weniger um Liberalisierung (Niggemeier 2015). Viele Aktivistinnen und Aktivisten sprechen deswegen sogar von einer „Verschwendung der queeren Kultur“ und fragen sich gleichzeitig, ob Schwule und Lesben der alternativen Szene den Rücken zukehren, um die Ziele der Normalität zu erreichen oder ob dies unweigerlich Teil dieses Selbstbestimmungsprozesses ist. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Aussterben von Verlagen, Kneipen, Cafés und Zentren, die früher für eine exklusiv homosexuelle Zielgruppe bedient haben (Berry 2014). Darüber hinaus findet eine gewisse freiwillige Bürgerlichkeit vieler Mitgliederinnen und Mitglieder dieser Gemeinschaft statt, in der ehemalige „schwule“ Viertel großer deutschen Metropolen umgekehrt zu gemischten, offenen und alternativen Vierteln werden. Dies kann auch als positive Wendung interpretiert werden, wenn diese Form abgegrenzter Submilieus weniger benötigt werden.

Schließlich kann die Metapher einer „Ehe für alle“ auch im übertragenen Sinn als Neudefinition der Familie interpretiert werden, was sich dann allgemeiner auf die Weiterentwicklung und Akzeptanz moderner Lebensgemeinschaften erstreckt und auch die Rolle der Kinder betrifft (Streckenback 2014). In Deutschland gibt es eine spürbare gesellschaftliche Präferenz für die traditionelle Familie (Mann, Frau, Kinder usw.), ohne dass andere Familienformen wie Patchwork-Familien, Einelternfamilien, nichteheliche Partnerschaften sowie LGBT-Familien in der deutschen Politik bisher angemessen berücksichtigt werden (Järkel 2015). In der Diskussion zur Ehe für alle geht es deshalb auch um eine kritische Hinterfragung des Kindeswohls, das aus konservativer Sicht zwangsläufig an das klassische Familienmodell geknüpft zu sein scheint. Hier wird in vielen Kommentaren deutlich, dass der „Schutz des Kindeswohls“ (Angela Merkel) vor allem durch Liebe und stabile Beziehungen gesichert wird und die Vorstellung, dass Kinder bei heterosexuellen Paaren automatisch sicherer sind, wenig plausibel ist.

Dass sich solche Veränderungen auch in anderen Lebenskonstellationen praktisch vollziehen, ohne dass dies nach einer politischen Programmatik gesteuert wäre, zeigt sich in den veränderten Wohnkonzepten. Galt die Wohngemeinschaft lange Zeit als Sinnbild der Studentengeneration, die sich vom Familienmodell befreien will, vermischt sich dies neuerdings mit der traditionellen Lebensweise früherer Familien, wonach alle Generationen unter einem Dach wohnten. Die Entstehung von Mehrgenerationenhäusern verkörpert diesen dynamischen Prozess, der vermeintlich überholte Wohnvorstellungen mit dem studentischen WG-Konzept neu kombiniert und von Senioren als Lebensmodell der Zukunft wahrgenommen wird: „Im Mittelpunkt steht die konsequente Förderung des Miteinanders von Menschen unterschiedlicher Lebensalter“ (MGH Frechen 2015). Wie das erfolgreiche Wohnhausprojekt „Amaryllis“ in Bonn belegt, ist es keineswegs utopisch mit rund 70 Menschen zwischen einem und achtzig Jahren in verschiedenen Lebensformen auf drei Häusern

verteilt zu wohnen (Amaryllis eG 2015). Auch im bayerischen Aschaffenburg hat sich ein Mehrgenerationshaus mit über 40 Menschen mit Erfolg durchgesetzt. Rita Rehberg, eine 76-jährige Mitbewohnerin des Aschaffener Wohnprojekts, schwärmt von den vielfältigen Möglichkeiten: „das Allerschönste hier ist, dass einfach immer jemand für einen da ist“. Für Rita und andere Senioren bringt diese neue Realität viele Vorteile, da sie so auf ein Altersheim verzichten und gleichzeitig immer geistig und körperlich aktiv bleiben können. Zum Beispiel passen die älteren Mitbewohnerinnen und Mitbewohner auf die Kinder auf, während die Eltern zu zweit einen Abend in der Stadt genießen können. Die gegebene ständige Zuverlässig- und Gemeinsamkeit einer solchen Lebenskonstellation scheinen besonders günstig zu sein, um neue Lebensformen zu ermöglichen, die nach mehr Flexibilität, menschlichen Kontakten und weniger Kosten suchen und somit dörfliche Strukturen imitieren.

Narrative Muster und erzählerische Potenziale

Die Veränderungsnarrative zur Vielfalt moderner Lebensformen dokumentieren die Ambivalenz progressiver Anliegen, etwa in der Frage, ob durch die Forderung einer „Ehe für alle“ die Gleichberechtigung letztlich wichtiger ist als die gesellschaftliche Liberalisierung. So wird auf der einen Seite das Streben nach erhöhter Flexibilität und Offenheit im privaten und öffentlichen Bereich bedeutsamer. Auf der anderen Seite wird in vielfältigen Migrationserfahrungen auch die Sehnsucht artikuliert, als normal und gesellschaftlich zugehörig wahrgenommen zu werden. In diesem narrativen Spannungsfeld wird derzeit die „deutsche Identität“ neu verhandelt, da sich vor dem Hintergrund doppelter Staatsbürgerschaften Identitätsfragen neu stellen. Das ist keineswegs das Projekt von Randgruppen oder ausschließlich das Anliegen einer jüngeren Generation. Es ist das kumulative Zusammenwirken völlig unterschiedlicher Identitätsentwürfe, die die Pluralisierung deutscher Identitäten verlangen. Dazu zählt, dass gegenwärtig mehr als vier Millionen Menschen in Deutschland nicht heiraten dürfen und eine gleiche Anzahl von Menschen islamischen Glaubens für viele Konservative nicht zu Deutschland gehören.

Die Metapher der „Ehe für alle“ verdeutlicht diesen schwer aufzuhaltenden gesellschaftlichen Sinneswandel gleichermaßen, wie die Bejahung einer deutschen Einwanderungsidentität. Die narrative Struktur dieser Anliegen ist – um das letzte Zwischenfazit fortzuführen – so angelegt, dass sich eine stärkere Verlagerung des Politischen ins Private vollziehen kann. Schließlich wird die deutsche Identität in diesen unterschiedlichen Anliegen nicht als Ganzes problematisiert. Sie wird vielmehr gebrochen und an die Ausdifferenzierung der Biografien und lebensweltlichen Muster herangeführt. Auch hier geht es im Kern um die Schaffung selbstbestimmter Rückzugsräume, die mittels einer narrativen Pluralisierung der Kollektividentität gebildet werden. Dass solche Versuche selbst unter der Bedingung einer breiten Akzeptanz ihres Anliegens nicht automatisch gelingen, wird daran deutlich, dass sich durch ihre öffentliche Artikulation zugleich auch Gegenkräfte mobilisieren. Der Gebrauch des „Rollback“-Begriffs ist ein narrativer Marker für das Erstarren von Widerstand und Verweigerung. Eigentümlicherweise wird besonders in solchen Momenten sichtbar, warum die alten Kriterien zur Unterscheidung des Progressiven vom Konservativen nicht mehr greifen, gerade weil es stets möglich ist, dass sich durch das Erzählen von unterschiedlichen Identitätsnarrativen und der „Entdeckung“ unausgesprochener Gemeinsamkeiten die diskursiven Dominanzverhältnisse in ihrer kumulativen Wirkung ändern können. Allerdings ist abzuwarten, ob die Verteidigung des tradierten

Identitätsverständnisses eine der letzten konservativen Bastionen bleiben wird, oder nicht eine inhaltliche Annäherung erfolgt, die zur weiteren Verwässerung parteipolitischer Programmgrenzen führt.

5.4 Das Netz

Eine treibende Kraft gesellschaftlichen Wandels ist das Aufkommen neuer kommunikativer Formen. Das „Netz“ hat sich in diesem Zusammenhang sicherlich zu einer der wirkmächtigsten Metaphern unserer Zeit entwickelt. Wurden mit Netzwerken zunächst in erster Linie technologische, materielle Verbindungen bezeichnet, veränderte sich diese funktionale Bedeutungszuschreibung mit der Jahrtausendwende, in dem auch die soziale Dimension des aktiven Vernetzt-Seins zunehmend stärker in den Horizont dieser Metapher rückte. Zu Abwasserkanälen und Telefonleitungen gesellten sich soziale und wirtschaftliche Verflechtungen, die als Netzwerke bezeichnet wurden. Seitdem das „Netz der Netze“ in Form des Internets beide Sphären – die technologische und die soziale – zunehmend vermengt, stellen sich neue politische Fragen. Diese werden in beinahe unüberschaubarer Zahl erzählerisch verhandelt und werfen Fragen auf, die entweder einen gesellschaftsdiagnostischen Impetus haben: „Begegnet uns in der Netzmetapher also eine neue Weltmetapher?“ (Friedrich 2010: 2) oder aber psychologisierend in unsere Motive als Netzwerknutzer blicken: „Folgen die sozialen Netzwerke nur der Sehnsucht nach Verbundenheit oder sind sie vielmehr zeitgemäßer Ausdruck eines zutiefst demokratischen Gesellschaftsbildes?“ (Artic 14/2012)

Die Antworten auf diese komplexen Fragen sind dabei ebenso vielfältig wie die Knotenpunkte des Netzes. Sie reichen von einer utopistischen Technikgläubigkeit bis hin zu kulturpessimistischen Gesellschaftsdiagnosen und streifen auf diesem Weg zahlreiche Problembereiche, die sich der dichotomen Unterscheidung in progressiv und konservativ entziehen. Während also einige Erzählstränge ausgehend von der Diagnose eines kaputten Systems – so der Keynote-Vortrag Ethan Zuckermans auf der diesjährigen re:publica – ihre Hoffnungen auf das Netz als neues Instrument der Demokratisierung projizieren, fürchten andere eine „digitale Vereinfachung“ politischer Zusammenhänge (Eisler 2011). Die Gräben der Debatte ziehen sich dabei nicht länger entlang des „digital divide“, der ehemals Userinnen und von Nicht-Usern trennte. Vielmehr entsteht eine Kluft zwischen Produzentinnen und Konsumenten von Informationen: Für letztere ist „das Internet kein Raum, sondern bestenfalls ein Weg, ein neuer Transportweg“ (Gehlen 2010).

Die unterschiedliche Herangehensweise wird also eher durch den Grad der Aktivierung begründet. Somit lässt sich die Progressivität von Netzanliegen an der aktiven Nutzung neuer Kommunikations- und Medienwege ablesen. Dabei greift dieser Ansatz auf zahlreiche gesellschaftlich-kulturelle Bereiche über. Denn über die Nutzung des Netzes als Raum der Informationsproduktion und -weitergabe werden auch unmittelbar Fragen der Distribution von Kulturgütern und des Urheberrechts berührt. Hinzu gesellen sich Verteilungsfragen der Kreativwirtschaft, die sich in der Kritik an den Mechanismen der öffentlichen Förderung von Kulturgütern ebenso zeigen wie in der Problematisierung der Rundfunkgebühren. Diese oft als „Zwangsabgabe“ (Pany 2015) kritisierte Finanzierung des öffentlichen Rundfunks steht dabei auch angesichts der geringen Innovationskraft öffentlich-rechtlichen Fernsehens in der Kritik. Als Gegenbeispiel lässt sich hier der sehnlichst erwartete Start des Streaming-Dienstes Netflix in Deutschland ins Feld führen, dessen monatliche Abgabe nie Gegenstand der Kritik ist.

Ein Grund dafür ist natürlich die Freiwilligkeit. Doch wird gerade diese im Netz als erzählerische Einkleidung massiver Grundrechtsverletzungen genutzt: Wer seine Fotos und Videos freiwillig in die sozialen Netzwerke einspeist, könne doch nicht ernsthaft die Überwachungspraktiken der Geheimdienste kritisieren, lautet dabei ein weit verbreitetes Argumentationsmuster, das nicht nur von konservativen Kräften jeden Tag aufs Neue bemüht wird, um Einschränkungen von Bürgerrechten wie die Vorratsdatenspeicherung zu rechtfertigen. Dagegen steht eine breite Bewegung, die nichts weniger als die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte auch und vor allem im Netz fordert (netzpolitik.org). Freiheit und Privatsphäre sind dabei ebenso populäre Forderungen wie die Beibehaltung einer grundsätzlichen Gleichheit des Zugangs.

Digitale Menschenrechte

„Wenn Du meinst, Privatsphäre ist egal, nur weil Du nichts zu verbergen hast, kannst Du genauso behaupten, Redefreiheit ist egal, nur weil Du nichts zu sagen hast!“ Dieser vielfach in den diversen sozialen Netzwerken geteilte Ausspruch wird Edward Snowden zugeschrieben. Snowden ist der Protagonist eines Narrativs mit bislang offenem Ende. Dieses Ende wird darüber entscheiden, ob er als Held oder Verräter in die Geschichte eingeht oder gar eine gänzlich neue Figur entsteht. Kern der Erzählung sind essentielle Fragen der Grundrechtssicherheit, der Transparenz und des beschleunigten Wandels der Kommunikation. Im Zentrum steht dabei der Begriff der Privatheit, der jedoch in erster Linie als Metapher zu lesen ist, die aus der Gedankenwelt der bürgerlich erkämpften Rechte des 19. und 20. Jahrhunderts auf das Netz und die darin ablaufenden Kommunikationsbeziehungen übertragen wird. Bei derartigen metaphorischen Überschreibungen kommt es notwendigerweise zu Übersetzungsproblemen. Diese äußern sich heutzutage beispielsweise in der paradoxen Parallelität der massenhaften Präsenz in sozialen Netzwerken, bei gleichzeitiger Kritik an der gewerblichen und geheimdienstlichen Verwertung dieser Daten. Der New York Times Kolumnist David Brooks (2015) spricht in diesem Zusammenhang von der „Verlorenen Sprache der Privatsphäre“ und dem Umstand, dass wir unser Bewusstsein für die Bedeutung von Privatheit verloren hätten. Denn, so Zygmunt Bauman in seinem Vortrag auf der diesjährigen re:publica: „Wir brauchen einen Raum, in dem halb geformte Gedanken und heikle Emotionen wachsen und gedeihen können, ohne dem wütenden Blick des öffentlichen Urteils ausgesetzt zu sein“ (Bauman 2015). Privatheit wird somit zu einem Gut, welches in aller Öffentlichkeit wahrgenommen werden muss. Niemand wünscht sich eine Rückkehr in die Isolation, die in Zeiten von Globalisierung ohnehin nicht zu erreichen ist; allein eine Möglichkeit des Rückzugs sollte gegeben sein.

Die ausufernde Datensammelwut wird öffentlich diskutiert, etwa wenn sich Bürger für die Verpixelung von Wohnhäusern beim Internetdienst Google Maps einsetzen. Dennoch bleibt die staatliche Datensammlung von dieser Skepsis ausgenommen. Ein häufig geäußerter Eindruck ist, dass sich die Kritik an der Vorratsdatenspeicherung auf die netzaffinen „digital natives“ beschränkt und den Weg nicht über Blogs wie netzpolitik.org, netzpiloten.de oder politik-digital.de hinaus in den öffentlichen Diskurs gefunden hat. Zwar kritisiert Lutz Hachmeister (2015) die „geistige Beschränktheit“ der „digitalen Gesellschaft“, die in seinen Augen nicht existiere, doch bleibt eine breite Empörung über die offensichtliche Widersprüchlichkeit in den öffentlichen Äußerungen der Bundesregierung aus. Diese hatte sich nach zunächst anderslautenden Statements bei einigen Mitgliederinnen und Mitgliedern letztlich doch für die Vorratsdatenspeicherung eingesetzt und somit eine Politik betrieben, deren sicherheitspolitischer Nutzen nicht nur umstritten ist (Weck 2015), sondern deren Umsetzung auch von europäischen Gerichten kritisiert wurde.

Ein Problem der Kritik scheint dabei die ungemein technische Sprache zu sein, die es nicht vermag, eine emotionale Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Begriffe und Metaphern wie Netz, Netzneutralität, Störerhaftung und Vorratsdatenspeicherung scheinen in höchstem Maße ungeeignet zu sein, ein kritisches Bewusstsein für die Probleme und Gefahren einer intransparenten und raumgreifenden Aufgabe grundlegender Rechte im Netz zuzulassen. Deutlich anschaulicher und lebensnäher als die bisweilen abstrakt wirkenden Gefahren hinter den genannten Begriffen sind die Dramatisierungen einzelner Politiker, die etwa den Absturz der Germanwings-Maschine oder die Anschläge auf das Pariser Satire-Magazin Charlie Hebdo mit Fragen der Datensicherheit in Verbindung bringen (Marshall 2015). Die von diesen Vorfällen generierte Unsicherheit ebnet dann den Weg für narrative Muster, in denen kein Weg an der massenhaften Speicherung von Daten vorbeigeht. Dabei müssen nicht einmal konkrete Gefahren benannt werden, vielmehr genügt ein diffuses Bedrohungsgefühl, um die Vorratsdatenspeicherung erneut zu legitimieren. Dies zeigen unter anderem die Statements aus dem Ministerium auf der Bundespressekonferenz (Jung 2015), die sich nicht nur fortlaufend in Widersprüche verstricken, in dem sie einerseits Whistleblower wie Snowden als „Datenhehler“ unter Generalverdacht stellen und andererseits einräumen müssen, dass es keine Beispiele für eine erfolgreiche Gefahrenabwehr durch Vorratsdatenspeicherung gibt.

Die als „Totalüberwachung“ kritisierten Praktiken exekutiver Kräfte sind im Rahmen des NSA-Untersuchungsausschusses zwar Gegenstand parlamentarischer Prüfung geworden. Dennoch besteht nicht nur in weiten Teilen der „Netzgemeinde“, sondern auch im öffentlichen Diskurs der Eindruck, dass im Ergebnis lediglich die Ausweitung geheimdienstlicher Befugnisse legitimiert werden müssen. So bleibt unverständlich, warum trotz des Umstands, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik wohl einen solch „maßlosen Angriff auf die Grundrechte“ (Prantl 2014) bislang noch nicht gegeben hat, das Staatswohl dennoch anders definiert wird und Aufklärung, wie dies etwa Snowden als Zeuge leisten könnte, hierbei als eher störend empfunden wird. Die Metapher der Netzgemeinde wird in diesen Debatten eher diskreditierend genutzt, vermittelt sie doch den Eindruck, hier empöre sich eine weltflüchtige Gruppe, die mit dem wahren Leben nichts zu tun hat. Deutlich pragmatischer ist etwa der Ansatz, die etablierten, demokratischen Wege der Bürgerbeteiligung zu bemühen und sich aktiv gestaltend in die Politik einzumischen. So gibt es zahlreiche Versuche, die Verhandlung des NSA-Untersuchungsausschusses auf Twitter oder privaten Blogs transparent zu machen. Blogs wie *digitalegesellschaft.de* rufen zudem die Bürger auf, über eine klassische Briefaktion Einfluss auf die Parlamentarier zu nehmen (Tripp 2015). Transparenz wirkt dabei als Mittel der Kritik, wie auch der Beitrag des Satire-Magazins extra3 (2015) zeigt, in dem „der kleine Mann“ Abgeordnete nach ihrer Kenntnis des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung fragt. Letztlich wird es darum gehen, die Herausforderungen von „Big Data“ anzunehmen, die Mittel der Aufklärung zu aktualisieren und die „Instrumente aus analogen Zeiten“ (Korte 2015) hinter sich zu lassen.

Freiheit der Piraterie

Die Forderung nach Transparenz lässt sich auch auf andere Bereiche des kulturellen Netzes übertragen, beispielsweise wenn die klassischen Verwertungslogiken aus Kunst, Musik und Wissenschaft zum Gegenstand der Kritik werden. In dieser Erzählung werden die Protagonistinnen und Protagonisten oftmals als Freibeuterinnen und Freibeuter bezeichnet, die einer Umsonst- oder Kostenloskultur frönen. Diese Bewegung konnte sich bereits parteipolitisch in der Partei der PIRATEN niederschlagen, die als erste Partei die Bedeutung digitaler Medien entdeckte und daraus versuchte, einen politischen Markenkern zu entwickeln (Bieber & Leggewie 2012). Dabei ist die namensgebende

Metapher der Piraterie durchaus vielschichtig. Wird sie popkulturell in einer progressiven Lesart eher positiv gedeutet, sehen konservative Kräfte hier in erster Linie kriminelle Kräfte am Werk. Piraterie ist dabei nicht nur durch Filme wie „Pirates of the Caribbean“ mit positiven Konnotationen belegt. Vielmehr existiert eine lange Tradition der Piratenromane, die beispielsweise in Stevensons „Schatzinsel“ auch heute noch Faszination auf jüngere Leser ausübt.

Dass sich hinter der Freiheit der Piraterie jedoch deutlich komplexere Zusammenhänge verbergen, zeigt etwa der berühmt berüchtigte Ausbruch des Musikers und Schriftstellers Sven Regener (2012), der in einem Interview im Bayerischen Rundfunk gegen die „Umsonstkultur“ des Internets wetterte: „Kunst ist kein exzentrisches Hobby“. Regener kritisiert die Umgehung der GEMA durch die Musikpiraterie und macht sich für die klassischen Verwertungsmechanismen stark. Demgegenüber steht allerdings eine breite Bewegung, die diesen klassischen Verwertungslogiken kritisch gegenüber steht. Diese setzt sich nicht nur aus subkulturellen Musikschaffenden zusammen, die von den Rechteinhabern faktisch nicht vertreten werden oder sich nicht angemessen vertreten sehen (Kösch 2013), sondern kommt auch von Volksfesten, die feststellen: „Dieses Jahr schlägt die Gema richtig zu“ (Geil 2014) bzw. „GEMA kassiert an Fastnacht kräftig ab“ (Oldenburg 2014). Zahlreiche Facebook-Gruppen flankieren diesen Protest und geben sich Titel wie „100.000 Menschen gegen die GEMA“, „Anti-GEMA-Gruppe“ oder „Techno – Musik ohne GEMA“. Piraterie ist hier also nicht allein als Diebstahl im Regenerschen Sinne zu verstehen, sondern verhandelt die Verteilungslogiken und Verwertungsmechanismen des Netzes und im Netz neu.

Die metaphorische Reibung entsteht hierbei durch das Konfliktpaar „Wertschätzung versus Umsonstkultur“ – exemplarisch im öffentlichen Aufruf einer Vielzahl bekannter Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller (Wir sind die Urheber 2012) – auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die Freiheit des „Remixes“ gegen die Gängelung veralteter Verwertungsmechanismen ins Feld geführt wird, beispielhaft in der Debatte um Helene Hegemanns Roman „Axolotl Roadkill“. Dieser Konflikt schwelt nicht allein in der Musik- und Filmbranche, sondern wird zunehmend auch in der Wissenschaft geführt. Hier regt sich unter dem Begriff des „Open Access“ Unmut über die ökonomische Verwertung öffentlich geförderter Forschung. Verlage stehen hier einer basisgetriebenen Entwicklung gegenüber, die freien Zugang zu Ergebnissen fordert, der Autorinnen und Autoren als auch der Forschung dient (Hippler 2013). Das Veränderungsanliegen zielt dabei auf eine neu zu erlangende Freiheit der Wissenschaft ab und ist nicht allein eine Frage der Ökonomisierung. Wissenschaft kann und soll – so der Grundtenor dieser Erzählung – frei bleiben. Die Verlage werden dabei natürlich weiterhin benötigt. Zum einen, da sie Distributionswege bereitstellen und zum anderen, da sich die wissenschaftliche Reputation auch aus den Verlagen ableitet. Ersteres können frei im Netz zugängliche Blogs bereits leisten, letzteres ist nur über eine mittel- und langfristige Transformation zu erreichen.

Die der Piraterie zugeschriebene „Freiheit der Meere“ wird hier als „Freiheit des Netzes“ übersetzt. Besonders deutlich zeigt sich die Kraft solcher metaphorischer Einkleidungen bei der Netzneutralität. Unter dieser technischen Metapher versammelt sich das Anliegen, welches den Zugang zur Übertragungsleistung im Internet prinzipiell gleich behandeln will. Während Netzaktivisten wie Markus Bechedahl auf dem Blog „netzpolitik.org“ für ein „offenes und neutrales Internet“ plädieren, sieht der EU-Kommissar Günther Oettinger eine grundlegende Gefahr in dieser Forderung: „Was die Netzneutralität betrifft, da haben wir gerade in Deutschland Taliban-artige Entwicklungen“ (Bundesministerium der Finanzen 2015). Die so konstruierten Feindbilder scheinen dabei austauschbar, wenn Oettinger an anderer Stelle ausführt, echte Netzneutralität münde direkt im

Sozialismus (Beckedahl 2015), was trotz des hanebüchernen Vergleichs wenig Empörung auslöst (Lobo 2015). Hier ist die Erzählstruktur in der Lage, eine Reideologisierung der Debatte zu erreichen. Denn sowohl der Sozialismus als auch die Taliban gelten weithin als systemfremde Kräfte, die Freiheit und Wohlstand bedrohen. Auf der anderen Seite werden Bilder bemüht, welche die Internetprovider als Wegelagerer bezeichnen und somit das Primat des maximalen Gewinns als Triebkraft im Internet anprangern (alexanderlehmann 2015).

Schließlich sind auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einem zunehmenden erzählerischen Druck ausgesetzt, der sich nicht allein in polemischen Facebook-Initiativen wie „2.000.000 Stimmen erheben sich gegen die Rundfunkgebühren“ zeigen. Denn neben der inhaltlichen Diskussion des Angebots der öffentlich-rechtlichen Sender existiert auch das Problem der semi-transparenten Fernsehrate, was auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom März 2014 anmerkte. In einer abweichenden Meinung zum Urteil prangerte Verfassungsrichter Paulus die im Urteil nicht konsequent durchgesetzte Staatsferne der Fernsehrate an. Dies haben die PIRATEN erkannt, als sie die ihnen zustehende Besetzung des WDR-Rundfunkrates öffentlich ausschrieben und mit Parteixternen besetzten.

Narrative Muster und erzählerische Potenziale

Die Metapher des Netzes zeigt besonders gut, wie sich politische Narrative historisch entfalten und in ihrer Bedeutung komplexer werden. Wurde die Revolution digitaler Kommunikation zunächst noch weitgehend räumlich verstanden, wenn etwa Politikerinnen und Politiker von „dem Internet da draußen“ sprachen, als ob es abgesperrt werden könnte, hat sich hieraus ein Narrativ entwickelt, das den Realitätsgehalt des Virtuellen deutlich zu machen versucht. Gerade in den Debatten um die Vorratsdatenspeicherung werden Narrative bemüht, die von den realen Folgen eines digitalen Staatshandelns berichten. Hier kreuzt sich das politische Erzählen mit fiktionalen Entwürfen (etwa George Orwells *1984*), anders scheint eine Vergegenwärtigung der Problemlage kaum möglich. Gerade in diesem Medium des Erzählens kann eine Politisierung des Netzes erfolgen, die nicht mehr rein progressiv als herrschaftsfreies Mittel gedeutet, sondern auch in ihren Ambivalenzen sichtbar gemacht wird.

In den entsprechenden Streitfragen zu der Wahrung von Bürgerrechten und geistigem Eigentum sind die Konfliktlinien der Akteure allerdings häufig unscharf, was auch damit zusammenhängt, dass im Gegensatz zu anderen Veränderungsnarrativen der Gegenstand der Erzählung weitaus abstrakter ist. Es wird schließlich von „unsichtbaren“ und „komplexen“ Herrschaftstechniken berichtet, wodurch das narrative Erzeugen von Betroffenheit ebenso schwierig wird, wie die Benennung und Charakterisierung der Protagonistinnen und Protagonisten. Die Erzählungen sind hier noch zu sehr an der Aufgabe der kognitiven Durchdringung der Digitalisierung orientiert, als dass sie imstande wären, auf der Grundlage akzeptierter Deutungen progressive Anliegen zu formieren und die entsprechenden Protagonistinnen und Protagonisten zu benennen. Deshalb schwankt auch die Charakterisierung von Snowden zwischen „Held“ und „Verräter“ und nur so lässt sich erklären, warum die massive Grundrechtsverletzung durch demokratisch nicht legitimierte Überwachungspraktiken keinen größeren Aufschrei in der Bevölkerung hervorruft.

5.5 Neue Überschaubarkeit

„Die Sehnsucht nach **Überschaubarkeit** in einer grenzenlos gewordenen Welt scheint immer mächtiger zu werden.“ Mit diesem Kommentar der Twitter Userin [H.P.@Peine01](#) (2014) äußert sich beispielhaft der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger, in einer aus den Fugen geratenen Welt nicht heillos die eigene Kontrolle zu verlieren. Das Bewusstsein für die Übersichtlichkeit sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Beziehungen ist dabei Ausdruck eines vielschichtigen Veränderungsanliegens, das sich in vielfältigen Lebensbereichen als *neue Überschaubarkeit* zeigt. Zum einen ist es in Form einer neuen Dörflichkeit Ausdruck einer Sehnsucht nach der Revitalisierung des Sozialen, wie jüngst die Debatte im Magazin *The European* exemplarisch verdeutlichte. Dörflichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang gerade nicht Rückständigkeit oder Zurückgebliebenheit; das Dorf ist keineswegs das Armenhaus der Nation, die Hälfte der Wertschöpfung des Staates erfolgt hier (Henkel 2015). Das Dorf gewinnt als Metapher seine progressive Kraft aus der Abkehr von hergebrachten Individualismen eines beschleunigten urbanen Lebens: „Und doch ist der Aggregatzustand des Dorfes noch immer fester, kompakter als derjenige der Stadt – konstitutiv für das Dorf ist offenkundig eine stärkere Verbindlichkeit sozialer Beziehungen“ (Ajouri u.a. 2015: 4). Besonders das Bedürfnis nach etwas mehr Verbindlichkeit – wie es auf Dörfern im Vereinsleben gang und gäbe ist, aber auch von Stadtmenschen gerne belächelt wurde – scheint eine neue Anziehungskraft auszustrahlen.

Zum anderen zeigt sich die neue Überschaubarkeit auch in der Betonung lokalen und regionalen Wirtschaftens als alternativer Form der Ökonomie. Hier verknüpft sich die Verbindlichkeit dörflichen Lebens mit einem gestiegenen Transparenzbedürfnis in Bezug auf die Herkunft und die Herstellung von Lebensmitteln und Konsumprodukten. Moderne Burger-Restaurants oder Street Food Festivals sind auch deshalb so attraktiv, da sie mit regionalen Produkten und Zutaten werben können und dadurch Glaubwürdigkeit beim Konsumenten erzeugen. In öffentlichen Talk-Shows bestätigen sich die Gäste mittlerweile gegenseitig in ihrem Kaufverhalten von Bio- und Fair Trade Produkten. Diese Neujustierung ergänzt den als grenzen- und bisweilen uferlos wahrgenommenen Kapitalismus um eine progressiv gewendete Rückkehr zur Region. Denn diese „ermöglicht eine persönliche Beziehung zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Handwerk und Kunden, zwischen Dienstleister und Servicenehmer. Regionalität ermöglicht transparente und überschaubare Strukturen, die vertrauenswürdige Beziehungen zwischen Verbrauchern und Wirtschaft ermöglichen“ (Bundesverband Regionalbewegung 2015).

Dieser Fokus auf das Dorf und die Region lässt vermuten, dass sich zu den öffentlich diskutierten progressiven Veränderungsanliegen auch solche gesellen, die bereits auf eine gewisse Tradition im öffentlichen Diskurs zurückblicken und dennoch wenig von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Zu diesen narrativen Dauerbrennern gehört ganz sicher die Erzählung der Regionalisierung. Bereits in den 1980er Jahren formierte sich im Zuge des Aufkommens der Grünen und dem gewachsenen Unbehagen wirtschaftspolitischen Liberalisierungstendenzen eine Gegenbewegung zu denjenigen Entwicklungen, die unter dem Schlagwort der Globalisierung zusammengefasst wurden. In der Regionalisierung sahen Kritikerinnen und Kritiker eine angemessene Reaktion auf die zunehmende Verflechtung internationaler Wirtschafts-, Kommunikations- und Machtbeziehungen. Sie versammelten sich unter dem Schlagwort *Think global, act local* und proklamierten eine Rückkehr zur dörflichen Struktur als Handlungsdimension, bei gleichzeitiger Berücksichtigung transnationaler Problemstellungen.

Heute erlebt diese Erzählung eine Neuauflage. Zwar wurden die alten Muster und Begriffe hinter sich gelassen, haben sich die Freund-Feind-Schemata gewandelt und sogar die Träger der Erzählung verändert, doch finden sich auch heute noch dieselben Erzählungen, die den Diskurs vorstrukturieren.

Das Dorf

„Du kriegst die Leute aus dem Dorf, das Dorf nicht aus den Leuten“, so beschreibt der Musiker Thees Uhlmann die Liebe zum Dorf auf seinem neuen Album in dem Lied „Lat: 53.7, Lon: 9.11667“, womit die geografische Position seines niedersächsischen Heimatorts Hemmoor gemeint ist. In der Metapher des Dorfes zeigt sich erneut, wie schwierig es ist, progressive Anliegen von konservativen trennen zu wollen. Dies gilt vor allem, da das Dorf und besonders das Attribut dörflich in einer elitären Perspektive oftmals mit Stillstand und einer gewissen Enge assoziiert werden. In seiner progressiven Lesart verweist die Dorf-Metapher hingegen auf die Stärkung und Revitalisierung sozialer Beziehungen in einer entwurzelten Welt: „In einem Dorf gibt es nur Nachbarn“ (Beeler 2015: 6) und diese Nachbarinnen und Nachbarn werden nicht länger als bedrohliches Korrektiv für soziale Normen wahrgenommen, sondern als Stützen von Gesellschaft imaginiert. So werfen Städte als vermeintliche Orte der Innovation stets Fragen zur Dimensionierung sozialer Beziehungen auf: „Wie groß darf eine Gemeinschaft sein, um sich noch als Gemeinschaft wahrzunehmen? Die Antwort auf diese Frage ist möglicherweise die richtige Dimensionierung für ein DORF“, wie dies in der Initiative „Wir sind Dorf“ (2015a) beschrieben wird. Ähnlich dem städtischen Prozess des *Commoning*, der mehr und mehr Zulauf erhält und dem Ziel folgt, kooperative Nutzergemeinschaften zu bilden, in denen die Marktlogik aufgebrochen wird durch ein neues Verständnis von wechselseitiger Verantwortung (Commons & Co 2015), wird das Dorf als „Einstieg in eine neue WIR-Kultur“ (Wir sind das Dorf 2015b). Auch angesichts sich wandelnder demographischer Strukturen steckt in dieser Stärkung der dörflichen Gemeinschaft vergessenes progressives Potential, etwa wenn die Metapher einer „Neuen Dörflichkeit“ auf Konzepte des Mehrgenerationenwohnens übertragen wird (Plöger 2014).

Das Dorf und die dörfliche Gemeinschaft sind dabei immer eine Art „Kippfigur“, die je nach Betrachtungswinkel als rückwärtsgewandt oder zukunftssträchtig erscheint und somit zu einem sozialen Experimentierfeld wird (Nell 2013). Sicherlich wird mit dem Dorf auch stets eine gewisse soziale Enge sowie eine rückwärtsgewandte Weltsicht assoziiert, wie sie oftmals als Vorlage für fiktionale Stoffe dient. Michael Hanekes „Das weiße Band“ ist sicher die eindrucksvollste Zeichnung dieser düsteren Variante des Dorfes. Auch die an das Dorf gehaftete „unmögliche Rückkehr in die Unschuld“, wie sie in Frauke Finsterwalders Film „Finsterworld“ oder in Moritz von Uslars teilnehmender Beobachtung „Deutschboden“ (2010) anschaulich wird, zeigt diese vermeintliche Idylle als aussichtslose Starre, in der jede Zuversicht auf ein anderes Leben abhandengekommen ist. In der fiktionalen Verhandlung wird das Dorf jedoch gerade durch diese Überzeichnung und imaginäre Projektion zum „Mittel der Sozialkritik“, um über Lebens- und Sozialformen eines guten Lebens neu nachzudenken (Nell & Weiland 2014).

Der alternative Blickwinkel ist jedoch deutlich praktischer: „Selbstverantwortung und Anpackkultur sind im Dorf tief verwurzelt“, wie Gerhard Henkel (2015) das „Erfolgsmodell Dorf“ in einem Debattenbeitrag für *The European* treffend charakterisiert. Demokratie wird in dörflichen Strukturen aktiv gestaltet und nicht an Funktionseliten delegiert. So kann sich jenseits des idealisierten und romantisierten Bildes auf der einen Seite und der düsteren, Abgründe eröffnenden Projektion des Dorfes auf der anderen Seite eine neue Form des gemeinschaftlichen Lebens und Wirtschaftens

entfalten. Das Dorf steht in diesem Kontext als Metapher für einen Gegenentwurf des urbanen Lebens und verkörpert keineswegs ein tradiertes Bild oder gar eine romantisierende Vorstellung von Gemeinschaftsleben (Wir sind Dorf 2015b). Dies zeigt sich in erster Linie an der Verortung der Metapher, deren Sinngelalt sich in zahlreichen städtischen Initiativen wiederfindet. Wenn etwa der zu Isolation ausartenden Individualität der Großstadt mit Nachbarschaftsinitiativen auf Quartiersebene begegnet wird – als deutschlandweite Beispiele dienen Webseiten wie „WirNachbarn“ oder „Lokalisten“, die als Alternativen zu den globalen sozialen Netzwerken wie Facebook den lokalen, realweltlichen Charakter betonen. Hinzu gesellen sich nachbarschaftliche Angebote aus den Metropolen, die dazu dienen, sich zu vernetzen und aus der großstädtischen Anonymität hervorzutreten – bspw. Running Dinner, Polly & Bob in Berlin, Niriu aus Hamburg, grün & gloria in München. All diese Webplattformen sind Ausdruck einer neuen, praktischen Kultur des Miteinanders, die quer zu ideologischen Debatten auf kommunikative Vernetzung, gemeinschaftliche Güternutzung und eine Qualitätssteigerung bei sozialen Kontakten abzielt. So ist es sicher kein Zufall, dass sich in Köln eine progressive Kommunalpolitik in der Wählergruppe mit dem Namen „Deine Freunde“ vereinigt, die ihr politisches Handeln deutlich an einem gemeinschaftlichen Pragmatismus orientiert. So erfährt die altbekannte Forderung des *Act local!* gegenwärtig eine erfrischende Aktualisierung, denn „Dorfkultur ist durch aktives Mitmachen geprägt“ (Henkel 2015).

Heimat und Landlust

Über das Dorf hinaus erhält auch die Region neue Aufmerksamkeit. Im Mittelpunkt stehen dabei „transparente und überschaubare Strukturen, die vertrauenswürdige Beziehungen zwischen Verbrauchern und Wirtschaft ermöglichen“ (Bundesverband Regionalbewegung 2015). Besonders spannend sind in diesem Zusammenhang die Metaphern der Heimat und der Landlust, zeigen sie doch wie ehemals verstaubte, ja beinahe reaktionäre Begriffe eine progressive Aufwertung erfahren. Eine zunächst etwas belächelte Zeitschrift wie „Landlust“ wird mittlerweile von mehr als einer Million Deutschen gelesen, die sich hierbei nach einem neuen Lebensstil sehnen, der einerseits als wertkonservativ abgewertet wird, andererseits jedoch in der Suche nach Entschleunigung progressiv gewendet werden kann. Regional orientierte Initiativen nehmen sich bewusst der Heimat-Metapher an und brechen ihn durch die Ergänzung um weltläufiges Englisch: Während etwa „taste of heimat“ eine regionale Nahrungskultur in einem ökologischen Sinne wiederbeleben will, operiert „heimatdesign“ aus Dortmund ganz im Sinne des Strukturwandels im Ruhrgebiet als „Plattform und Display für junges Design aus der Region“ (Heimatdesign 2015). Zum anderen findet sich in der Landlust eine wachsende Wertschätzung für die regionale Natur, die nicht nur als Erholungsraum dient, sondern der darüber hinaus ein sinnstiftender Charakter zugewiesen wird. Kein Zufall ist es demnach, wenn einer der bekanntesten Protagonisten der deutschen Internet-Bohème, Sascha Lobo (2015), seit neuestem einen Blog mit dem Titel „Tiere entdecken“ betreibt, in dem offen und ehrlich dem Sehnsuchtsort Natur Raum gegeben wird. Fortschrittlichkeit wird hier im Gewand der Nähe zur Natur gelebt und bricht somit die Rastlosigkeit des Hamsterrads in progressiver Weise: „Nie gibt ein Nomade den Traum auf, irgendwo Wurzeln zu schlagen“ (Beeler 2015: 6). Diese Wurzeln schlagen in der Region aus, die als Wirtschafts- und Kulturraum wiederentdeckt wird und Naherholung mit alternativem Wirtschaften verknüpft.

In der Heimat-Metapher zeigt sich dabei die ganze Ambivalenz des Begriffspaares progressiv-konservativ. In vielen Kontexten ist Heimat progressiv besetzt und entspannt Bezugsrahmen wie Nachhaltigkeit, Regional, Lokal, Bio, Ressourcenschonend. Sie besetzt somit alternative Pfade jenseits

globalisierter Großhandelsketten. Betont wird der soziale Charakter und der Primat des Menschlichen vor der Wirtschaft: „Wichtig ist, dass regionale Konzepte nicht allein von wirtschaftlichen Interessen getragen werden, sondern auch gesellschaftliche und soziale Bedürfnisse aufgreifen“ (Bundesverband Regionalbewegung 2015). Region und Dorf verschmelzen zum ökonomischen „Erfolgsmodell“ und zeigen vielversprechende Alternativen zu städtischen Verwertungsketten auf. Bereits existierende Narrative, wie die stark in der Region verwurzelten mittelständischen Familienunternehmen und die sogenannten *Hidden Champions*, wie Stihl oder Würth, werden in das Heimatsnarrativ integriert und in einer aktualisierten Form weitergedacht. Auch aktivieren politische Akteure wie die Heinrich-Böll-Stiftung den progressiven Charakter der Heimat-Metapher, wenn sie ihr migrationspolitisches Portal „Heimatkunde“ nennen.

Dabei spielt die hier übergeordnete neue Überschaubarkeit eine tragende Rolle. So hat sie als Metapher bereits Eingang gefunden in die Sprache der Stadt- und Regionalvermarktung, wie die Beispiele aus Bamberg (Stadtportal Bamberg 2015) oder kleineren Mittelstädten wie Witten, Kehl oder Baunatal zeigen, die damit offensiv werben. Diese Bemühungen um eine Wirtschaft der Region, die sich zu regionaler Schulentwicklung, regionalen Finanzdienstleistungen, regionalen erneuerbaren Energien und dem regionalen Handwerk gesellen, bieten Bleibperspektiven für ländliche Regionen und sorgen dafür, dass die Kulturlandschaften erhalten bleiben. Angesichts ausdünnender Landstriche und ländlicher Unterversorgung elementarer Infrastrukturmerkmale, wächst unter einer progressiv gewendeten Heimat-Metapher eine neue Form der gesellschaftlichen Aktivierung lokal wirksamen Wirtschaftens.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Landwirtschaft zu. Das wachsende Bewusstsein für die vielfachen Vorteile einer saisonalen, regionalen und ökologischen Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahren zu einem Anstieg von Food-Kooperativen, Hofläden und Regionalvermarktungsinitiativen geführt, die auf eine Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit und bewusstem Konsum ausgerichtet sind. Gerade Hofläden und regionale Erzeugermärkte bringen in Großstädten die dörflichen Werte zurück, wenn Vertrauen und Kundenbindung durch das persönliche Gespräch hergestellt werden, beispielhaft etwa der fest etablierte Erzeugermarkt auf der Konstablerwache mitten in Frankfurt am Main (Scheuermann 2014). Besonders deutlich zeigt sich die Kritik an den ausufernden Formen kapitalistischer Wertschöpfungsketten im Aufkommen von Regional- und Lokalwährungen wie dem Bremer „Roland“, dem schleswig-holsteinischen „KannWas“ oder dem „Chiemgauer“. Ziel dieser regionalen Zahlungsmittel ist die „Bindung der Kaufkraft an die Regionen“ sowie eine Stimulation regionaler Wirtschaftskreisläufe (Roland 2015). Neben Idealismus und Symbolwert solcher Initiativen ist der praktische Nutzen durchaus vorzeigbar (Bossy 2011).

In progressiver Wendung enthält der Heimat-Begriff schließlich einen Gegenentwurf zu den Verflechtungen internationaler Wirtschaft, der auf genossenschaftlichem Wirtschaften beruht. Natürlich ist dieses Modell nicht auf alle Wirtschaftsbereiche anwendbar, doch kann die Förderung ländlicher Räume dazu beitragen, die Kluft zwischen Stadt und Land zu schließen. Diese ist, so die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot (2015) jüngst in einem Vortrag auf der re:publica, ein maßgeblicher Faktor für soziale Krisen und die daraus resultierenden populistischen Stimmen bei der jüngsten Europawahl: „Das Europa, das wir wollen, soll nicht mehr national, sondern regional und dezentral sein, aber eben vernetzt [...] Damit die ländliche Struktur nicht mehr verödet, sondern im Gegenteil, damit die ländlichen Regionen wieder zum Rückenmark werden können für alle anderen gesellschaftlichen Diskurse.“ In der Landlust findet sich jedoch neben diesem explizit politischen Gehalt auch stets die Tendenz zu einer kitschigen, apolitischen Romantisierung. So nutzt das neu

erschienene Magazin „Walden“ zwar den Titel eines Klassikers der Aussteigerkultur von Henry David Thoreau, versammelt aber eher verbraucherorientierte Tipps und Konsumhinweise als politische Alternativen zum Urbanen.

Narrative Muster und erzählerische Potenziale

Im politischen Narrativ der neuen Überschaubarkeit zeigt sich besonders deutlich, dass die Bürger in ihren Neuinterpretationen von Dorf und Heimat wenig gemeinsam haben mit den eindeutigen Zuschreibungen von konservativ und progressiv. War ein Begriff wie Dorf lange Zeit mit Rückständigkeit oder Stillstand verbunden, galt dies für die Heimat in seiner Tabuisierung noch weitaus stärker. In den beobachteten Narrativen entfalten diese jedoch als leitende Metaphern eine gänzlich andere Wirkung, in dem sie den wertkonservativen Drall, der beim Phänomen „Landlust“ mitschwingt, progressiv wenden und dies weniger mit Zurückgezogenheit verbinden, sondern mit sozialer Verantwortung und einem Gemeinschaftsgefühl, das im urbanen Stadtleben verschwinden kann. Die narrativen Muster spiegeln damit stets den Wunsch nach Ordnung und Verbindlichkeit, um sowohl das kollektive Gefühl einer krisenhaften Welt abzumildern als auch aktiv etwas dagegen zu tun. Es wäre demnach irreführend, das Narrativ der Überschaubarkeit als naive Sozialromantik einiger Städter zu betrachten. Vielmehr geht es darum, die vorhandenen Stärken einer Dorfkultur neu zu interpretieren und mit dem urbanen Leben zu verbinden. Das an emotionaler Überzeugungskraft schwindende Nachhaltigkeitsnarrativ kann sich möglicherweise mit dem Bezug zur vertrauten Region und der wiederentdeckten Natur neu erfinden und seinen pädagogischen Grundton verlieren.

6. Ergebnis der Studie

Obwohl die Klage im politischen Tagesgespräch moderner Demokratien allseits verbreitet ist, es herrsche Stillstand, mangle an Reformen und bewege sich in Zeiten globaler Krisen zu wenig, verstellt dieses pauschale Urteil den Blick für die existierenden Veränderungsanliegen in einer Gesellschaft, deren Potenziale meist an den diskursiven Rändern verortet sind. Die sozialwissenschaftliche Forschung ist an diesem Vorurteil nicht ganz unschuldig, da sich ihr Fokus entweder zu eng am rationalen Argument orientiert oder in kritischer Absicht die bestehenden Herrschaftsstrukturen dominierender Diskurse seziert. In dieser Engführung ist aus dem Blick geraten, dass sich ‚gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger‘ weder dogmatisch an rationale Diskursethiken klammert noch sich von Hierarchien und Machtechniken des Alltags seine kritische Meinung verbieten lässt. Unter anderem aus diesen Gründen interessiert sich die Forschung mittlerweile stärker für die kommunikativen Prozesse, die im Medium des Erzählens stattfinden und deutlich kreativer und unvorhersehbarer sind als dies simple Vorstellungen rationaler Akteure nahelegen. Dies bedeutet keineswegs, dass strategische Absichten verschwunden sind, jedoch beinhaltet die Konstruktion und Entwicklung von Narrativen immer auch ein spielerisches und unzuverlässiges Element, das sich starren Kausalitäten widersetzt. Das Erzählen als kommunikative Alltagspraxis bedient vielerlei Funktionen im zwischenmenschlichen Miteinander: Angstbewältigung, Sinnstiftung, Selbstvergewisserung, Orientierungsversuche oder der Wunsch nach Veränderung; all dies wird im

Modus des Erzählens öffentlich ausgehandelt. „Wo immer sozial Bedeutsames verhandelt wird“, wie Albrecht Koschorke (2012: 19) dies beschreibt, „ist das Erzählen im Spiel“.

Die hier durchgeführte Narrativanalyse folgte diesem Impuls und versucht, jenseits bekannter Argumente oder existierender politischer Antagonismen erzählerische Potenziale für politische Veränderungsanliegen zu identifizieren, die in gegenwärtigen Kontroversen und Diskussionen zur Sprache kommen und je nach Position entweder noch zaghaft formuliert sind oder mit viel Leidenschaft geäußert werden. Die Studie orientierte sich methodisch an der Bedeutung von Leitmetaphern, die einen Ansatzpunkt zur näheren Bestimmung eines sich entwickelnden Narrativs anbieten. Hieraus ergaben sich fünf Narrative (Wie wir leben und arbeiten wollen, Die Stadt der Zukunft, Die Vielfalt neuer Lebensformen, Das Netz, Neue Überschaubarkeit), in denen wir besonderes progressives Potenzial für gesellschaftlichen Wandel vermuten. Solche Studien sind stets mit dem Vorurteil konfrontiert, politische Narrative dieser Art seien begrenzt auf einen engen Zirkel urbaner Eliten und hätten demnach wenige Schnittmengen mit den Alltagsproblemen der meisten Bürgerinnen und Bürgern. Zudem würden all die konservativen Bewegungen und Rückschritte verkannt, die etwa durch Pegida sichtbar wurden.

Beide Einwände treffen jedoch nicht den Kern des Anliegens dieser Studie. Zum einen verstellt der Blick auf ‚urbane Eliten‘, dass es immer schwerer wird, diese als Gruppe konkret zu benennen. Häufig benutzte Kategorien von kulturellem (Bildungsniveau) oder ökonomischem Kapital besitzen wenig Aussagekraft, wenn es um konkrete Veränderungsanliegen geht, die von völlig heterogenen Konstellationen angeschoben werden. Die progressiv handelnden Personen in unseren Beispielen, seien es Initiierende und Betreibende von Erzeugermärkten, Integrationsprojekten oder Talentförderung in Schulen, spiegeln ein breites gesellschaftliches Spektrum wider. Zum anderen ist es wichtig, das in der Debatte um Pegida wiederentdeckte Argument zu entkräften, jede vermeintliche Position, auch wenn es sich nur um ein Ressentiment handelt, verdiene die gleiche Beachtung im gesellschaftlichen Diskurs. Verantwortung für Demokratie zeigt sich auch darin, nicht jedem Vorurteil und Ressentiment einen medialen Resonanzraum anzubieten. Denn „das Ressentiment ist durch Aufklärung nicht zu belehren“ und „lässt sich deshalb auch nicht abschaffen“ wie Harald Welzer (2015) dies treffend formulierte und hierbei zu Recht anmerkte, dass die demokratische Gesellschaft durchaus Räume dafür ermöglicht, wie das Kneipengespräch, das Schimpfen an der Straßenecke oder das Grölen im Stadion. Es gibt deshalb gute Gründe, nicht jeden Schrei aus Empörung zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen oder in wissenschaftlichen Studien wie dieser künstlich aufzuwerten. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass in kontrovers diskutierten Fragen der Asylpolitik nicht ein erhöhter Bedarf besteht, politische Kommunikation durch Narrative zu verbessern, um entstehenden Ressentiments vorzubeugen.

Bei der Suche nach übergeordneten Mustern in den hier beschriebenen politischen Narrativen, zeigt sich, dass die Veränderungsanliegen nicht im antagonistischen Modus einer Gegnerschaft operieren, sondern der Wunsch nach einer pragmatischen Verbesserung der bestehenden Verhältnisse überwiegt. So werden sowohl der erzählerische Aufbau ideologischer Gräben vermieden als auch die Überzeichnung von Feindbildern. Dies äußert sich darin, dass es beispielsweise nicht darum geht, das traditionelle Familienmodell zu transformieren, den Autofahrer aufs Fahrrad zu zwingen oder den Fleischesser zum Vegetarier zu bekehren. Vielmehr werden narrative Muster gewählt, die den Freiheitsdrang und die Selbstbestimmung betonen und für mehr Toleranz werben, jedoch weniger in einem pädagogischen Ton, sondern stets mit einem konkreten und umsetzbaren Ziel vor Augen. Dies wird auch in den Zukunftsentwürfen deutlich, etwa bei der Zukunft der Stadt oder dem Drang nach

einem überschaubaren Leben, dass sich der Glaube an eine dramatische Wende zum Guten – Stichwort: Klimawandel – abgenutzt hat. Der Wunsch nach Veränderung ist eher kleinteilig, soll jedoch praktisch spürbar und realistisch umsetzbar sein. Diesem Befund folgend, misslingt politische Kommunikation gegenwärtiger Parteien immer dann, wenn sie in versteckten ideologischen Kategorien operiert und als belehrend aufgefasst wird, wie dies beim Veggie-Day der Grünen geschehen ist oder als utopisch wahrgenommen wird, was als Verlust großer Visionen sicherlich eine Kehrseite des dominierenden Pragmatismus ist.

Dies bedeutet gleichzeitig, dass sich die zunächst vorsichtig formulierte These weitgehend bestätigen lässt, wonach progressives Denken in den hier identifizierten Narrativen zusehends seinen Zukunftsoptimismus verliert und sich immer stärker durch die Suche nach gemeinschaftlichen Rückzugsräumen auszeichnet, die sich der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse entziehen wollen. Dieses tief sitzende Unbehagen gegenüber einem entfesselten Kapitalismus, der sich immer stärker in den Alltagspraktiken der Bürger ausbreitet, wird jedoch in vielfältiger Form progressiv gewendet, um Routinen der Selbstausbeutung zu überwinden und ein selbstbestimmtes Sozialleben zu ermöglichen. Diese neuere, fast schon defensive Wendung des progressiven Denkens „von unten“ unterläuft zwar meist den parteipolitischen Betrieb, etwa in drängenden Fragen der Netzpolitik oder in der Debatte um neue Lebensformen jenseits des traditionellen Familienmodells, sollte jedoch nicht als unpolitisch diskreditiert werden. Die pragmatische Grundierung der Veränderungsnarrative unterscheidet sich zwar grundlegend von den ideologisch geprägten Veränderungsappellen der 1970er und 1980er Jahre, kann jedoch aufgrund der Problembezogenheit der Anliegen in der parteipolitischen Kommunikation durchaus erreicht und in politische Strategien übersetzt werden. Drängende Anliegen wie die Flexibilisierung der Arbeitszeit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Abkehr von einer ausschließlich autodominierten Infrastruktur in Großstädten, um nur zwei besonders deutliche Beispiele aufzugreifen, lassen sich politisch genauso konkret bearbeiten wie sie von den gewöhnlichen Bürgern vorgetragen werden.

7. Literatur

- 5050prinzip (2015). Was ist das 50/50-Prinzip? Unter <http://5050prinzip.de/das-5050-prinzip/>
- AGFS NRW (2015). Städte in Bewegung. Unter <https://vimeo.com/121244364>
- Ajouri, P., Rahden, W., & S., Andreas (2015). Zum Thema. *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 9(2), 4.
- alexanderlehmann (2015, 6. Mai). NETZNEUTRALITÄT TÖTET. Unter <https://www.youtube.com/watch?v=6JZNvhCwKRE>
- alexanderlehmann (2015, 23. Februar). One percent / wealth inequality worldwide. Unter https://www.youtube.com/watch?t=65&v=ZE5d3_PTeuo
- Amal (2014, 15. Februar). Kopftuch tragen ist für mich Herzenssache. Brigitte. Unter <http://www.brigitte.de/frauen/stimmen/kopftuch-tragen-1213063/>
- Amaryllis eG (2015). Ziel und Konzept: die Solidargemeinschaft. Unter <http://www.amaryllis-bonn.de/ziel-und-konzept.html>
- Anne Will (2015, 11. Juni). Streitfall Homo-Ehe - Bekommen wir bald irische Verhältnisse? *ARD*. Unter <http://daserste.ndr.de/annewill/Streitfall-Homo-Ehe-Bekommen-wir-bald-irische-Verhaeltnisse-,annewill4182.html>
- Artic (2012). Editorial. *Artic. Texte aus der fröhlichen Wissenschaft*, 14(12).
- Bank, J. (2015). Die Piketty-Rezeption in Deutschland. In P. Bofinger, G. Horn, K. Schmid & T. van Treeck (Hrsg.), *Thomas Piketty und die Verteilungsfrage: Analysen, Bewertungen und wirtschaftliche Implikationen für Deutschland* (S. 9-36). SE Publishing.
- Baum, A. (2013, 30. April). Rapper Haftbefehl im Interview. Ihr seid nicht mein Vater! *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/integration/rapper-haftbefehl-im-interview-ihr-seid-nicht-mein-vater-12165115-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
- Baum, A. (2014, 6. Jan.). Man muss wahnsinnig sein, heute ein Kind zu kriegen. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/beruf-und-familie-man-muss-wahnsinnig-sein-heute-ein-kind-zu-kriegen-12737513.html>
- Bauman, Z. (2015). From Privacy to Publicity: the changing mode of being-in-the-world. *re:publica*. Unter <https://re-publica.de/session/privacy-publicity-changing-mode-being-world>
- Bayrischer Rundfunk (2015). Der NSU-Prozess. Die Protokolle des zweiten Jahres. Der ganze Film. Unter <https://www.youtube.com/watch?v=SiK9Je7sWeg>
- Beckedahl, M. (2015, 4. Juni). Günther Oettinger: „Man will den Sozialismus durch die Tür der Neutralität einführen“. *Netzpolitik*. Unter <https://netzpolitik.org/2015/guenther-oettinger-man-will-den-sozialismus-durch-die-tuer-der-neutralitaet-einfuehren/>
- Beeler, J. (2015). Das Rumoren des Dorfes. *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 9(2), 5-11.
- Behringer, J., Theobald, T., van Treeck, T. (2014). Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. IMK Report Nr. 99. Unter http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_99_2014.pdf
- Berry E. (2014, 23. Dez.). Stirbt die Gay-Szene aus? *Huffingtonpost Deutschland*. Unter http://www.huffingtonpost.de/berry-e/stirbt-die-gay-szene-aus_b_6365468.html
- Bieber, C. & Leggewie, C. (Hrsg.) (2012). Unter Piraten. Bielefeld: transcript.
- Binder, L. (2015, 9. Juni). Schulprojekt „Liebe bekennt Farbe“ - Alles darf gefragt werden. *Sächsische Zeitung*. Unter <http://www.sz-online.de/sachsen/schulprojekt-liebe-bekannt-farbe-alles-darf-gefragt-werden-3121840.html>
- Bossy, F. (2011). Der sanfte Kapitalist. *National Geographic*. Unter <http://www.nationalgeographic.de/aktuelles/meldungen/der-sanfte-kapitalist>
- Böttcher, D. (2015). Nach oben, bitte. *Brandeins*, 17(6), 90-94.
- Brooks, D. (2015, 14. April). The Lost Language of Privacy. *New York Times*. Unter <http://www.nytimes.com/2015/04/14/opinion/david-brooks-the-lost-language-of-privacy.html>
- Buchheim, C. (2015). Ein Leben mit Kindern besteht aus mehr als Familie und Beruf. Edition F. Unter <https://editionf.com/wahn-vereinbarkeit-beruf-karriere-neue-konzepte>
- Bude, H. (2014). Gesellschaft der Angst. Hamburg: Hamburger Editionen.
- Bücker, T. (2015). Alles rosarot? So blicken junge Frauen in die Zukunft. *Edtion F*. Unter <https://editionf.com/Alles-rosarot-So-blicken-junge-Frauen-in-die-Zukunft>

- Bund, K. (2014). Glück schlägt Geld. Generation Y: Was wir wirklich wollen. Hamburg: Murmann.
- Bundesministerium der Finanzen (2015, 6. März). Diskussionsrunde zur Sonderreihe „BMF im Dialog“: Wachstumstreiber Digitalisierung. Unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Video/2015/2015-03-06-bmf-im-dialog-diskussion/2015-03-06-bmf-im-dialog-diskussion.html%20ab%2031:00>
- Bundesverband Regionalbewegung (2015) Unsere Ziele. Unter <http://www.regionalbewegung.de/index.php?id=ziele>
- Chandor, J.C. (2011). Margin Call. *Before the door pictures*.
- Chatzoudis, G. (2015, 17. März). "Symbol für einen selbstbewusst-weiblichen Islam". L.I.S.A. Das Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung. Unter <http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/kopftuch>
- Commons & Co. (2015). Was ist commoning? Unter <http://blog.commoners.at/commons/was-ist-commoning>.
- Dağtekin, B. (2013). Fak ju Göthe. *Constantin Film*.
- de Maizière, Thomas (2011, 13. Nov.). „Konservatismusrede“ auf dem Leipziger CDU-Bundesparteitag. Unter <http://www.s274184358.online.de/index.php/standpunkt/47-konservatismusrede-auf-dem-leipziger-bundesparteitag-13-11-2011>
- Der Spiegel (2015, 9. Mai). Die Lüge von der Chancengleichheit.
- Die Anstalt (2015, 28. April). Der Lauf des Lebens. *ZDF*. Unter <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/aktuellste/2078314#/beitrag/video/2394610/Der-Lauf-des-Lebens>
- Digitale Gesellschaft (2015). Über uns. Unter <https://digitalegesellschaft.de/uber-uns/>
- Dresdner Nachrichten (2015, 26. Juni). Antilopen Gang, Dresden Nazifrei und Dresden für alle unterstützen Flüchtlinge in Freital. *Dresdner Nachrichten*. Unter <http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Antilopen-Gang-Dresden-Nazifrei-und-Dresden-fuer-alle-unterstuetzen-Fluechtlinge-in-Freital-4166770549>
- Drohse, K. M. (2012). Buchrezension „Leben zwischen Häusern“. *Urbanophil*. Unter <http://www.urbanophil.net/urbanophil/urbanoreview/buchrezension-leben-zwischen-hausern-konzepte-fur-den-offentlichen-raum-von-jan-gehl/print/>
- Eckardt, A. (2015, 10. April). Mehrgenerationenhaus. Wahlfamilie statt WG. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/mehrgenerationenhaus-wahlfamilie-statt-wg-1.2428596>
- Eisenreich, R. (2014, 25. Jan.). Coming-Out. Erst mal einen Schnaps. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/coming-out-erst-mal-einen-schnaps-1.1871318>
- Eisler, S. (2011). Die Selbstüberschätzung politischer Internet-Utopien. *Konrad Adenauer Stiftung*. Unter <http://www.kas.de/wf/de/33.29715/>
- extra 3 (2015, 29. Mai). Der kleine Mann im Bundestag: Vorratsdatenspeicherung. Unter <https://www.youtube.com/watch?v=qF3vf1zDqCE>
- Fiedler, M. (2015, 8. Juni). „Copenhagenize Index 2015“. Berlin rutscht im Ranking der Fahrradtauglichkeit ab. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/fahrrad/copenhagenize-index-2015-berlin-rutscht-im-ranking-der-fahrradtauglichkeit-ab/11884202.html>
- Finsterwalder, F. (2013). Finsterworld. Köln: Alive - Vertrieb und Marketing.
- Flüchtlingshilfe Dorfen (2015). Was wir tun. Unter <http://www.fluechtlingshilfe-dorfen.de/was-wir-tun/>
- Franz, C., Kümmerling, A., Lehndorff, S. & Anxo, D. (2012). Arbeitszeiten von Frauen: Lebenslaufperspektive und europäische Trends. *WSI-Mitteilungen*, 8(2012). Unter http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_41684_41692.htm
- Friebe, H. & Lobo, S. (2006). Wir nennen es Arbeit: Die digitale Boheme oder: Intelligentes Leben jenseits der Festanstellung. München: Wilhelm Heyne Verlag.
- Friedrich, A. (2010). Metaphorologie der Vernetzung. Begriff und Geschichte einer kulturellen Leitmetapher, Forum Begriffsgeschichte. Unter http://www.zfl-berlin.org/veranstaltungen-detail/items/forum-begriffsgeschichte-metaphorologie-der-vernetzung-begriff-u.html?file=tL_files/zfl/downloads/veranstaltungen/foren/friedrich_metaph.pdf
- Friedrichs, J. (2015a, 8 Jan.). Entschleunigung. Die Welt ist mir zuviel. *ZEIT Magazin*. Unter <http://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/01/entschleunigung-biedermeier-handarbeit-stressabbau>.
- Friedrichs, J. (2015b). Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht. Berlin: Berlin Verlag.

- Gadinger, F., Jarzebski, S. & Yildiz, T. (Hrsg.)(2014a). Politische Narrative: Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie, in: *Politische Narrative. Konzepte - Analysen - Forschungspraxis*, Wiesbaden: Springer VS, S. 3-38.
- Gadinger, F., Jarzebski, S. & Yildiz, T. (2014b). Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse. *Politische Vierteljahresschrift*, 55(1), 67-93.
- Gallindo, M. Klanten, R. & Ehmann, S. (2015). *The New Nomads: Temporary Spaces and Life on the Move*. Berlin: Gestalten.
- Garrelts, N. (2014, 25. Juli). "Critical Mass"-Bewegung. Radfahrer erobern wieder Berlins Straßen. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/critical-mass-bewegung-radfahrer-erobern-wieder-berlins-strassen/10247332.html>
- Gasch, R. (2015, 1. März). Das Recht auf Faulheit. *Transform Magazin*. online: <http://www.transform-magazin.de/das-recht-auf-faulheit/>
- Gehl, J. (2012). *Leben zwischen Häusern: Konzepte für den öffentlichen Raum*. Berlin: Jovis.
- Gehlen, D. (2010, 10. Juni). Das Netz, ein Tal vertrauter Fremder. *SZ.de*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/digital/internet-debatte-das-netz-ein-tal-vertrauter-fremder-1.956452>
- Geil, T. (2014, 13. Jan.). Dieses Jahr schlägt die GEMA richtig zu. *Holsteinischer Kurier*. Unter <http://www.shz.de/lokales/holsteinischer-courier/dieses-jahr-schlaegt-die-gema-richtig-zu-id5409236.html>
- Geyer, L. (2015, 5. März). Muslimas im Interview: „Das Kopftuch bedeutet für mich Freiheit“. Rhein-Neckar-Zeitung. Unter http://www.rnz.de/panorama/zeitjung_artikel,-Muslimas-im-Interview-Das-Kopftuch-bedeutet-fuer-mich-Freiheit-_arid,80697.html
- Glage, U. (2012, 7. Dezember). Zahl der Flüchtlinge steigt: Teilhabe statt Ausgrenzung. Reutlinger General Anzeiger. Unter <http://www.gea.de/region+reutlingen/reutlingen/teilhabe+statt+ausgrenzung.2928479.htm>
- Greven, L. (2013, 27. November). Die Republik rückt nach links. *Die ZEIT*. Unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-11/grosse-koalition-vertrag-kommentar>
- Grote, J. & Kollender, E. (2015, März). Diskriminierende und rassistische Sprachgewohnheiten – eine Selbstbeobachtung. *Elalem. Diskurse, Macht und Identitäten in der Migrationsgesellschaft*. Unter <http://elalemelalem.de/sprachgewohnheiten/>
- Guérot, U. (2015). The European Republic is Under Construction. re:publica. Unter: <https://www.youtube.com/watch?v=y4Tbye1ZXBQ>
- Hachmeister, L. (2015, 1. Juni). Es gibt keine digitale Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-digital-debatte/lutz-hachmeister-keine-digitale-gesellschaft-13622237.html>
- Han, B. (2010). *Müdigkeitsgesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Haneke, M. (2009). *Das Weisse Band. Eine deutsche Kindergeschichte*. Culver City, Calif: Sony Pictures Home Entertainment.
- Hartz, B. (2015, 31. Mai). Autos sind alt. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.
- Heimatdesign (2015). <http://www.heimatdesign.de>
- Helfrich, S. (2015, 27. März). Eine Stadt Bauen Wie Wikipedia. Commonale Stadtgestaltung im Trend. *Jenapolis*. Unter <http://www.jenapolis.de/2015/03/27/eine-stadt-bauen-wie-wikipedia-commonale-stadtgestaltung-im-trend/>
- Henkel, G. (2015, 20. Mai). Wir brauchen das Dorf! *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/gerhard-henkel/10104-stadt-und-land-sind-gleichwertig>
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2011). *Deutsche Zustände*. Berlin: Suhrkamp.
- Hippler, H. (2013, 7. Juni). Der Goldene und der Grüne Weg beim Publizieren. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/open-access-in-der-wissenschaft-der-goldene-und-der-gruene-weg-beim-publizieren-12207726.html>
- Hurrelmann, K. (2002). *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*. Shell Jugendstudie 14. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Institut Solidarische Moderne (2015, 3. Juni). Besser Streik als Stillstand. [Facebook-Post]. Unter <https://www.facebook.com/solidarische.moderne/photos/a.130302460336251.13965.121001434599687/987527004613788/?type=1>

- Jahnke, M. (2015, 18. Mai). Musiktheaterkritik. Wunder des Gemeinsamen. *Die Deutsche Bühne*. Unter <http://www.die-deutsche-buehne.de/Kritiken/Musiktheater/Annesley+Black+Andrea+Gronemeyer+Solopoly/Wunder+des+Gemeinsamen>
- Järkel, S. (2015, 28. Mai). "Wir sind die Mutter". *Südwest Presse*. Unter <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Wir-sind-die-Mutter;art4319,3236829>
- Jung, T. (2015, 8. Juni). Bundespressekonferenz 2015. Bankrotterklärung der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung. Unter https://www.youtube.com/watch?v=gUQjo_7ziQE&feature=youtu.be&t=2m27s
- Junge Islam Konferenz (2015). Hintergrund zum Projekt Junge Islam Konferenz. Unter <http://www.junge-islamkonferenz.de/presse/hintergrund-zum-projekt.html>
- Kai (2015, 18. April). 'Ich glaube nicht daran, dass die Politik irgendetwas verändern kann. Wer Veränderung will, der muss sie selbst machen.' [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/kawie/status/589366886825119744>
- Karis, T. (2014, 28. März). Muslime in den Rundfunkrat? MiGazin. Unter <http://www.migazin.de/2014/03/28/muslime-in-den-rundfunkrat/>
- Kerekes, D. (2015, 20. Mai). 'Solidarität: Morgen volles Programm: Erst auf dem Streik der ErzieherInnen und im Anschluss der GDL in Essen. #aufwerten #hdgdl #Bahnstreik'. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/Prorok87/status/601043745493143552>
- Mehrgenerationenhaus Frechen (2015). Unsere Philosophie. Unter <http://www.mgh-frechen.de/wer-wir-sind/unsere-philosophie/>
- Kissler, A. (2015, 9. Juni). Kopftuch und Staatsdienst schließen sich aus. Cicero. Unter <http://www.cicero.de/berliner-republik/islam-debatte-kopftuch-und-staatsdienst-schliessen-sich-aus/59378>
- Korte, J. (2015, 30. Mai). Burn-out im Hamsterrad? The European online. Unter <http://www.theeuropean.de/jan-korte--2/10191-der-unsinn-des-andreas-kern>
- Korte, K.-R. (2015, 2. Mai). "Wir werden noch viel mehr Neuigkeiten erfahren". *Deutschlandfunk.de* Unter: http://www.deutschlandfunk.de/bnd-nsa-afaere-wir-werden-noch-viel-mehr-neuigkeiten.694.de.html?dram:article_id=318726
- Korten, J. (2015, 16. Juni). Vereinbarkeit vereinbaren: (M)ein Gastbeitrag für die Bertelsmann Stiftung. *Jazzlounge*. Unter <http://www.jazzblog.de/jazzlounge/2015/06/vereinbarkeit-vereinbaren-mein-gastbeitrag-fuer-die-bertelsmann-stiftung/>
- Kösch, S. (2013, 25. Aug.). Klarkommen mit den YouTube-GEMA Starrköpfen. *De:Bug*. Unter <http://de-bug.de/musik/neu-im-trend-der-eigene-anti-gema-edit/>
- Koschorke, A. (2012). Wahrheit und Erfindung: Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Kültür, A. (2014). Kofferkinder. *Radio Bremen*.
- Kurbjuweit, D. (2014, 10. Nov.). Kinder der Stille. *Der Spiegel*. Unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-130223296.html>
- Lakoff, G. & Johnson, M. (2011). Leben in Metaphern: Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern. Heidelberg: Carl -Auer Verlag.
- Latour, B. (2007). Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latzel, S. (2015). Kevelaer: Ein Fußballteam aus Flüchtlingen. *RP Online*. Unter <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kevelaer/ein-fussballteam-aus-fluechtlingen-aid-1.5149271>
- Lobo, S. (2015). <http://www.tiere-entdecken.de/author/sascha-lobo>
- Lobo, S. (2015, 10. Juni). S.P.O.N. - Die Mensch-Maschine: Sie haben die Zukunft verbockt. *Spiegel Online*. Unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobo-ueber-gescheiterte-deutsche-netzpolitik-a-1038117.html#ref=meinunghp>
- Lohaus, S. (2015, 7. Juni). Bevölkerungsentwicklung: Land ohne Kinder. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bevoelkerungsentwicklung-land-ohne-kinder-13630943.html>
- Lohaus, S. & Scholz, T. (2015). Papa kann auch stillen. München: Goldmann.
- Lüdemann, S. (2004). Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären. München: Fink.
- Maas, H. (2014, 15. Dez.). '#VDS lehne ich entschieden ab - verstößt gg Recht auf Privatheit u Datenschutz. Kein deutsches Gesetz u keine EU-RL!'. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/HeikoMaas/status/544403301664837632>

- Marguier, A. (2012, 26. Dezember). Ein Volk, ein Land, eine Kanzlerin. Cicero. Unter <http://www.cicero.de/salon/politische-debattenkultur-volk-land-kanzlerin/52964>
- Männer Magazin (2015, Feb.). Lesermeinungen. *Männer Magazin*.
- Marschall, B. (2015, 30. März). Entbindung von der Schweigepflicht soll in den Arbeitsvertrag. *RP Online*. Unter <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/germanwings-jens-spahn-widerspricht-bei-schweigepflicht-der-aerzte-aid-1.4981430>
- März, U. (2015, 24. Jan.). Generation Y: Nehmt sie ernst! *Die ZEIT*. Unter <http://www.zeit.de/2015/02/generation-y-gesellschaft-politik>.
- Mara (2015, 4. Juni). ‚In Hamburger Bücherhallen können Geflüchtete u.a. Online Medien, eBooks und Musik kostenlos nutzen. #refugeeswelcome https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xat1/t31.0-8/11221622_10152891368521517_4470569761719837175_o.jpg?efg=eyJpJjoidCJ9...‘. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/marasocke/status/606536971947765760>
- Mau, S. (2012). Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht? Berlin: Suhrkamp.
- Maurer, M. (2015). Du bleibst, was Du bist: Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet. München: Droemer Knaur Verlag.
- Mayer, V. (2015, 24. April). Platz da! *Süddeutsche Zeitung*, 51.
- Melter, M. (2015, 23. April). ‚Bin wieder überrascht, wie oft der Bock zum*r Gärtner*in gemacht in Politik & Medien. Sicheres Rezept für Unglaubwürdigkeit & 0 Veränderung!‘. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/ingwerbaer1/status/591282213456609280>
- Mikfeld, B. (2012). Alte und neue Wege aus der Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft“. Werkbericht Nr. 1 des Denkwerk Demokratie. Unter http://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2012/08/DD_Werkbericht_1.pdf.
- MontagStiftung Urbane Räume (2015). Neue Nachbarschaft. Nah. Unter <http://www.neue-nachbarschaft.de/>
- Muth, B. (2014). Zwei Herzen in der Brust. *ARD*.
- Nassehi, A. (2015). Die letzte Stunde der Wahrheit. Hamburg: Murmann.
- Nell, W. (2013). Interview. Unter <http://www.dorfatlas.uni-halle.de/index.php/medien>
- Nell, W. & Weiland, M. (2013). Imaginäre Dörfer. Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt. Bielefeld: transcript.
- Netzpiloten (2015). Über uns. Unter <http://www.netzpiloten.de/autoren/>
- Netzpolitik (2015). Über uns. Unter <https://netzpolitik.org/about-this-blog/>
- Niggemeier, S. (2015, 02. Juni). Debatte im „Homo-Ehe“. Eine Institution zur Zähmung der jungen Männer. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*.
- Noll, J. (2015, Jan.). Zurück in den Schrank? *Die Siegessäule*. Unter http://www.siegessaule.de/uploads/img/printausgaben/sis_01-15.pdf
- Nospolis (2015). Stadt der Gemeinsamen Güter. Unter <http://www.nospolis.org/nospolis.html>
- Notz, K. (2012, 20. Juli). Gema für Politik kein Thema. *Frankfurter Rundschau*. Unter <http://www.fr-online.de/politik/konstantin-von-notz-gema-fuer-politik-kein-thema,1472596,16679612.html>
- OECD (2015). In It Together: Why Less Inequality Benefits All. Paris: OECD Publishing.
- Oldenburg, T. (2013, 7 Feb.). GEMA kassiert an Fastnacht kräftig ab. *Südkurier*. <http://www.suedkurier.de/region/hochrhein/laufenburg/GEMA-kassiert-an-Fasnacht-kraeftig-ab;art372611,5895979>
- Oswalt, P., Overmeyer, K. & Misselwitz, P. (2014). Urban Catalyst: Mit Zwischennutzung Stadt entwickeln. Berlin: DOM Publishers.
- Peine01 (2014, 17. Sept.) ‚Die Sehnsucht nach Überschaubarkeit in einer grenzenlos gewordenen Welt scheint immer mächtiger zu werden‘ [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/Peine01/status/512308927800033281>
- Piketty, T. (2015). Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- Plöger, O. (2014, 22. Nov.). Mehrgenerationenhaus: „Neue Dörflichkeit“ als Modell. *Mindener Tageblatt*. Unter http://www.mt.de/lokales/petershagen/20260009_Mehrgenerationenhaus-Neue-Doerflichkeit-als-Modell.html

- politik-digital (2015). Über uns. Unter <http://verein.politik-digital.de/>
- Poschardt, U. (2015, 8. Mai). Die Briten sind das Gegengift zum EU-Sozialismus. *Die WELT*. Unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article140696579/Die-Briten-sind-das-Gegengift-zum-EU-Sozialismus.html>
- Prantl, H. (2014, 11. April). Dieser Zeuge braucht Schutz. *Süddeutsche Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/nsa-untersuchungsausschuss-dieser-zeuge-braucht-schutz-1.1934962>
- Queer.de (2015, 13. Feb.). Hitzlsperger ehrt Sieger der schwul-lesbischen Fußball-EM. *Queer.de*. Unter http://www.queer.de/detail.php?article_id=23208
- Regener, S. (2012, 22. März). Debatte ums Urheberrecht. Herr Regener mischt auf. Bayerischer Rundfunk. Unter <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/pop-platten/sven-regener-urheberrecht100.htm>
- Reinecke, S. (2012). Darf es etwas weniger sein? *Brandeins*, 4(2012). Unter <http://www.brandeins.de/archiv/2012/kapitalismus/darf-es-etwas-weniger-sein/>
- Roll, E. (2015, 30./31. Mai). Das große Fremdeln. *Süddeutsche Zeitung*.
- Rudolph, K. (2015, 21. Februar). Nichts neues aus der Anstalt. Männer. Unter <http://m-maenner.de/2015/02/nichts-neues-aus-der-anstalt/>
- Rühle, A. (2015, 3. April). Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Dummköpfe ante portas. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/kultur/reich-und-arm-willkommen-in-der-staendegesellschaft--1.2419985>
- Sakula1g (2015). Ich bin GDL-Mitglied und Lokomotivführer. Fragt mich alles! [reddit-AMA]. Unter https://www.reddit.com/r/de_IAMa/comments/36nfm4/ama_ich_bin_gdlmitglied_und_lokomotivf%C3%BChrer_fragt/
- Samdereli, Y. (2011). Almany – Willkommen in Deutschland. *Concorde Video*.
- Savetheinternet.eu (2015). Save the Internet. Unter <https://savetheinternet.eu/de/>
- Schattenmann, U. & Herbold, A. (2015). Die Vereinbarkeitslüge. *Zitty Berlin*, 9, 14-18.
- Scheuermann, F. (2014, 27. Juli). Wochenmarkt auf der Konstablerwache. Die Institution auf der Konsti. *Frankfurter Rundschau*. Unter <http://www.fr-online.de/frankfurt/wochenmarkt-auf-der-konstablerwache-die-institution-auf-der-konsti,1472798,27959554.html>
- Scheunert, A. & Er, Z. (2011). Die Ford-Väter – Zu Gast in einem fremden Land. *ARD*.
- Schwickert, M. (2013, 13. Nov.). Die Wahrheit über Pipi in der Tupperdose. *Die ZEIT*. Unter <http://www.zeit.de/kultur/film/2013-11/film-eltern>.
- Spielplatzfreunde (2015). Der Verein. "Kinder haben das Recht zu spielen". Unter <http://spielplatzfreunde.com/verein/>
- SRSLY (2015). <https://www.youtube.com/watch?v=Amx6J-3VafE>
- StadtBauKultur (2015). Projekte. Unter <http://www.stadtbaukultur-nrw.de/projekte/wirurbanismus/>
- Stadtportal Bamberg (2015). Bamberg gut für die Zukunft gerüstet – Städtevergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft. Unter <https://www.facebook.com/StadtportalBamberg/posts/1142035829155201>
- Stevenson, R. (1994). Die Schatzinsel. Erststadt: Unipart.
- Stone, O. (1986). Wall Street. Beverly Hills, Calif: Twentieth Century Fox Home Entertainment.
- Strauß, B. (2013). Lichter des Toren. Der Idiot und seine Zeit. Diederichs: München.
- Streckenback, L. (2014, 12. Nov.). Die Privilegien der Ehe am Beispiel der Adoption. *Grün ist lila*. Unter <http://www.gruen-ist-lila.de/2014/11/12/die-privilegien-der-ehe-am-beispiel-der-adoption-2/>
- Tagesspiegel (2015, 17. Mai). „Der #NSA-#BND-Skandal zeigt, wie zäh sich das System gegen Veränderung wehrt. Ein Essay <http://www.tagesspiegel.de/politik/nsa-bnd-afaere-ein-skandal-ohne-publikum/11785570.html> ...“. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/tagesspiegel/status/599999503337451522>
- Tangermann, G. (2015, 13. März). Rot-Grün Plant Vollgas-Ausbau. So wird Hamburg zur Fahrrad-Stadt. *Hamburger Morgenpost*. Unter <http://www.mopo.de/politik/rot-gruen-plant-vollgas-ausbau-so-wird-hamburg-zur-fahrrad-stadt,5067150,30108166.html>
- Thalheim, R. (2013). Eltern. Berlin: DCM.
- Theorieblog (2015). Die Idee. Unter <http://www.theorieblog.de/index.php/idee-team-disclaimer-impressum/>
- Tocotronic. (1995). Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein. Auf *Digital ist besser*. Hamburg: L'Age d'Or.
- Tocotronic (2013). Wie wir leben wollen. London: Vertigo Records.

- Tripp, V. (2015, 3. Juni) Macht mit: Briefaktion gegen die Vorratsdatenspeicherung. Digitale Gesellschaft. Unter <https://digitalegesellschaft.de/httpsdigitalegesellschaft-decategoryblogblog-2/>
- Tschürtz, H. (2015, 3. Juni). ‚Politik: Wo die Angst zu verlieren größer ist als der Mut zur Veränderung. Dabei ist Veränderung eine beständige Notwendigkeit des Lebens.‘. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/hannestschuertz/status/606187470032670721>
- Turowski, J. & Mikfeld, B. (2013). Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse. Überlegungen für eine strategieorientierte Diskursanalyse. Werkbericht Nr. 3 des Denkwerk Demokratie. Unter http://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2013/10/DD_Werkbericht_3.pdf.
- Uhlmann, T. (2011). Lat: 53.7, Lon: 9.11667. Auf *Thees Uhlmann*. Hamburg: Grand Hotel Van Cleef.
- UmFAIRteilen (2015). <http://umfairteilen.de/>
- Universität Weimar (2013) „Urbane Allmende - Raumplanung in "der selbstgemachten Stadt" Raumplanungsprojekt, Piero Sassi. Professor Raumplanung und Raumforschung. Unter <https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/raumplanung-und-raumforschung/lehre/lehre-archiv/wise-201314/b-p-urbane-allmende-raumplanung-in-der-selbstgemachten-s/>
- Urban Rhizome (2015). <http://urban-rhizome.de/>
- Uslar, M. (2010). Deutschboden. Eine teilnehmende Beobachtung. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Verbuchstabiart (2015, 25. Mai). ‚#Ehefüralle, weil es keinem schadet, dieses Recht einzuräumen. Mir schadet aber, wenn mir Politiker das Gefühl geben weniger wert zu sein‘. [Twitter-Post]. Unter <https://twitter.com/verbuchstabiart/status/602843180938207233>
- Verteilungsfrage (2015). <http://verteilungsfrage.org/about/>
- Voigt, C. (2013, 25. November). Die große Erschöpfung. *Der Spiegel*. Unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579541.html>
- Weck, A. (2015, 1. Juni) Das Elend der deutschen Digitalpolitik: Dann lieber gar nichts machen liebe Bundesregierung! *t3n*. Unter <http://t3n.de/news/das-elend-der-deutschen-digitalpolitik-613320/>
- Weisbrod, L. (2015, Mai). Der halbe Traumberuf. *Neon*, 70-77.
- Welzer, H. (2015, 25. Jan.). Pegida oder Jedem sein Vorurteil. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Werner, K. (2014, 14. Jan.). Das Auto in der Gesellschaft. Der Lack ist ab. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/auto/das-auto-in-der-gesellschaft-der-lack-ist-ab-1.1862946>
- Westermeyer, T. (2014, 6. Aug.). Warum willst du nicht hier bleiben? – Darum!. *till we*. Unter <http://blog.till-westermeyer.de/index.php/2014/08/06/warum-willst-du-nicht-hier-bleiben-darum/>
- Wir sind die Urheber. (2012). Wir sind die Urheber! Gegen den Diebstahl geistigen Eigentums. Unter <http://www.wir-sind-die-urheber.de/>
- Wir sind Dorf (2015a). <http://www.wir-sind-dorf.com/Doerfer-gruenden.34.0.html>
- Wir sind Dorf (2015b). <http://www.wir-sind-dorf.com/Willkommen.35.0.html> gefeiert
- Zitty Berlin. (2015). Ausgabe 9/2015.

8. Datenkorpus

Wie wir leben und arbeiten wollen

- Augsburger Allgemeine (2015, 17. Februar). Mehr Chancen für Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss. *Augsburger Allgemeine*. Unter <http://www.augsburger-allgemeine.de/guenzburg/Mehr-Chancen-fuer-Schueler-mit-mittlerem-Bildungsabschluss-id33080402.html>
- Bayrischer Rundfunk (2014, 26. September). „Die Rush-Hour des Lebens entzerren“. *BR-online*. Unter <http://www.br.de/nachrichten/bundestag-eltern-geld-100.html>
- Bleuel, N. (2015, 30. März). Feminismus-Debatte. Schrecklich perfekte Frauen. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/kultur/essay-schrecklich-perfekt-1.2409239>
- Block, B. (2015, 16. März). Führt Erben zu sozialer Ungerechtigkeit? *NDR*. Unter <https://www.ndr.de/kultur/buch/Julia-Friedrichs-Wir-Erben,erbschaft100.html>
- Bölinger, M. (2013, 6. Sept.) Ungleichheit in Deutschland nimmt zu. *Deutsche Welle*. Unter <http://www.dw.com/de/ungleichheit-in-deutschland-nimmt-zu/a-17071499>
- Boehning, L. (2014, 5. Feb.). Kinder kriegen. Wir brauchen einen Familismus! *Frankfurter Allgemeine Feuilleton*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kinder-kriegen-wir-brauchen-einen-familismus-12780410.html>
- Brost, M., Wefing, H. (2014, 31. Januar). Geht alles gar nicht. *ZEIT online*. Unter <http://www.zeit.de/2014/06/vereinbarkeit-vaeter-kinder-karriere-luege>
- Bujard, M. (2013, 25. Juli). Das "Gedöns" und die Geschlechter. *ZEIT online*. Unter <http://www.zeit.de/2013/30/familienpolitik-gleichberechtigung-geburtenrate>
- Dettling, D. (2015, 26. Mai). Vati ist überfordert. *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/daniel-dettling/10171-vereinbarkeit-von-kindern-liebe-und-karriere>
- Deutsche Handwerks Zeitung (2015, 20. Mai). Hilfe gegen Stress bei der Arbeit. *Deutsche Handwerks Zeitung online*. Unter <http://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/immer-mehr-stress-bei-der-arbeit/150/22776/287075>
- Deutsche Welle (2015, 19. Januar). Oxfam: Soziale Ungleichheit wächst schockierend schnell. *Deutsche Welle*. Unter <http://dw.com/p/1EMW9>
- Dittmer, J., Stucke, J. (2015, 24. März). Wie Erbschaften unsere Gesellschaft spalten. Deutschlandradio Kultur. Unter http://www.deutschlandradiokultur.de/julia-friedrichs-wie-erbschaften-unsere-gesellschaft-spalten.1008.de.html?dram:article_id=315197
- Haas, L. (2015, 6. Juni). Väter zwischen Karriere und Erziehung. *Mittel Bayerische*. Unter <http://www.mittelbayerische.de/region/regensburg/stadtteile/innenstadt/vaeter-zwischen-karriere-und-erziehung-21345-art1242304.html>
- Haberl, T. (2014, April). Sonst noch was? *SZ-Magazin*. Unter <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/41844/Sonst-noch-was>
- Hahne, P. (2015, 17. März). Im Hamsterrad: Peter Hahne zur Studie Arbeit macht Krank. *Ostthüringer Zeitung*. Unter <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Im-Hamsterrad-Peter-Hahne-zur-Studie-Arbeit-macht-Krank-1214709581>
- Herack, M. (2014, 16. Nov.). Der gesamtdeutsche Burn-out. *Frankfurter Allgemeine*. Unter <http://blogs.faz.net/wost/2014/11/16/der-gesamtdeutsche-burn-2-1396/>
- Hoffmann, C. (2015, 28. März). Demokratie am Arbeitsplatz. Wir sind die Firma. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/demokratie-am-arbeitsplatz-wir-sind-die-firma-1.2413112>
- Holdenried, R. (2015, 9. März). Chancen-Gleichheit im Beruf: Wie ist die Lage in Karlsruhe? *Ka-news*. Unter <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/Chancen-Gleichheit-im-Beruf-Wie-ist-die-Lage-in-Karlsruhe;art6066,1594490>
- Kaiser, S. & Braun, K. (2014, 19. November). Immer mehr Multimillionäre: Die Deutschen erben sich reich. *SPIEGEL online*. Unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/reichtum-deutschland-hat-die-meisten-multimillionaere-in-europa-a-1003878.html>
- Kaiser, T. (2015, 17. März). Millionen Deutsche dopen sich fit für den Job. Die WELT. Unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article138494272/Millionen-Deutsche-dopen-sich-fit-fuer-den-Job.html>
- Kölnische Rundschau (2014, 20. Januar). So entkommen Sie dem Hamsterrad. *Kölnische Rundschau*. Unter <http://www.rundschau-online.de/karriere/arbeitswahn-ratgeber-ueberstunden-mitarbeiter-rechte-wehren-nein,21117600,25941006.html>
- Moulin, M. & Otto, J. (2014, 6. Nov.). Beruf und Familie: Zu Hause war ich diese Woche gar nicht. *Die Zeit*. Unter <http://www.zeit.de/2014/43/vereinbarkeit-familie-beruf-berufstaetige-muetter>
- Müller, M. (2015, 8. Juni). Schon früh auf Leistung gepolt. *Badische Zeitung*. Unter <http://www.badische-zeitung.de/liebe-familie/schon-frueh-auf-leistung-gepolt--105896767.html>

- Plass-Flessenkämper, B. (2015, 4. Juni). Zukunft der Arbeit. Millenials arbeiten für Erlebnisse, nicht für Besitztümer. *WIRED*. Unter <https://www.wired.de/collection/latest/ownership-warum-den-millennials-besitz-egal-ist>
- Probst, M. (2015, 23. März). Glücklich sind wir sowieso. Eine neue Studie fragt: Lassen sich Familie und Karriere vereinen? *Zeit Online*. Unter <http://www.zeit.de/2015/10/work-life-balance-familie-karriere-zufriedenheit>
- Rosenfelder, A. (2013, 20. Oktober). Die große Erschöpfung. *Die WELT online*. Unter <http://www.welt.de/print/wams/kultur/article121046353/Die-grosse-Erschoepfung.html>
- Schurig, J. (2014, 13. Juni). „Der Einzelne gerät immer stärker unter Druck“. *Mitteldeutsche Zeitung*. Unter <http://www.mz-web.de/karriere/mehr-stress-im-job--der-einzelne-geraet-immer-staerker-unter-druck-,20651404,27479082.html>
- Siems, D. (2014, 13. Jan.). Väter schmerzt der Spagat von Beruf und Familie. *Die Welt*. Unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article123839084/Vaeter-schmerzt-der-Spagat-von-Beruf-und-Familie.html>
- Spiegel-Online (2015, 30. Januar). Vermögenstransfer: Deutsche schenken und vererben immer mehr. *Spiegel Online*. Unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-erbschaften-und-schenkungen-in-deutschland-steigen-stark-a-1015831.html>
- Tagesspiegel, der (2014, 13. November). Das neue Männer-Ideal. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/karriere/chancengleichheit-das-neue-maenner-ideal/10965308.html>
- Tichomirowa, K. (2014, 15. Januar). Was für Schwesigs Vorschlag spricht. *Frankfurter Rundschau*. Unter <http://www.fr-online.de/arbeit---soziales/32-stunden-woche-fuer-eltern--was-fuer-schwesigs-vorschlag-spricht-,1473632,25891206.html>
- Volk, S. (2014, 14. Oktober). Alltag im Hamsterrad – Wie können wir entkommen? *Agitano*. Unter <http://www.agitano.com/alltag-im-hamsterrad-wie-koennen-wir-entkommen/79967>
- Weiguny, B. (2015, 4. März). Der Kapitalismus ist nicht an allem Schuld. *FAZ online*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kapitalismus-keine-schuld-an-burnout-und-psychischen-krankheiten-13456198.html>
- Westdeutsche Allgemeine Zeitung (2015, 15. Juni). Familien sind klassisch glücklich. *Der Westen*. Unter <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-siegen-kreuztal-netphen-hilchenbach-und-freudenberg/familien-sind-klassisch-gluecklich-id10785183.html>

Die Stadt der Zukunft

- Bayrischer Rundfunk (2015, 9. Januar). Wird die Innenstadt künftig autofrei? *Bayrischer Rundfunk*. Unter <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/muenchen-innenstadt-100.html>
- Boebers-Süßmann, J. (2014, 8. September). „Recht auf Stadt“ stellt Fragen zur Zukunft des Ruhrgebiets. *Der Westen*. Unter <http://www.derwesten.de/staedte/bochum/recht-auf-stadt-stellt-fragen-zur-zukunft-des-ruhrgebiets-id9798505.html>
- Breitinger, M. (2012, 16. Februar). Mach's wie Kopenhagen. *ZEIT online*. Unter <http://www.zeit.de/auto/2012-02/kopenhagen-fahrrad/>
- Critical Mass Cologne. Unter <http://www.critical-mass-cologne.de/>
- Critical Mass Kempten. Unter <https://criticalmasskempten.wordpress.com/>
- Dialog Extrem. Unter <http://dialog-extrem.strikingly.com/>
- Fahrradblogger, die. Unter <http://fahrradblogger.de/>
- Grüling, B. (2015, März). Statt Auto. *schrotundkorn*. Unter <http://schrotundkorn.de/lebenumwelt/lesen/statt-auto.html#>
- Harmsen, T. (2015, 19. Februar). Die Stadt der Zukunft kann man schon heute gestalten. *Berliner Zeitung*. Unter <http://www.berliner-zeitung.de/wissen/urbane-visionen-die-stadt-der-zukunft-kann-man-schon-heute-gestalten,10808894,29905144.html>
- Hausen, J. (2015, 19. März). Drei Potsdamer Studenten zeigen, wie Airbnb die Mietpreise explodieren lässt. *Motherboard*. Unter <http://motherboard.vice.com/de/blog/drei-potsdamer-studenten-beweisen-wie-airbnb-den-wohnungsmarkt-kaputt-macht-3423>
- Helfrich, S. (2014, 28. Dezember). Urban Commons? Eine Debatte boomt. *Jenapolis*. Unter <http://www.jenapolis.de/2014/12/28/urban-commons-eine-debatte-boomt/>
- Knie, A. (2014, 20. Mai). „Mobilität findet im Kopf statt“. *Deutschlandradio Kultur*. Unter http://www.deutschlandradiokultur.de/lebenswerte-stadt-mobilitaet-findet-im-kopf-statt.954.de.html?dram:article_id=285875
- Laufenberg, M. Mit dem Fahrrad in und um Köln. Unter <http://www.radfahren-in-koeln.de/>
- Leclerc, F. (2014, 14. August). „Autofreie Innenstadt ist möglich“. *Frankfurter Rundschau*. Unter <http://www.fr-online.de/frankfurt/stadtverkehr-frankfurt--autofreie-innenstadt-ist-moeglich-,1472798,28125524.html>
- Lobe, A. (2014, 13. Januar). Nomadische Metropolen als Megacitiys. *Weser Kurier*. Unter http://www.weser-kurier.de/startseite_artikel,-Nomadische-Metropolen-statt-Megacitys-_arid,752988.html

- Manager Magazin (2015, 30. März). Städter fordern mehr Fahrradwege, weniger Straßen. *manager magazin*. Unter <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/staedter-fordern-mehr-fahrradwege-und-weniger-strassen-a-1026264.html>
- Montag Stiftung Urbane Räume. Unter <http://www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume/stiftung-urbane-raeume/murueber-uns.html>
- Naiemi, S. (2015, 27. Januar). Stadt im Wandel wird angegangen. *Südkurier*. Unter <http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/villingen-schwenningen/Stadt-im-Wandel-wird-angegangen;art372541,7581429>
- Overbeck, J., Scheffel, A. (2015). Benutz die Stadt. In: *Me.Urban*.
- Schaaf, J. (2012, 8. November). Eine toxische Mischung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter
- Schleu, P. (2014, 26. Januar). Lösungen für Schrottimmobilien. *Der Westen*. Unter <http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/loesungen-fuer-schrottimmobilien-id8916313.html>
- Schwertner, N., Memminger, C. (2015, 27. Mai). Wie sieht die Stadt der Zukunft aus? *Bayern Alpha*. Unter <http://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/campusmagazin/studentisches-wohnen-wissenschaftsjahr-zukunftsstadt-100.html>
- Siems, D. (2014, 17. Juni). Junge Menschen ziehen massenhaft in die Metropolen. *Die WELT*. Unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article129117096/Junge-Menschen-ziehen-massenhaft-in-die-Metropolen.html>
- StadtBauKulturNRW. Unter <http://www.stadtbaukultur-nrw.de/>
- Stadt von Unten. Unter <http://stadtvonunten.de/>
- Tauber, A. (2014, 2. Juni). Das Fahrrad verdrängt das Auto aus den Städten. *Die WELT*. Unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article128634059/Das-Fahrrad-verdraengt-das-Auto-aus-den-Staedten.html>
- Urbanauten, die. Unter <http://urbanaut.org/>
- Urbanist Magazin. Unter <http://www.urbanist-magazin.de>
- Urbanophil. Unter <http://www.urbanophil.net/>
- Villinger, C. (2014, 17. März). „Die Armen rücken zusammen“. *Taz*. Unter <http://www.taz.de/!5046278/>
- Westfalen Heute (2015, 12. Mai). "Hack your City": Dortmunder Bürger werden zu Stadtplanern. *Westfalen Heute*. Unter <http://www.westfalen-heute.de/mitteilung.php?38084>
- Zöllner, W. (2015, 1. Mai). Teures Wohnen? *Mitteldutsche Zeitung*. Unter <http://www.mz-web.de/meinungen/kommentar-zu-steigenden-mieten-in-halle-teures-wohnen-,20641344,30576470.html>
- Zukunft Mobilität. Unter <http://www.zukunft-mobilitaet.net/>

Die Vielfalt gesellschaftlicher Lebensformen

- Amjahid, M. (2015, 27. Mai). Ein Hashtag für die Gleichberechtigung. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/medien/ehefueralle-und-alle-gegen-angela-merkel-ein-hashtag-fuer-die-gleichberechtigung/11830032.html>
- Augsburger Allgemeine (2015, 27. Mai). Debatte um die Homo-Ehe: Das Netz fordert #Ehefueralle. *Augsburger Allgemeine*. Unter <http://www.augsburger-allgemeine.de/digital/Debatte-um-die-Homo-Ehe-Das-Netz-fordert-Ehefueralle-id34213082.html>
- Bayerischer Rundfunk (2014, 13. September). Helfer beim Wirtschaftswunder. *BR*. Unter <http://www.br.de/nachrichten/millionster-gastarbeiter-deutschlands-100.html>
- Christ, S. (2015, 7. Mai). Die umstrittenen Ansichten von CDU-Politikerin Erika Steinbach. *Huffington Post*. Unter http://www.huffingtonpost.de/2015/05/07/11-umstrittene-positionen_n_7230926.html
- Deutsche Welle (2014, 20. Oktober). Ist die Ehe nicht mehr zeitgemäß? *Deutsche Welle*. Unter <http://dw.com/p/1DYps>
- Diener, A. (2015, 29. Mai). Warum manche Menschen gegen die Homo-Ehe sind. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/familie/wie-erklare-ich-s-meinem-kind/homo-ehe-in-deutschland-warum-manche-dagegen-sind-13617464.html>
- Dürr, B. (2015, 14. April). Ich will Heimarbeit – Du darfst. *SPIEGEL online*. Unter <http://www.spiegel.de/karriere/ausland/home-office-niederlande-garantieren-heimarbeit-per-gesetz-a-1028521.html>
- Focus (2014, 17. Juni). So beutet unsere Gesellschaft Mütter aus. *Focus*. Unter http://www.focus.de/familie/erziehung/familie/burn-out-und-erschoepfung-warum-muetter-die-opfer-dieser-gesellschaft-sind_id_3927717.html
- Fritzsche, K. (2014, 17. Dezember). Mutter, Mutter, Kind. *Echo*. Unter <http://www.echo-online.de/familie2014/>
- Gennies, S. (2013, 05. September). Vorsicht, auch die Tunte kann sehr tüchtig sein. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/thilo-sarrazin-spricht-ueber-homosexualitaet-vorsicht-auch-die-tunte-kann-sehr-tuechtig-sein/8749160.html>

- Gerling, C./Pauli, R. (2014, 19. April). Stadt der unsichtbaren Moscheen. *Zeit Online*. Unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/berlin-moscheen-islam>
- Hillgruber, C. (2014, 20. Februar). Wo bleibt die Freiheit der anderen? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/homosexualitaet-schutz-und-freiheit-einer-neuen-minderheit-12812195.html>
- Hirsch, M. (2015, 23. Februar). Emanzipation der Frauen – oder der Männer? *Bayrischer Rundfunk*. Unter <http://www.br.de/radio/bayern2/kultur/nachtstudio/michael-hirsch-emanzipation-wildes-denken100.html>
- Holl, T. (2014, 12. Juni). CDU-Politiker verteidigt Homosexuellen-Paragraph. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sven-heibel-cdu-verteidigt-homosexuellen-paragraph-12986415.html>
- Hönicke, H. (2015, 29. Mai). „Ehe für alle“: Keine Kleinigkeit, sondern ein Grundrecht. *Brigitte*. Unter <http://www.brigitte.de/frauen/gesellschaft/eh fuer alle-kommentar-1246349/>
- Jäggi, S. (2015, 5. April). Ein Mustervertrag fürs Leben. *Die Zeit*. Unter <http://www.zeit.de/2015/14/ehe-light-frankreich-schweiz>
- Järkel, S. (2015, 18. Mai). Viele Lesben und Schwule fühlen sich noch immer zurückgewiesen. *Badische Zeitung*. Unter <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/viele-lesben-und-schwule-fuehlen-sich-noch-immer-zurueckgewiesen--104944574.html>
- Jamal, J. (2015, 9. Mai). Homophobie muss ernst genommen werden – Im Gespräch mit Norbert Blech (queer.de). *Die Freiheitsliebe*. Unter <http://diefreiheitsliebe.de/gesellschaft/im-gespraech-mit-norbert-blech-queer-de/>
- Kelle, B. (2014, 26. Oktober). Ideal Familie. *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/birgit-kelle/9146-familienlandschaft-in-deutschland>
- Keller, C. (2014, 22. November). Deutschland braucht einen starken Islam. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/kampf-gegen-islamistische-extremisten-deutschland-braucht-einen-starken-islam/10732386.html>
- Kröter, T. (2015, 26. Mai). Union sagt weiter Nein zur Homo-Ehe. *Kölner Stadt Anzeiger*. Unter <http://www.ksta.de/politik/streit-um-homo-ehe-in-deutschland-union-sagt-weiter-nein-zur-homo-ehe,15187246,30791860.html>
- Matussek, M. (2014, 20. Februar). Homosexualität ist ein Fehler der Natur. *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/matthias-matussek/8042-homosexualitaet-als-fehler-der-natur>
- Mentz, C. (2015, 29. Mai). Angela Merkel benimmt sich wie Erich Honecker – zumindest beim Thema „Ehe für alle“. *Huffington Post*. Unter http://www.huffingtonpost.de/christian-mentz/angela-merkel-ehe_b_7464326.html
- Mitteldeutscher Rundfunk (2014, 20. Oktober). Vater, Mutter, Kind – das geht auch ohne Trauschein. *MDR*. Unter <http://www.mdr.de/nachrichten/mikrozensus106.html>
- Niederlausitz aktuell (2015, 24. Mai). Golze: Mehrgenerationenhäuser dauerhaft sichern. *Niederlausitz Aktuell*. Unter <http://www.niederlausitz-aktuell.de/brandenburg/item/51157-golze-mehrgenerationenhaeuser-dauerhaft-sichern.html>
- Noll, J. (2015, 27. Mai). Die Gleichwertigkeit von Liebe. *Siegessäule*. Unter http://www.siegessaule.de/no_cache/newscomments/article/2044-die-gleichwertigkeit-von-liebe.html
- Nosswitz, S. (2014, 13. Mai). Im Mehrgenerationenhaus begegnen sich Familien. *Südkurier*. Unter <http://www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/markdorf/Im-Mehrgenerationenhaus-begegnen-sich-Familien;art372484,6932942>
- Nowakowski, G. (2014, 12. Januar). Kinder müssen auch gewollt sein. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/meinung/familienpolitik-kinder-muessen-auch-gewollt-sein/9319050.html>
- Pilz, M. (2014, 24. November). „Ich bin genauso deutsch wie mein Nachbar Marius“. *Die Welt*. Unter <http://www.welt.de/kultur/pop/article134638230/Ich-bin-genauso-deutsch-wie-mein-Nachbar-Marius.html>
- Schneider, L. (2014, 11. November). „Heutzutage ist Familie bunt“. *Mitmischen.de*. Unter http://www.mitmischen.de/diskutieren/topthemen/politikfeld_familie/Patchworkfamilien/Interview/index.jsp
- Schüle, C. (2014, April). Wie bin ich wirklich? *Zeit Wissen*. Unter <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2014/04/persoennlichkeit-charakter-individualismus>
- Schwenner, L./Kleine L. (2014, 10. Januar). 77000 Bürger gegen sexuelle Vielfalt im Unterricht. *Focus*. Unter http://www.focus.de/familie/schule/petition-gegen-bildungsplan-in-schwaben-unterschriften-77000-buerger-gegen-sexuelle-vielfalt-im-unterricht-homosexualitaet-8_id_3528032.html
- Straßner, N. (2015, 3. Juni). Kleine Brüste sollten auf dem Rücken liegen - Ich rette Deutschland! *Juramama*. Unter <http://www.juramama.de/2015/06/kleine-brueste-sollten-auf-dem-ruecken.html>
- Strippel, K. (2015, 27. Mai). „Noch nicht am Ziel“. *Tagesschau*. Unter <http://www.tagesschau.de/inland/homo-ehe-107.html>
- Süddeutsche Zeitung Magazin (2014, 18. November). Forum: Kein Trauschein, kein Zuschuss von der Kasse: Ist dieses Urteil zeitgemäß? *Süddeutsche Zeitung Magazin*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/leben/ihr-forum-kein-trauschein-kein-zuschuss-von-der-kasse-ist-dieses-urteil-zeitgemaess-1.2226689>

Thaler, C. et al. (2014, 15. Mai). Nachgefragt: Was Familien von der Politik wirklich erwarten. *Der Spiegel*. Unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familien-und-ihre-erwartungen-an-die-politik-a-964683.html>
Visionär, der (2015, 27. April). Patchworkfamilie: So gelingt das Zusammenleben. *Der Neue Mann*. Unter <http://www.derneuemann.net/patchworkfamilie-zusammenleben/4717>
Vogt, S. (2015, 29. Januar). Familie neu denken. *Vorwärts*. Unter <http://www.vorwaerts.de/artikel/familie-neu-denken>
Wetzel, M. (2014, 27. Januar). Wie viel sexuelle Vielfalt verträgt der Unterricht? *Stuttgarter-Nachrichten.de*. Unter <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.petition-gegen-bildungsplan-wie-viel-sexuelle-vielfalt-vertraegt-der-unterricht.cd0775d3-e8fc-4c1a-8161-f1d419bcd984.html>

Das Netz

Arte (2015, 24. März). Terrorgefahr! Überwachung total? Arte TV. Unter <http://www.arte.tv/guide/de/049883-000/terrorgefahr-ueberwachung-total>
Beckedahl, M. (2015, 15. April). Das sind die neuen Pläne zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. *Netzpolitik.org*. Unter <https://netzpolitik.org/2015/das-sind-die-neuen-plaene-zur-wiedereinfuehrung-der-vorratsdatenspeicherung/>
Beckedahl, M. (2015, 16. April). Comeback der Vorratsdatenspeicherung – ein Sicherheitsrisiko. *N24*. Unter <http://www.n24.de/n24/Kolumnen/Markus-Beckedahl/d/6488698/comeback-der-vorratsdatenspeicherung--ein-sicherheitsrisiko.html>
Böhmer, D.-D. (2014, 11. Dezember). Die Freiheit im World Wide Web ist bedroht. *Die Welt*. Unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article135264810/Die-Freiheit-im-World-Wide-Web-ist-bedroht.html>
Chang, L. (2015, 1. Juni). Facebook is the main political news source for 61 Percent of Millennials. *Digital Trends*. Unter <http://www.digitaltrends.com/social-media/millennials-facebook-political-news-source/>
Eggert, J. (2015, 22. Juni). Ist es wirklich so schlimm? Das „Digitale Debakel“. *Politik Digital*. Unter <http://politik-digital.de/news/rezension-das-digitale-debakel-146026/>
Entwicklungspolitik online (2015, 18. März). Internationale Umfrage: Große Mehrheit gegen Massenüberwachung. *Entwicklungspolitik online*. Unter http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11233:internationale-umfrage-grosse-mehrheit-gegen-masseneuberwachung&catid=50&Itemid=84
Gehrmann, A. (2015, 26. Juni). Mercedes Bunz: „Der Zugang zu Wissen ist das Entscheidende“. *Carta*. Unter <http://www.carta.info/64999/mercedes-bunz-der-zugang-zu-wissen-ist-das-entscheidende/>
Huber, J. (2014, 29. Dezember). Rundfunkbeitrag abschaffen. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/medien/reform-der-zwangsabgabe-fuer-oeffentlich-rechtlichen-rundfunk-rundfunkbeitrag-abschaffen/11167356.html>
iRights (2012, 28. März). Worüber GEMA und Youtube streiten. *iRights*. Unter <http://irights.info/artikel/worber-gema-und-youtube-streiten/7182>
Klingst, M. (2015, 1. Juni). Zwischen Kontrolle und Geheimniswahrung. *Zeit Online*. Unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/nsa-affaere-bnd-geheimdienst-kontrolle>
Klöckner, J. (2015, 23. Mai). „Modernes Raubrittertum“: Harsche Debatte um Rundfunkgebühren für ARD und ZDF. *Huffington Post*. Unter http://www.huffingtonpost.de/2015/05/23/rundfunkgebuehren-ard-zdf_n_7427774.html
Kraska, S. (2015, 19. Juni). Datenschutz-Grundverordnung: Rat der EU einigt sich auf Verhandlungsposition. *Das Datenschutz-Blog*. Unter <http://www.datenschutzbeauftragter-online.de/datenschutz-grundverordnung-rat-eu-verhandlungsposition/8840/>
Moenikes, J. (2015, 29. Mai). Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung: Maas liefert Murks. *Moenikes Blog*. Unter <http://www.moenikes.de/ITC/2015/05/29/gesetzentwurf-zur-vorratsdatenspeicherung-maas-liefert-murks/>
Müller, M. (2015, 8. Mai). United States of Europa. Der Weg in eine digital vereinigte Staatengemeinschaft. *Basic Thinking*. Unter <https://www.basicthinking.de/blog/2015/05/08/digital-single-market-eu-kommission/>
Müller-Jung, J. (2015, 28. April). Die aggressive Logik der Öffnung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Unter <http://www.faz.net/aktuell/wissen/max-planck-digital-library-fordert-umbau-zum-open-access-13563667.html>
Netz4ktivisten (2015, 31. Mai). Dem ist nichts hinzuzufügen. *Twitter*. Unter <https://twitter.com/Netz4ktivisten>
Nocun, K. (2015, 3. Juni). Peinlich! Diese Abgeordnete wissen nicht, was sie abnicken. *Blog Campact*. Unter http://blog.campact.de/2015/06/peinlich-diese-abgeordnete-wissen-nicht-was-sie-abnicken/?utm_source=post-twitter&utm_medium=social&utm_term=peinlich%20diese%20abgeordnete%20wissen%20nicht%20was%20sie%20abnicke&utm_content=blog&utm_campaign=/vorratsdaten
Oelmaier, T. (2014, 07. Mai). Open Access revolutioniert die Wissenschaft. *Deutsche Welle*. Unter <http://www.dw.com/de/open-access-revolutioniert-die-wissenschaft/a-17615169>

- Paschke, L. (2015, 25. Februar). Überraschung: Studie stellt Verstöße durch Facebook gegen EU-Recht fest. *Datenschutz Notizen*. Unter <https://www.datenschutz-notizen.de/ueberraschung-studie-stellt-verstoesse-durch-facebook-gegen-eu-recht-fest-4110634/>
- Rieger, Frank (2015, 5. Mai). Warum wir aufhören müssen, zu versuchen, Technologien als solche zu regulieren. *Re-publica*. Unter https://www.youtube.com/watch?list=PLAR_6-tD7IZxfzL5nGmpsNjd26F3KCEcY&t=15&v=gPcc2sNOyds
- Rossow, O. (2015, 30. Mai). Kritik gegen geplante Vorratsdatenspeicherung reißt nicht ab. *Datenschutz Notizen*. Unter <https://www.datenschutz-notizen.de/vds-5411516/>
- Schultze, A. (2015, 4. Juni). Interview mit Edward Snowden: „Wenn wir alle Daten sammeln, verstehen wir gar nichts“. *Netzpolitik.org*. Unter <https://netzpolitik.org/2015/interview-mit-edward-snowden-wenn-wir-alle-daten-sammeln-verstehen-wir-gar-nichts/>
- SEO United (2014, 16. September). Datensammelwut deutscher Behörden steigt und steigt. *SEO United*. Unter <http://www.seo-united.de/blog/internet/datensammelwut-deutscher-behoerden-steigt-und-steigt-222.htm>

Neue Überschaubarkeit

- Aachener Zeitung (2015, 29. April). Wenn Essen im Trog statt auf dem Teller landet. *Aachener Zeitung*. Unter <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/region/wenn-essen-im-trog-statt-auf-dem-teller-landet-1.1079178>
- Bell, Elvira (2014, 10. April). Reges Marktreiben auf den Wochenmärkten in Mayen, Andernach und Ochtendung. *Rhein-Zeitung*. Unter http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/mayen_artikel,-Reges-Marktreiben-auf-den-Wochenmaerkte-in-Mayen-Andernach-und-Ochtendung-_arid,1135759.html#.VYccclfntmko
- Bohmann, C. (2015, 25. März). "Das Potenzial der Baukultur in Deutschland wird verkannt". *MDR aktuell*. Unter <http://www.mdr.de/nachrichten/baukultur-reiner-nagel-interview100.html>
- Breining, T. (2015, 4. Januar). Die Metropole gewinnt an Boden. *Stuttgarter Zeitung*. Unter <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stadt-land-beziehung-im-suedwesten-die-metropole-gewinnt-an-boden.8359493d-5fb4-4723-8b35-a0e4b19991cb.html>
- Deter, A. (2015, 7. April). Ländliche Räume bleiben Schwerpunktthema für die CDU. *Top agrar online*. Unter <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Laendliche-Raeume-bleiben-Schwerpunktthema-fuer-die-CDU-1745990.html>
- Dreyer, M. (2015, 18. Mai). Von Landfrust zu Landlust. *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/malu-dreyer/10136-strategien-fuer-den-laendlichen-bereich>
- Dringelstein, C. (2014, 23. September). „Ausgezeichnete“ Zukunft der Dörfer in Südwestfalen. *Südwestfalen-Nachrichten*. Unter <http://www.suedwestfalen-nachrichten.de/ausgezeichnete-zukunft-der-doerfer-in-suedwestfalen-20140923.html>
- Golling, A. (2015, 3. Juni). Die rheinische Geisterburg. *Taz.de*. Unter <http://www.taz.de/Umsiedlung-fuer-Braunkohle/!5202179/>
- Guerot, U. (2015, 7. Mai). The European Republic is under construction. *Re:publica*. [Youtube Video] Unter <https://www.youtube.com/watch?v=y4Tbye1ZXBQ>
- Helmke, J. (2015). heimatPOTTential. Unter <http://www.heimatpotential.blogspot.de/>
- Kippenberger, S. (2015, 30. März). Kreativ statt Kohle. *Der Tagesspiegel*. Unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/heimatdesign-eine-plattform-fuer-kreative-im-ruhrgebiet-kreativ-statt-kohle/11568016.html>
- Kölner Stadt Anzeiger (2014, 22. Oktober). Regionale Produkte immer beliebter. *Kölner Stadt Anzeiger*. Unter <http://www.ksta.de/koelner-wochenmaerkte/sote-kunden-wuenschen-mehr-regionale-produkte,28572998,28815878.html>
- Konicz, T. (2014, 23. Juli). Raum ohne Volk. *Telepolis*. Unter <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42227/1.html>
- Korte, M. (2014, 27. Januar). Die Dörfer sterben – Und nun? *Der Westen*. Unter <http://www.derwesten.de/meinung/die-doerfer-sterben-und-nun-cmt-id8923228.html>
- Malzahn, C. (2014, 20. Juli). Der Traum vom Leben in der Provinz. *Die WELT*. Unter <http://www.welt.de/print/wams/politik/article130348888/Der-Traum-vom-Leben-in-der-Provinz.html>
- Micha (2015, 24. März). Neue Dörfer. *Eurotopia*. Unter <http://eurotopia.de/blog/?p=83>
- Milbrandt, F. (2015, 16. April). Gehen Sie doch mal auf den Markt. *ZEIT Magazin*. Unter <http://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/16/regional-einkaufen-deutschlandkarte>
- Posthausen, N. (2014, 13. Juli). Ein Hauch Landluft in der Stadt. *SR online*. Unter http://www.sronline.de/sronline/land_leute/blick_ins_land/foodcoop_saarbruecken_bio-kiste_stwendel100.html
- Prantl, H. (2014, 1. September). Die Kraft der Provinz. *NDR*. Unter <http://www.ndr.de/kultur/Die-Kraft-der-Provinz,heimatprantl100.html>
- Rabba, M. (2014, 22. Juni). Dörfer wappnen sich für die Zukunft. *Osterholzer Kreisblatt*. Unter http://www.weser-kurier.de/region/osterholzer-kreisblatt_artikel,-Doerfer-wappnen-sich-fuer-die-Zukunft-_arid,879718.html

- Rack, J. & Kassel, D. (2014, 2. August). Gemeinschaft – ein verlorenes Paradies. *Deutschlandfunk*. Unter http://www.deutschlandfunk.de/gemeinschaft-ein-verlorenes-paradies.704.de.html?dram:article_id=290003
- Reutlinger General Anzeiger (2014, 15. April). Zukunft der Dörfer – Dörfer der Zukunft. *Reutlinger General Anzeiger*. Unter <http://www.gea.de/videos/zukunft+der+doerfer+doerfer+der+zukunft.3658124.htm>
- Rhein-Zeitung (2014, 6. Februar). Koblenz: Mit Regio-Mark statt mit Euro bezahlen. *Rhein-Zeitung*. Unter http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/koblenz_artikel,-Koblenz-Mit-Regio-Mark-statt-mit-Euro-bezahlen-_arid,1104015.html
- Schlegel, B. (2014, 2. Dezember). Masterarbeit über Heckenbeck: Dorf mit großer Zukunft. *Hessische/Niedersächsische Allgemeine*. Unter <http://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/masterarbeit-ueber-heckenbeck-dorf-grosser-zukunft-4500035.html>
- Schmotz, K. (2015, 21. Mai). Der Letzte zahlt das Abwasser. *The European*. Unter <http://www.theeuropean.de/klaus-schmotz/10106-doefer-hoehere-kosten-hoehere-gebuehren>
- Soziales Dorf (2013). <http://www.soziales-dorf.eu>
- Stoll, M. (2014, 26. September). Regionale Identität: Lösungen suchen im ländlichen Raum. *Rhein-Zeitung*. Unter http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/bad-neuenahr_artikel,-Regionale-Identitaet-Loesungen-suchen-im-laendlichen-Raum-_arid,1212191.html
- Thüringer Allgemeine (2015, 12. Januar). Was Thüringer Landwirte von der neuen Regierung erwarten. *Thüringer Allgemeine*. Unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Was-Thueringer-Landwirte-von-der-neuen-Regierung-erwarten-1319231092>
- Wardenbach, T. (2015, 27. Februar). Zukunft der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen. *Umwelt Journal*. Unter http://www.umweltjournal.de/AfA_politik/21266.php
- Werner, K. (2014, 14. Jan.). Das Auto in der Gesellschaft. Der Lack ist ab. *Süddeutsche Zeitung*. Unter <http://www.sueddeutsche.de/auto/das-auto-in-der-gesellschaft-der-lack-ist-ab-1.1862946>



Autoren

Vorwort:

Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der SPD,
Mitglied im Vorstand des Denkwerk Demokratie

Michael Kellner, Politischer Geschäftsführer,
Bündnis 90 / Die Grünen, Mitglied im Vorstand des
Denkwerk Demokratie

Wolfgang Schroeder, IG Metall, Mitglied im
Vorstand des Denkwerk Demokratie

Stefan Weis, IG BCE, Mitglied im Vorstand des
Denkwerk Demokratie

Redaktion:

Ralph Obermaier, Thilo Scholle
Geschäftsführer, Denkwerk Demokratie

Impressum

Denkwerk Demokratie e.V.

Alte Jakobstr. 149

10969 Berlin

Telefon 030 . 25931844 / Telefax 030 . 25931846

Mail info@denkwerk-demokratie.de

Internet www.denkwerk-demokratie.de

Studie:

Dr. Frank Gadinger, Centre for Global
Cooperation Research, Universität Duisburg-Essen

Sebastian Jarzebski, M.A., NRW School of
Governance, Universität Duisburg-Essen

Dr. Taylan Yildiz, Institut für Politikwissenschaft,
Universität Duisburg/Essen